



Bettina Hagedorn

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses und Obfrau im Rechnungsprüfungsausschuss

Kasseedorf im August 2023

Mein

RECHENSCHAFTSBERICHT von Oktober 2021 bis August 2023



Büro Eutin

Tel. 04521-71611

Fax 04521-78386

bettina.hagedorn.wk@bundestag.de

www.bettinahagedorn.de

www.facebook.com/BettinaHagedornMdB/

Büro Berlin

Tel. 030-227-73832

Fax 030-227-76920

bettina.hagedorn@bundestag.de

INHALT

SEITE

- 3 Vorwort**
- 10 Unsere sozialdemokratische Handschrift im Krisenjahr 2022**
- 27 Erfolge für Ostholstein und die Region**
- 52 Die Beltquerung: Neues von der Hinterlandanbindung**
- 59 Zuhause unterwegs – mein Wahlkreis zwischen Reinfeld und Fehmarn**
- 77 Politik für und mit Frauen: Mein Ladies‘-Day-Netzwerk!**
- 82 Direkter Draht zur Jugend**
- 86 Glaubwürdigkeit durch Information und Transparenz**
- 92 Mein Team in Berlin und Eutin**



18.09.2022: Endlich wieder gemeinsame Treffen, hier: Fraktionsfrühstück Schönwalde (Foto: Büro Redmann)

Quellen Fotos Titelseite: o.l.: Nils Happel/THW, o.r.: Büro Hagedorn, u.l.: Andreas Amann/SPD-Bundestagsfraktion, u.l.: Büro Hagedorn

ALLE BILDER OHNE EXPLIZITE QUELLENANGABEN:
QUELLE BÜRO HAGEDORN

WWW.BETTINAHAGEDORN.DE

WWW.FACEBOOK.COM/BETTINAHAGEDORNMDB/



VORWORT

Liebe Bürgerinnen und
liebe Bürger,

meine beiden letzten Rechenschaftsberichte hatten 2020/2021 jeweils 80 und 44 Seiten und ich habe sie tausendfach – mit Eurer Unterstützung! – im Sommer 2021 im Bundestagswahlkampf verteilt. Viele Bürgerinnen und Bürger haben mir damals zurückgemeldet, wie gut informiert sie sich dadurch fühlten und wie sehr sie sich gerade auch für die vielen Fotos aus meiner täglichen Arbeit als Abgeordnete (und damalige Parlamentarische Staatssekretärin im Finanzministerium von Olaf Scholz) interessiert hätten. Der Wahlkampf und das direkte Gespräch mit den vielen Menschen zwischen Reinfeld und Fehmarn ist mir in guter Erinnerung geblieben und insbesondere natürlich auch der Wahlabend am 26. September 2021, als ich nach 2002 und 2005 zum dritten Mal das Direktmandat erringen konnte und wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zur stärksten Kraft in Deutschland mit unserem Spitzenkandidaten Olaf Scholz gewählt wurden. Noch zum Wahlkampfstart Anfang August hatten wir in allen Umfragen auf Platz drei hinter den Grünen gelegen – aber dann begann unsere „Aufholjagd“ mit riesigem Erfolg! Grund zum Jubeln für uns im Norden gab es vor allem, weil wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein mit acht Direktmandaten endlich wieder stärkste Kraft wurden! Für mich war das gewonnene Direktmandat – mit dem zweitbesten SPD-Ergebnis landesweit – das politische „Sahnehäubchen“ und auch nach damals schon 19 Jahren im Bundestag trotzdem etwas ganz Besonderes. Umso mehr kann ich nachempfinden, wie sehr alle Kandidierenden

bei der Landtagswahl im Mai 2022 und bei der Kommunalwahl 2023 gelitten haben, als die Ergebnisse am Wahlabend – trotz nicht minder engagierter Wahlkämpfe – für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vielfach niederschmetternd waren.

Nach der Bundestagswahl konnten wir sehr zügig mit den Grünen und der FDP einen Koalitionsvertrag aushandeln, der unsere zentralen Wahlkampfversprechen für die Menschen „festzurte“ und dem unsere Mitglieder mit breiter Mehrheit zustimmten. Der Weg war frei für eine neue „Ampel-Regierung“ und – nach vielen Jahren – mit Bärbel Bas für eine sozialdemokratische Frau an der Spitze des Bundestages. Am 8. Dezember 2021 „räumte“ ich mein Büro im Bundesfinanzministerium für meinen FDP-Nachfolger Florian Toncar, denn wir konnten Olaf Scholz zum Bundeskanzler wählen und die neuen Ministerinnen und Minister traten ihre Ämter an. Wir waren alle sehr euphorisch in diesen Tagen, freuten uns nach der für uns alle anstrengenden und verlustreichen Corona-Pandemie endlich wieder auf etwas „Normalität“ und einen vielversprechenden politischen Neuanfang. Nach der Vereidigung von Olaf Scholz und Bärbel Bas wurde im Januar 2022 mit Dr. Joachim Nagel als Bundesbankpräsident und Nachfolger des konservativen Jens Weidmann ein weiterer Sozialdemokrat in ein enorm wichtiges Amt gewählt. Und als wir am 13. Februar 2022 Frank-Walter Steinmeier zum zweiten Mal mit großer Mehrheit als Bundespräsident wählen konnten, wurden nun die wichtigsten Ämter in

der Bundesrepublik von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verantwortet – so eine Konstellation hatte es zuvor noch nie gegeben. Aber wie so oft in unserer Geschichte mussten genau diese sozialdemokratischen Persönlichkeiten schon sehr bald auf die wichtigsten Herausforderungen für unsere Gesellschaft, für die Demokratie, den Frieden und die Stabilität in Europa Antworten geben.

Bereits zu seiner Antrittsrede als Bundespräsident am 13. Februar 2022 – und damit elf Tage vor (!) dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine – hat Frank-Walter Steinmeier inständig vor der Gefahr eines russischen Invasionskrieges gewarnt und sich in seiner Ansprache direkt an Präsident Putin gewandt, was in Teilen der Opposition als „zu politisch“ damals lautstark kritisiert wurde. Leider sollte Frank-Walter Steinmeier allerdings Recht behalten (Zitate aus seiner Rede):

„Die Abwesenheit von Krieg auf unserem Kontinent war uns zur Gewohnheit geworden – geschützt von Freunden, in Frieden mit den Nachbarn, seit über dreißig Jahren wiedervereint. Welch ein Glück für unser Land! Doch in diesen Tagen lernen wir neu, was wir hätten wissen können: Frieden ist nicht selbstverständlich. Er muss immer wieder erarbeitet werden, im Dialog, aber wo nötig auch mit Klarheit, mit Abschreckung, mit Entschlossenheit. All das braucht es jetzt.“

Zur Klarheit gehört eines: Man mag viel diskutieren über die Gründe der wachsenden Entfremdung zwischen Russland und dem Westen. Nicht diskutieren kann man dies: Wir sind inmitten der Gefahr eines militärischen Konflikts, eines Krieges in Osteuropa. Und dafür trägt Russland die Verantwortung.

Russlands Truppenaufmarsch kann man nicht missverstehen. Er ist eine Bedrohung der Ukraine und soll es ja auch sein. Aber die Menschen dort haben ein Recht auf ein Leben ohne Angst und Bedrohung, auf Selbstbestimmung und Souveränität. Kein Land der Welt hat das Recht, das zu zerstören – und wer es versucht, dem werden wir entschlossen antworten.

Nicht nur in der Ukraine, in vielen Ländern Osteuropas wächst die Angst. Deshalb stehen wir an der Seite der Esten, der Letten, der Litauer; wir stehen gemeinsam mit Polen, Slowaken und Rumänen und allen Bündnispartnern. Sie können sich auf uns verlassen. Deutschland ist Teil der NATO und der Europäischen Union. Ohne sie würden wir Deutsche nicht in Einheit und Freiheit leben. Das vergessen wir nicht. Ohne jede Zweideutigkeit bekennen wir uns zu

den Verpflichtungen in diesem Bündnis. [...]

Und auch dies verbindet uns: Wir suchen nicht die Konfrontation nach außen. Das ist die gleichlautende Botschaft aus Washington, Paris und Berlin in diesen Tagen: Wir wollen friedliche Nachbarschaft in gegenseitigem Respekt. Bald jährt sich zum fünfzigsten Mal die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki. Möge dieser Jahrestag nicht der Anlass sein, an dem wir uns in Ost und West das Scheitern der Bemühungen um dauerhaften Frieden in Europa eingestehen müssen. Arbeiten wir im Gegenteil für die Erneuerung dieses kostbaren Erbes. Ich appelliere an Präsident Putin: Lösen Sie die Schlinge um den Hals der Ukraine! Suchen Sie mit uns einen Weg, der Frieden in Europa bewahrt!“

Doch der 24. Februar 2022 veränderte alles: Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine herrschte plötzlich wieder Krieg im Herzen Europas. Bis dahin glaubte ich mit z.B. der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009, der Griechenlandkrise 2012, der Flüchtlingskrise 2015 und der Corona-Pandemie 2020/2021 mit den bis dahin



10.06.2021: Mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei der Eröffnung der „Woche für Umwelt“ der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) vor dem Schloss Bellevue

unvorstellbaren finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen im Haushaltsausschuss bereits die größten Herausforderungen in Regierungsverantwortung im Bundestag erlebt zu haben. Doch mit dem Überfall Putins auf die Ukraine am 24. Februar 2022 wurde die „frisch“ gewählte Bundesregierung – damals erst 81 Tage (!) im Amt – vor Probleme gestellt, deren Lösungen – auch finanziell – jede bislang bekannte Dimension übersteigen und die unter größtem zeitlichem Druck entschieden und umgesetzt werden mussten. Fakt ist, dass Deutschland bislang im Verhältnis zu anderen Industrienationen weltweit alle Krisen der letzten 14 Jahre wirtschaftlich stark und sozial stabil bestanden hat, aber der Ukraine-Krieg und seine globalen Folgen verändern unsere Politik nicht nur temporär, sondern national und international auf Dauer.

Für uns in der Regierung und im Bundestag war ab da an sofort klar: Wir werden der Ukraine nicht nur militärisch, sondern auch humanitär, entwicklungspolitisch, finanziell und diplomatisch helfen und sind seitdem in dieser schweren Zeit der zweitgrößte Unterstützer unter allen Nationen weltweit nach den USA. Das wissen die Ukrainerinnen und Ukrainer übrigens auch ganz genau – wie mir Ende Oktober im Rahmen der Delegationsreise des Haushaltsausschusses in die Ukraine (und nach Moldau) von vielen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, Verantwortlichen, Helfenden und Flüchtlingen immer wieder bestätigt wurde.

Nur drei Tage nach Putins Überfall auf die Ukraine kam der Bundestag – sehr ungewöhnlich an einem Sonntag – am 27. Februar 2022 zu einer Sondersitzung zusammen und Olaf Scholz sprach als Bundeskanzler, abgestimmt mit den Kabinettsmitgliedern von Grünen und FDP, erstmals von der „Zeitenwende“ und dem mutigen Kursschwenk der Ampel-Regierung mit der Ankündigung von Waffenlieferungen zur Unterstützung im Kampf gegen die russischen Truppen (1000 Panzerabwehrwaffen sowie 500 Fliegerabwehrraketen vom Typ „Stinger“) sowie einem 100-Mrd.-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr für dringend benötigte Ausrüstung.



10.03.2022: Mein Enkel Levi neben Olaf Scholz in der SPD-Fraktionssitzung im Plenarsaal des Reichstages

In diesen historischen Tagen war mein sechsjähriger Enkel Levi bei mir in Berlin „auf Urlaub“: Die Sondersitzungen der Fraktion im Reichstag waren da noch gar nicht geplant. Ich wollte ihn mit Malheften im Büro „betreut“ lassen, aber ER wollte unbedingt mit zu unserem Bundeskanzler Olaf Scholz. Unser Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich begrüßte ihn persönlich unter dem Beifall der Fraktionskolleginnen und -kollegen. Er durfte (und wollte!) direkt neben Olaf Scholz sitzen und dies natürlich zusammen mit seinem Plüsch-Schnee leoparden. Er war so stolz. Und fand Olaf so cool. Unvergessen!

Doch zurück zur Ukraine-Krise: Dieser „Kursschwenk“ der Bundesregierung war richtig, aber dennoch spektakulär, denn Grundsatz ist eben eigentlich seit Jahrzehnten für jede deutsche Bundesregierung und für jeden Deutschen Bundestag, dass keine Kriegswaffen in Kriegs- und Krisengebiete geliefert werden. Dieser historische Kurswechsel der Bundesregierung auf Initiative von Olaf Scholz ist bei unseren europäischen Nachbarn ebenso wie bei unseren westlichen Verbündeten mit großer



10.11.2022: Mit Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze am Rande der „Bereinigungssitzung“ für den Haushalt 2023

Überraschung und viel Respekt aufgenommen worden, denn ein so entschlossenes Handeln ist man eigentlich nicht von deutschen Bundesregierungen gewohnt. Trotzdem befeuerten die Medien und einige Politikerinnen und Politiker im Bundestag sowie in Osteuropa anschließend monatelang die Vorwürfe, dass Olaf Scholz (angeblich!) in der militärischen Unterstützung Deutschlands „zu zögerlich“ und nicht weitreichend genug gewesen sei – beides war und ist falsch. Fakt ist allerdings, dass wir uns nicht als „Anführer Europas“ aufführen und nicht mit irgendwelchen Handlungen „vorpreschen“ wollen, sondern mit unseren Partnern in Europa und in der Nato gemeinsam überlegen, uns eng abstimmen, um dann entschlossen zu handeln – das gilt bei der Lieferung von Militärgütern ebenso wie bei Sanktionen gegen Russland. Besonders intensiv ist dabei die enge Abstimmung von Olaf Scholz nicht nur mit den europäischen Nachbarn und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, sondern vor allem mit Präsident Joe Biden in den USA. Das wurde besonders deutlich, als alle gemeinsam als „Allianz“ nach langen Verhandlungen ein „Paket“ von Panzerlieferungen zugesagt haben, das alle Partnerländer einschließt.

Mittlerweile liegt der Gesamtwert der im Zeitraum vom 01. Januar 2022 bis zum 27. März 2023 von der Bundesregierung für die Ausfuhr genehmigten Rüstungsgütern bei 2,7 Mrd. (!)

Euro. (Wer sich näher interessiert: Hier die aktuelle Liste, die laufend aktualisiert wird: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2054514>) Erst am 13. Mai 2023 hat die Bundesregierung ein weiteres „Paket“ von 2,7 Mrd. Euro zur Unterstützung der Selbstverteidigung der Ukraine beschlossen – wir sind damit nach den USA der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine weltweit und brauchen uns wahrlich nicht zu „verstecken“.

Mich hat 2022 der mediale „Hype“ um (angeblich) fehlende Waffenlieferungen aus Deutschland

wahnsinnig genervt – in gefühlt jeder Talkshow im deutschen Fernsehen ging es maßgeblich nur noch um (fehlende) Panzer. Dabei wurde regelmäßig verschwiegen, dass der Bundeswehretat ab 2010 in der Merkel-Regierung mit der FDP von CSU-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg um sagenhafte 8 Mrd. Euro GEKÜRZT wurde – seine Nachfolgerin Ursula von der Leyen hat zwar dreistellige Millionenbeträge in die Sanierung der „Gorch Fock“ gesteckt und Annegret Kramp-Karrenbauer wollte als CDU-Verteidigungsministerin allen Ernstes einen deutschen Flugzeugträger in Auftrag geben – aber um die maroden Bestände von Heer und Luftwaffe haben sich beide eher nicht gekümmert. Der Bundeswehretat, der 2017 unter CDU-Finanzminister Wolfgang Schäuble noch bei ca. 37 Mrd. Euro pro Jahr lag, wuchs unter Finanzminister Olaf Scholz bis 2021 kontinuierlich auf 50 Mrd. Euro pro Jahr auf – ansonsten wäre es um die Ausstattung unserer Soldatinnen und Soldaten heute noch wesentlich schlimmer bestellt. Aber das Olaf-Scholz-Bashing hatte 2022 in allen deutschen Medien Hochkonjunktur. Mit unserem großartigen Verteidigungsminister Boris Pistorius ist etwas Ruhe in die Debatte eingeekehrt.

Seitdem ich am 08. Dezember 2021 meine Aufgabe als Parlamentarische

Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium von Olaf Scholz beendet habe, bin ich wieder – wie schon seit 2002 – Mitglied im Haushaltsausschuss und dort nicht nur wieder die stellvertretende Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, sondern auch die stellvertretende Haushaltsausschuss-Vorsitzende. In dieser Wahlperiode bin ich verantwortlich für die Finanzen des Ministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unserer engagierten SPD-Ministerin Svenja Schulze, die als ehemalige Umweltministerin enorm viel Herzblut, Erfahrung und Durchsetzungskraft in dieses global so wichtige Ressort mitbringt. Niemand darf vergessen: Schon die Corona-Pandemie hat weltweit die Armen und die Entwicklungs- und Schwellenländer viel härter getroffen als die Reichen und die Industrienationen. Auch die spürbaren Folgen des Klimawandels wirken global und verstärken Dürren, zerstörerische Unwetter, Hungersnöte, ethnische Konflikte im Kampf um die Ressourcen weit mehr als bei uns im „reichen Norden“ und zwingen Millionen weitere Menschen zur Flucht, was den Nährboden für sozialen Sprengstoff verstärkt. Vor ein paar Jahren hatten wir 70 Millionen Flüchtlinge weltweit, was schon erschreckend und dramatisch genug war, aber heute sind es global 100 Millionen Flüchtlinge, die um ihr Überleben kämpfen. Die Folgen des Ukraine-Krieges bedeuten eine weltweite Inflation, explodierende Energie- und Getreidepreise sowie Lieferkettenengpässe,

die Hungerkatastrophen und sich rasend ausbreitende Krankheiten „befeuern“. Diese weltweiten Katastrophen erfordern das solidarische Engagement der UN, der EU und auch von Deutschland und setzen unsere europäischen Demokratien einem gewaltigen „Stress-Test“ aus, weil unsere Glaubwürdigkeit mit Blick auf unsere europäischen Werte auch davon abhängt, wie entschlossen wir nicht nur an der Seite der Ukraine, sondern vor allem auch der ohnehin armen und instabilen Länder gerade auf der Südhalbkugel stehen. Es ist drängender denn je, weltweit den Nationalisten und Populisten die Stirn zu bieten und gerade in dieser Zeit als Europäer glaubwürdig Solidarität, Zusammenhalt und Tatkraft zu praktizieren.

Aktuell profitiert Europa davon, dass wir bereits 2020 auf Initiative von Olaf Scholz als Finanzminister angesichts der Corona-Pandemie in der Zeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein gewaltiges „EU-Konjunkturprogramm“ („EU-Recovery-Fund“) von 750 Mrd. Euro – bestehend aus Zuschüssen und Darlehen – „geschnürt“ haben, um allen europäischen Nachbarn die erforderlichen Investitionen in die Digitalisierung (20 % der Mittel sind verpflichtend dafür vorgesehen) und in den Kampf gegen den Klimawandel (37 % der Mittel sind dafür verpflichtend zweckbestimmt) zu ermöglichen. Von diesen 750 Mrd. Euro stehen aktuell noch ca. 600 Mrd. Euro in Europa zur Verfügung und helfen jetzt in der wirtschaftlichen Krise in Folge des Ukraine-Krieges und der Inflation,



12.10.2021: Eine meiner letzten „Amtshandlungen“ als Parlamentarische Staatssekretärin beim 6. Treffen der internationalen „Klimakoalition“ - virtuell aus dem BMF (Foto: photothek GbR)

zusätzliche Investitionen vor allem in den Technologie-Transfer und die Energiewende zu „schultern“. Parallel haben wir in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 in Brüssel einen neuen „Mittelfristigen EU-Finanzrahmen 2021-2027“ (MFR) geeint und gemeinsam beschlossen, bei dem nicht nur das Volumen umstritten war, sondern vor allem, wer wie viel und vor allem wofür zahlt bzw. künftig an EU-Mitteln zu welchen Bedingungen erhält. Ich war als damalige Parlamentarische Staatssekretärin für Haushalt und Europa im Finanzministerium eng in diese Verhandlungen eingebunden und bin stolz auf das Ergebnis, das eine klare sozialdemokratische Handschrift trägt. Die damalige Einigung ermöglicht Europa heute Solidarität und Stabilität.

Über unsere internationale und europäische Verantwortung hinaus, die seit dem 24. Februar 2022 so sehr gewachsen ist, haben wir als „Ampel-Koalition“ aber gleichzeitig die wirtschaftlichen Auswirkungen in dieser Krise für die Menschen in unserem Land mit ganzer Kraft gemildert: Mit insgesamt drei Entlastungspaketen haben wir 2022 insgesamt fast 100 Mrd. Euro bereitgestellt, um die explodierenden Energiepreise und die steigende Inflation für alle Menschen „abzufedern“, die unserer Hilfe bedürfen. Bereits im Sommer 2022 erhielten z.B. alle Wohngeldempfänger*innen pauschal 270

Euro pro Person (bei zwei Personen 350 Euro), alle Menschen, die auf Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung angewiesen sind, erhielten automatisch eine Einmalzahlung von 200 Euro und alle Familien erhielten pro Kind zwei Mal 100 Euro zusätzlich mit dem Kindergeld ausgezahlt sowie zusätzlich 20 Euro pro Monat für den Kinderzuschlag. Jeder Haushalt wird bei der Stromrechnung zudem „spüren“, dass wir zum 1. Juli 2022 die EEG-Umlage gestrichen und damit alle Stromkunden auf Dauer entlastet haben. Die 3-monatige Bezuschussung der Spritkosten sowie das 9-Euro-Ticket kamen im letzten Sommer vielen Menschen zugute und ermöglichte vielen Zugreisen und manchen kleinen Wochenendtrip zu Freunden und Verwandten. Dass es ab 1. Mai 2023 jetzt auf Dauer ein bundesweites 49-Euro-Ticket gibt, verbessert für viele Menschen mit schmalem Budget ihre Mobilität und macht den öffentlichen Personennahverkehr attraktiver. Im September 2022 erhielten alle Beschäftigten über ihre Arbeitgeber die 300-Euro-Energiepauschale, die wir mit dem 3. Entlastungspaket im Dezember auch als Einmalzuschuss an alle Rentnerinnen und Rentner, an Studierende und Auszubildende ausgezahlt haben.

Aber außer diesen „Einmalzahlungen“ haben wir Sozialdemokraten mit unserem starken Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil



28.04.2022: Mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil feiern wir den Mindestlohn von 12 Euro (Foto: Andreas Amann)



28.11.2022: „Kanzlerdinner“ der KOA-Haushälter (Foto: Bundesregierung/ Thomas Trutschel)

im Krisenjahr 2022 auch zusätzlich Reformen zu Gunsten vieler Menschen beschlossen, die wir im Wahlkampf versprochen und im Koalitionsvertrag vereinbart hatten: 12 Euro Mindestlohn ist seit dem 1. Oktober 2022 bundesweit die Lohnuntergrenze und damit fast zwei Euro pro Stunde mehr als zuvor! Damit helfen wir vielen dabei, besser ihren Alltag zu bewältigen und durch die Krise zu kommen. Natürlich bleiben die Zeiten für die allermeisten Menschen bei diesen Preisexplosionen trotzdem aktuell hart, aber Fakt ist: Es waren immer wir Sozialdemokraten, die uns am Verhandlungstisch meist erfolgreich für diejenigen eingesetzt haben, die sich anstrengen und es trotzdem sehr schwer haben.

Und auch das ist unser Erfolg: Ab dem 1. Januar 2023 gilt mit 250 Euro/mtl. pro Kind die größte Kindergeld-Erhöhung aller Zeiten. Und ab 1. Januar ist gleichzeitig die Wohngeld-Plus-Reform in Kraft getreten, die von bis dahin 600.000 Wohngeld-Haushalten bundesweit die Anzahl der Anspruchsberechtigten auf ca. 2 Millionen Haushalte fast verdreifacht und gleichzeitig die Zahlungen massiv erhöht hat. So helfen wir vielen Menschen in diesen schweren Zeiten, dass Wohnen nicht zum Luxus wird und bezahlbar bleibt. Dazu trägt auch das 200-Mrd.-Euro-Paket bei, mit dem wir zum Jahresende die Strom- und Gaspreisbremse bis April 2024 beschlossen haben. Dadurch werden die Heizkosten für alle Privathaushalte, aber auch für die sozialen Einrichtungen in unserem Land wie auch für unsere kleinen

und mittelständischen Unternehmen sowie für die energieintensiven Betriebe finanziell gestützt. Übrigens: Die CDU/CSU hat die Finanzierbarkeit all dieser Entlastungen im Bundestag abgelehnt!

Seit März 2023 gab es auch viel Wirbel um einen angeblichen „Gesetzentwurf zum Heizungs austausch“, bei dem fälschlicherweise der Eindruck erweckt wurde, dass ab 2024 alle Heizungen durch Wärmepumpen ersetzt werden müssten. Das war absoluter Unsinn und sorgte vor allem für eins: Verunsicherung bei den Menschen. Fakt ist: dieses Gesetz wird erst seit dem 15. Juni im Bundestag beraten, alle Änderungen sind seit Anfang Juli in der Koalition geeint und es wird Anfang September beschlossen. Über die finanziellen und zeitlichen Rahmenbedingungen wollen wir Sie am 12. September mit einer Fraktion vor Ort Veranstaltung in Ratekau informieren.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, das alles ist nur ein straffer Überblick über das, was im letzten Jahr diese neue Bundesregierung und uns als Bundestagsabgeordnete im Parlament in Atem gehalten hat. Nach den vielen großen Krisen, die ich in den letzten 20 Jahren im Bundestag miterleben musste und mitgestaltet habe, hätte ich mir nicht vorstellen können, dass eine solche Erschütterung, wie sie 2022 der Krieg in der Ukraine über Europa und die Welt gebracht hat, uns alle herausfordern würde.

Ihre Bettine Ugedo

UNSERE SOZIAL- DEMOKRATISCHE HANDSCHRIFT IN DER KRISE 2022/23

Drei Entlastungspakete 2022 für Deutschland

Ich habe in meinem Vorwort schon die drei Entlastungspakete kurz skizziert, mit denen wir von April bis Herbst 2022 mit insgesamt fast 100 Mrd. Euro den Menschen bei uns direkt geholfen haben, um die in Folge des Ukraine-Krieges explodierenden Energiepreise und die steigende Inflation für unsere Bürgerinnen und Bürger „abzufedern“, die besonders unserer Hilfe bedurften. Auslöser für die (weltweit) stark angestiegenen Energiepreise war und ist natürlich der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die seit einem Jahrzehnt zunehmend starke Abhängigkeit Deutschlands von russischen Energieimporten, die seitdem gestoppt sind und die Verfügbarkeit von Energie dramatisch verknappt und verteuert haben.

Uns war von Anfang an klar, dass wir alles tun werden, um die Energieversorgung zu sichern und die Preise damit so schnell wie möglich durch ein höheres Angebot wieder zu senken. Das energiepolitische „Erbe“ von CDU-Wirtschaftsminister Altmaier war eine Katastrophe: Die Gasreservelager in Deutschland waren nicht nur in russischer Hand, sondern vor allem fast leer, und um aus dieser „Falle“ herauszukommen waren radikale, mutige und – vor allem – sehr schnelle Entscheidungen der Bundesregierung erforderlich. Deshalb haben wir – schweren Herzens angesichts der Klimakrise – Kohlekraftwerke aus der Reserve geholt, schwimmende LNG-Terminals gechartert und die Laufzeit der



09.09.2022: Akkordarbeit im Bundestag – unzählige Maßnahmen zur Entlastung der Menschen wurden zügig beschlossen

noch verbliebenen Kernkraftwerke um drei Monate bis Ende April 2023 als Notfallreserve gestreckt. Parallel haben wir den Ausbau der erneuerbaren Energien in einem nie dagewesenen Tempo durch etliche Gesetze beschleunigt und damit einen absoluten Paradigmenwechsel eingeleitet, den die CDU/CSU mit CDU-Wirtschaftsminister Altmaier und Co. in allen GroKos davor stur blockiert hatte. Die Wahrheit ist aber leider auch, dass diese Maßnahmen mit einer 180-Grad-Wende in der Energiepolitik nicht von heute auf morgen wirken, sondern natürlich Zeit brauchen. Darum war es im Frühjahr und Sommer 2022 in erster Linie unser Ziel, die vielen Bürgerinnen und Bürger, die vollkommen unverschuldet in Not gerieten, nach besten Kräften möglichst schnell zu unterstützen.

Als die Spritpreise anfangen deutlich über zwei Euro pro Liter zu klettern, war das vor allem für diejenigen gerade im ländlichen Raum, die auf das Auto zwingend als Pendler auf dem Weg zur Arbeit angewiesen sind, dramatisch. Ab dem 1. Juni 2022 subventionierte der Bund für drei Monate jeden Liter Benzin mit 30 Cent und jeden Liter Diesel mit 14 Cent. Dieser „**Tankrabatt**“ war in seiner Wirkung sehr umstritten: Erinnerung wir uns, es war auch nicht der Vorschlag der SPD, aber in

einer Koalition muss man natürlich auch Kompromisse eingehen, aber im Verhältnis zu unseren europäischen Nachbarn, die keinen Tankrabatt eingeführt hatten, zeigte sich dennoch eindeutig, dass die Spritpreise bei uns in Deutschland im Sommer 2022 leider OHNE „Tankrabatt“ noch sehr viel höher gewesen wären.

Unsere sozialdemokratische Initiative war hingegen **das 9-Euro-Ticket**, das ebenfalls ab 1. Juni 2022 drei Monate lang für all jene angeboten wurde, die teils auf das Auto verzichten und auf die Bahn umsteigen wollten. Das Ticket war ein riesiger Erfolg: Insgesamt wurden laut dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen rund 52 Millionen (!) Tickets in Deutschland verkauft. Da ich selbst ja innerhalb Deutschlands immer nur mit der Bahn unterwegs bin, habe ich hautnah natürlich nicht nur das anfängliche Chaos in den Zügen und auf den Bahnhöfen wegen der sehr vielen Menschen erlebt, sondern bin auch mit vielen – gerade älteren – Mitreisenden ins Gespräch gekommen, die mir begeistert erzählten, dass sie sich jetzt endlich auch einmal weite Reisen zu Verwandten oder Freunden für sehr wenig Geld leisten oder einfach einmal erstmalig zum Kurztrip in den Harz oder an die Nordsee aufbrechen konnten. Auch meine Enkelkinder, die mit dem Zug zur Schule fahren müssen, sparten Geld für ihr Ticket und haben es gleichzeitig nicht nur für den Schulweg, sondern auch für den Einkaufsbummel in Lübeck oder Kiel sowie den Besuch im Hansa-Park benutzt. Zugfahren war im Sommer 2022 attraktiv – diese Erkenntnis ermöglichte auch eine langwierige Einigung mit den 16 Bundesländern über die Einführung eines dauerhaften „Nachfolgermodells“ in Form des **49-Euro-Tickets ab 1. Mai 2023**, mit dem man jetzt **deutschlandweit ALLE Regionalzüge und öffentlichen Verkehrsmittel** nutzen kann. Das 9-Euro-Ticket und der Tankrabatt haben den Bund Milliarden gekostet und mussten deshalb natürlich auch auf drei Monate befristet sein. Und auch das 49-Euro-Ticket wird den Steuerzahler auf Dauer ebenfalls viele Milliarden kosten – trotzdem ist es die politisch richtige Entscheidung gewesen, auf diese Weise Anreize zu schaffen,



Kurzintervention im Plenum des Deutschen Bundestages

dass mehr Menschen den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nutzen und das Auto auch öfter stehen bleiben kann.

Parallel haben wir im Bundestag **zum 1. Juli 2022 die EEG-Umlage auf Dauer (!) komplett abgeschafft**, die seit Jahren in jeder Abrechnung der Stromkunden extra ausgewiesen war und die Strompreise natürlich nicht unwesentlich verteuerte. Diese Entlastung hilft ALLEN Haushalten in Deutschland bei der Nebenkostenabrechnung. Ein Haushalt mit einem Verbrauch von 4.000 Kilowattstunden im Jahr spart dadurch etwa 260 Euro.

Aber natürlich machten den meisten Menschen nicht nur die Sprit- und Strompreise zu schaffen, sondern vor allem auch die steigende Inflation beim täglichen Einkauf. Auch wenn wir eine Inflation von fast zehn Prozent in der Spitze erlebt haben, die jetzt allerdings – maßgeblich durch die Zinspolitik der EZB – wieder im „Sinkflug“ ist, dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren, dass es den Menschen in anderen europäischen Ländern deutlich schlechter gegangen ist und geht: Bei meiner Reise im Februar nach Estland wurde mir klar, dass dort die Inflation über 20 Prozent betrug, und bei meiner Reise in die Ukraine und nach Moldau im Herbst lag in Moldau (das absolut ärmste Land Europas, das übrigens pro Kopf mit Abstand die meisten Flüchtlinge aus der Ukraine beherbergt!) die Inflation bei 37 (!) Prozent. Was DAS für die Bevölkerung dort bedeutet, die sich gleichzeitig als direkte

Nachbarn Russlands von Putin elementar bedroht fühlen und um ihre Zukunft fürchten, kann uns nicht egal sein und erfordert europäische Solidarität.

Aber zurück nach Deutschland zum Frühjahr/Sommer 2022: Gerade auf Initiative von uns Sozialdemokraten in der Ampel-Regierung haben wir mit möglichst einfachen „Instrumenten“ und Gesetzen dafür gesorgt, dass speziell die **Familien und Menschen mit geringem Einkommen gezielt und OHNE Antragstellung mit ohnehin bekannten Transferleistungen quasi „automatisch“ und unbürokratisch entlastet** wurden. So haben wir die Familien über die Kindergeld- und die Kinderzuschlagszahlung, die Wohngeldempfängerinnen und -empfänger über die Wohngeldzahlung, die Langzeitarbeitslosen und Menschen in Grundsicherung über die Jobcenter und die Beschäftigten im September 2022 mit einer Energiepreispauschale von 300 Euro über die Lohnauszahlung mit Einmal-Zahlungen entlastet. Auch die Rentnerinnen und Rentner, die Azubis und Studierenden erhielten ab Dezember eine solche „Energiepreispauschale“ automatisch mit der Rente bzw. dem Bafög ausgezahlt. Ganz bewusst haben wir uns dafür entschieden, dass es diese Hilfen OHNE Antragstellung gab, weil es der schnellste Weg war und weil zudem meistens diejenigen trotz Rechtsanspruch keine Anträge stellen, die es oft am nötigsten haben, aber mit Anträgen und Behörden nicht gut „klarkommen“. Oft habe ich gehört, dass das alles nicht genug war, sondern nur „ein Tropfen auf dem heißen Stein“. Aber Fakt ist: Diese Entlastungen für unsere Bürgerinnen und Bürger haben den Bund 2022 ca. 100 Milliarden Euro gekostet – eine unvorstellbar große Summe. Und Fakt ist auch, dass die meisten unserer Nachbarländer nicht über die Finanzkraft verfügten, um die Menschen und kleinen und mittelständischen Unternehmen in vergleichbarer Art und Weise zu unterstützen, was in Europa dann auch oft als unfair und „wettbewerbsverzerrend“ empfunden wird.

Was haben wir gezielt zur Entlastung der Menschen bewirkt? **Eltern haben im Sommer 2022 zwei Mal einen Kinderbonus von 100 Euro pro Kind** erhalten, der nicht

auf Sozialleistungen angerechnet wurde. Zudem **gab es ab Januar 2023 die größte Kindergelderhöhung aller Zeiten: für das erste und zweite Kind von 219 bzw. für das dritte Kind von 225 auf jeweils 250 Euro monatlich**. Auch der Kinderfreibetrag und der Ausbildungsfreibetrag steigen. Alle Studierenden, Fachschülerinnen und Fachschüler erhielten zum Jahresende eine Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro. Junge Leute, die BAföG und Berufsausbildungsleistungen erhalten, bekamen nach dem ersten (230 Euro) einen zweiten Zuschuss (345 Euro).

Als im **September 2022** alle Beschäftigten über ihren Lohn eine 300-Euro-Einmalzahlung als **„Energiepreispauschale“** erhielten, gab es teils sehr großen **Unmut von Rentnerinnen und Rentner**, dass sie nicht gleichzeitig auf dieselbe Art und Weise wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlastet wurden. Der Vorwurf vieler, wir hätten die Rentnerinnen und Rentner in der Politik angeblich „vergessen“, war natürlich falsch. Es gab einen guten Grund, zunächst vorrangig die aktiv Beschäftigten gezielt zu entlasten, denn sie waren als Pendler von den explodierenden Preisen für Mobilität wesentlich stärker betroffen als diejenigen, die nicht mehr zur Arbeit pendeln müssen. Der einmalige 300-Euro-Zuschuss für Beschäftigte im September war vor allem darin begründet, dass die Arbeitnehmer – gerade bei uns im ländlichen Raum – täglich häufig lange Wege zur Arbeit hin und zurückhaben, oft auch zwingend auf das Auto dabei angewiesen sind, wodurch sie bei den damaligen Spritpreisen ganz enorm von diesen Kostensteigerungen – berufsbedingt – betroffen waren. Diesen Zwang, täglich weite Wege zur Arbeit hin und zurück unternehmen zu müssen, häufig sogar in Familien sowohl der Mann wie auch die Frau in völlig verschiedene Richtungen oder zu unterschiedlichsten Arbeitszeiten, haben Rentnerinnen und Rentner oftmals eben nicht. Ich bin jetzt selbst 67 Jahre alt und kenne in meiner dörflichen Umgebung viele Gleichaltrige, die im Ruhestand sind und seit den steigenden Energiepreisen die Autofahrten zum Einkaufen oder zum Arzt sehr viel bewusster geplant, mit Nachbarn

Fahrgemeinschaften gebildet und das Auto öfter einmal stehen gelassen haben, um Geld zu sparen. Diese Möglichkeiten hatten viele Beschäftigte leider berufsbedingt nicht und allein darin war der Ansatz der Energiepauschale begründet. Dieser 300-Euro-Zuschuss muss in der Steuererklärung 2022 übrigens versteuert werden, weswegen gilt: Wer viel verdient, muss also auch viel versteuern! Damit hilft der Bonus vor allem denjenigen, die wenig verdienen und kaum Steuern zahlen müssen. Das ist gerecht. Dennoch: **Diejenigen Rentner, die Grundsicherung oder Wohngeld berechtigt sind, erhielten zum Juli 2022 200 Euro als Einmalzahlung „on TOP“ zu ihren bisherigen Bezügen** - DAS konnten wir als SPD im parlamentarischen Verfahren durchsetzen! Wer **Arbeitslosengeld 1** bezieht, erhielt **100 Euro als Einmalzahlung**, dazu gab es einen **Heizkostenzuschuss von 270 Euro für alle Wohngeldempfängerinnen und -empfänger**.

Auch die 200 Mrd. Euro, die der Bund im Herbst für die **Strom- und Gaspreisbremse für 2023/2024** beschlossen hat, gab es in dieser Dimension in unseren Nachbarländern nicht – obwohl die Menschen dort ebenso unter der Inflation und den explodierenden Energiekosten leiden. Um die Menschen, die Kommunen und Unternehmen bei den Heizkosten im Winter zu entlasten, hat **der Bund zunächst den Dezemberabschlag 2022 für Erdgas und Wärme komplett zu Gunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher übernommen**. Am 15.12.2022 hat der Bundestag darüber hinaus die Gesetze für die Strom-, Gas- und Wärmepreisbremsen nach wochenlangen Debatten beschlossen. Mit den Preisbremsen werden Verbraucherinnen und Verbraucher einerseits ebenso wie die Wirtschaft, soziale Einrichtungen wie etwa Krankenhäuser und auch die Kommunen selbst mit ihren vielen Liegenschaften spürbar entlastet. Am 16. Dezember 2022 stimmte der Bundesrat den gesetzlichen Strom-, Gas- und Wärmepreisbremsen zu, die noch vor Weihnachten in Kraft traten.

Diese Gesetze haben vor allem auch dafür gesorgt, dass sich „der Energiemarkt beruhigt“ hat und viele Horrorszenarien zu den Preisexplosionen im Winter nicht so

eingetreten sind, wie es prognostiziert war. Viele Medien hatten der Bundesregierung im Sommer einen „heißen Herbst“ mit Massendemonstrationen bis hin zu Straßenschlachten vorhergesagt, wovon mit Sicherheit vor allem wieder die AfD profitiert hätte, und viele Medien (und die Opposition) prophezeiten frierende Menschen in eiskalten Wohnungen im Winter, was alles glücklicherweise in dieser Dramatik nicht eingetreten ist. Fakt ist aber, dass all das nur deshalb nicht eingetreten ist, weil diese Ampel-Regierung und unser Bundestag mit ganzer Kraft und dreistelligen Milliardenbeträgen an Steuergeld entschlossen dagegen gesteuert hat.

Was gilt jetzt? Für Bürgerinnen und Bürger sowie kleine und mittlere Unternehmen greift die **Gaspreisbremse** ab März 2023 und umfasst auch rückwirkend die Monate Januar und Februar. Das bedeutet, dass ein Kontingent von **80 Prozent des Erdgasverbrauchs zu 12 Cent je Kilowattstunde** gedeckelt wird, es dafür also einen Rabatt im Vergleich zum Marktpreis gibt. Für **Fernwärme beträgt der gedeckelte Preis 9,5 Cent je Kilowattstunde**. Für den restlichen Verbrauch muss der normale Marktpreis gezahlt werden, weshalb sich Energiesparen auch weiterhin lohnt. Entscheidend für die Höhe des Kontingents ist der im September 2022 prognostizierte Jahresverbrauch für 2023. Im März haben alle Verbraucherinnen und Verbraucher zusätzlich einmalig einen rückwirkenden Entlastungsbetrag für die Monate Januar und Februar durch ihre Energieversorger erhalten. Für Mieterinnen und Mieter gilt, dass ihre Vermieter oder Vermieterinnen die erhaltenen Entlastungen im Rahmen der Betriebskostenabrechnung weitergeben müssen. Auch die **Strompreisbremse** gilt nach demselben Prinzip: **Sie deckelt den Strompreis für Haushalte und Kleingewerbe mit einem jährlichen Verbrauch von bis zu 30.000 Kilowattstunden auf 40 Cent pro Kilowattstunde**, was wieder für ein Kontingent in Höhe von **80 Prozent des Vorjahresverbrauchs** gilt. Für mittlere und große Unternehmen mit mehr als 30.000 Kilowattstunden Jahresverbrauch liegt der Preisdeckel bei 13 Cent pro Kilowattstunde –



07.02.2023: Treffen der Landesgruppe Schleswig-Holstein mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich in der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin (Foto: Büro Sönke Rix)

zuzüglich Netzentgelte, Steuern, Abgaben und Umlagen. **Oberhalb des jeweils rabattierten Kontingents fallen die marktüblichen Strompreise an – also gilt auch hier: Energiesparen lohnt sich auch künftig!** Die Preisbremsen gelten für das gesamte Jahr 2023 und können bis zum April 2024 verlängert werden.

Erst durch die **Initiative des Parlaments und des Haushaltsausschusses**, dessen stellvertretende Vorsitzende ich ja bin, haben wir es geschafft, auch denjenigen Haushalten, die – gerade bei uns **im ländlichen Raum – mit Öl, Flüssiggas, Holz oder Pellets heizen, eine substanzielle Abfederung der Preissteigerungen in der Energiekrise anzubieten (Fachwort: „nicht leitung-sgebundene Energieträger“)**, was natürlich im Bundes-haushalt die Bewilligung zusätzlicher Mittel erforderte: Ich freue mich, dass wir uns in der Koalition darauf verständigen konnten, **zusätzlich 1,8 Mrd. Euro aus dem Wirtschafts-stabilisierungsfonds für diesen speziellen Zweck zu bewilligen**, wodurch auch diejenigen Haushalte entlastet werden können, die ebenfalls von den steigenden Energiekosten gegenüber 2021 in Not geraten. Die Entlastung durch den Fonds orientiert sich dabei an der Logik der Preisbremsen für Gas und Wärme. Auch dort müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher leider etwa eine Verdopplung

der Kosten gegenüber dem Vorjahr 2021 selbst tragen, aber wie bei der „Gas- und Wärmepreisbremse“ werden Preissteigerungen übernommen, die nachweislich über eine Verdoppelung der Kosten hinausgehen – von diesen übermäßigen Mehrkosten werden dann 80% erstattet.

Wie funktioniert das genau? Verglichen wird dabei, was die 2022 gelieferte Menge bei den Preisen von 2021 gekostet hätte. Bundeswirtschaftsminister Habeck hat in Zusammenarbeit mit den 16 Bundesländern die von uns

durchgesetzte Entlastung umgesetzt, da die Auszahlung nämlich möglichst unkompliziert über die Bundesländer erfolgen sollte. **Die Hilfe kann über ein Online-Portal beantragt werden – in Schleswig-Holstein seit dem 4. Mai 2023. Schleswig-Holstein nutzt dafür (wie 12 weitere Bundesländer auch) das zentrale Antragsportal der Kasse.Hamburg, das die technische Umsetzung übernimmt und ebenfalls die Antragsbearbeitung in einer „Nordländer-Kooperation“ übernimmt.** Wer 2021 beispielsweise eine Rechnung von rund 1.000 Euro für Heizöl hatte und 2022 rund 3.000 bezahlen musste, kann über einen Antrag ca. 800 Euro erstattet bekommen. **Um die Hilfen beantragen zu können, muss die entsprechende Rechnung bis zum 1. Dezember 2022 erstellt worden sein.** Die Bagatellgrenze beträgt dabei 100 Euro, der maximale Gesamtentlastungsbetrag beläuft sich auf 2.000 Euro pro Haushalt.

Auch um die **sozialen Träger, Kultur- und Forschungseinrichtungen, kleine und mittlere Unternehmen sowie Krankenhäuser, Kurkliniken und stationäre Pflegeeinrichtungen gezielt zu unterstützen**, haben wir Sozialdemokraten uns sehr für eine **Härtefallregelung** eingesetzt, die wir mit der Koalition und den Bundesländern nun auch umsetzen. Dabei sieht die Regelung vor, dass **die Bundesländer Härtefallregelungen für die**

besagten Einrichtungen treffen und der Bund Härtefallhilfen in Höhe von 12 Mrd. Euro aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds bereitstellt. Für die sozialen Einrichtungen sind davon konkret acht Milliarden Euro für die gesamte Laufzeit bis 2024 vorgesehen, so dass auch die schleswig-holsteinische Landesregierung zügig handeln kann, damit die Gelder schnell und unbürokratisch ausgezahlt werden. Wichtig ist, dass die sozialen Träger in diesen krisenhaften Zeiten unbedingt rasch Planungssicherheit erhalten und diese Hilfen so schnell wie möglich vor Ort ankommen müssen – am besten im engen Dialog zwischen Landesregierung mit den sozialen Trägern. Beispielsweise hat die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) hat noch im September 2022 im Rahmen der Kampagne **„Alarmstufe Rot: Krankenhäuser in Gefahr – sofortiger Inflationsausgleich notwendig“** in erster Linie die steigenden Energiekosten beklagt (Zitat): „Alleine die Energiekostensteigerungen bringen Kliniken an den Rand der Zahlungsunfähigkeit“, hieß es in einer Pressemitteilung der DKG vom 5. September 2022. Diese Warnung haben wir – Bundestag und Bundesregierung – sehr ernst genommen und entsprechend gehandelt. Grundlage für den Wirtschaftsstabilisierungsfonds und seine Rahmenbedingungen sind langwierig erzielte Einigungen des Bundes mit der EU-Kommission in Bezug auf das

EU-Beihilferecht. Für diese Einigungen war das Datum des Ausbruchs des Überfalls von Putin auf die Ukraine als Rechengrundlage relevant. Ohne die Zustimmung der EU hätte der Wirtschaftsstabilisierungsfonds in Deutschland überhaupt nicht in Kraft treten können. Die CDU/CSU hat diesem 200-Mrd.-Euro-Fonds für die nationale Entlastung bei den Gas- und Strompreispumpen inklusive der Härtefallfonds übrigens nicht zugestimmt!

Versprechen eingelöst: Zahlreiche Verbesserungen im Bereich Arbeit und Soziales!

Unser zentrales Versprechen als Sozialdemokraten im Bundestagswahlkampf 2021 war die **Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro** – und zum 1. Oktober 2022 konnten wir **für ca. 6,6 Millionen Beschäftigte** in Deutschland verkünden: Versprochen – Gehalten! Erst zum 1. Juli 2022 war der gesetzliche Mindestlohn durch die Mindestlohn-Kommission auf 10,45 Euro pro Stunde als untere Lohnuntergrenze angehoben worden und jetzt kam ein weiterer „Sprung“ um 1,55 Euro auf „einen Schlag“, was sich dann auf der Lohnabrechnung von ca. 6,6 Millionen Beschäftigter deutlich bemerkbar machte. Seit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar 2015 von damals 8,50 Euro erhalten ab 1. Oktober 2022 nun viele dieser Beschäftigten vermutlich die größte Lohnerhöhung ihres Lebens, indem sie schlagartig einen Anspruch auf 12 Euro



29.09.2021: Erstes Treffen der neuen SPD-Bundestagsfraktion, die nach der Wahl auf 206 Abgeordnete angewachsen ist (Foto: Büro Hagedorn)



02.07.2020: Mit SPD-Bundesminister Hubertus Heil direkt nach der erfolgreichen Abstimmung zur Grundrente

Stundenlohn haben. Eine statistische Erhebung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung für die Bundesagentur für Arbeit belegt, dass ca. 16.000 Beschäftigte in Ostholstein - im Bundesvergleich überdurchschnittlich viele - von dieser gesetzlichen Anhebung des Mindestlohns profitieren, worüber ich mich riesig freue. **Fakt ist nämlich, dass Schleswig-Holstein das westliche Flächenland mit dem niedrigsten Lohnniveau bundesweit ist, weil bei uns die traditionell niedrigen Löhne im Tourismus, im Dienstleistungs- und Gastgewerbe, in der Gastronomie sowie in den Service-Unternehmen der vielen Kliniken und Kur-Einrichtungen eine dominante Rolle spielen. Gleichzeitig sind in diesen Branchen ganz besonders viele Frauen beschäftigt, so dass zum 1. Oktober auch ganz besonders viele Frauen von der Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro profitiert haben.** Nicht vergessen werden darf, dass bis zur 1. Einführung des Mindestlohns von damals 8,50 Euro **zum 1. Januar 2015 in Ostholstein sogar über 22.000 Beschäftigte für unter 6,50 € pro Stunde arbeiteten - davon damals sogar 8.500 Beschäftigte in Vollzeit.** Der gesetzliche Mindestlohn hat seit 2015 das „Lohndumping“ in Deutschland erfolgreich gestoppt. Viele Beschäftigte haben mit dem 1. Oktober nicht nur mehr Geld auf Ihrem Konto, sondern tun gleichzeitig auch etwas für eine bessere Rente. **Ich finde es skandalös, dass die CDU/CSU**

bei der Abstimmung über die Erhöhung des Mindestlohns am 3. Juni 2022 im Bundestag NICHT zugestimmt hat! Darüber hinaus ist bei 12 Euro nicht Schluss: Der gesetzliche Mindestlohn soll zum 1. Januar 2024 auf 12,41 Euro steigen. Ein Jahr später auf 12,82 Euro. Das hat die Mindestlohnkommission am 23. Juni 2023 beschossen.

Mitten in der Krise durch den Ukraine-Krieg Putins und die steigende Inflation gab es **zum 1. Juli 2022 die größte Rentenerhöhung seit Jahrzehnten** für 22 Millionen Rentnerinnen und Rentner: In Westdeutschland wurden die Renten um 5,3 Prozent und in

Ostdeutschland um 6,1 Prozent angehoben. Ich kann zwar verstehen, dass einige diese Rentenerhöhung - angesichts der hohen Inflationsrate - trotzdem als unzureichend empfanden, aber Fakt ist ja, dass die Rentenerhöhungen zum 1. Juli stets an der durchschnittlichen Einkommenserhöhung der aktiv Beschäftigten des Vorjahres orientiert sind, weswegen eben vor allem erfolgreiche Tarifabschlüsse der Gewerkschaften und die höchste Zahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2021 diese Rentenerhöhung überhaupt erst ermöglicht haben. **Ende April 2023 kündigte SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil die nächste Erhöhung zum Juli 2023 an: Dann werden die Bezüge der über 22 Millionen Rentnerinnen und Rentner im Westen um 4,39 Prozent und im Osten um 5,86 Prozent angehoben.** Im Westen ist dies die dritthöchste Anhebung seit der Wiedervereinigung 1990. Auch im Osten fiel die Erhöhung nur selten noch höher aus.

Leider gibt es bei uns viele **Rentnerinnen und Rentner, die entweder auf die Grundsicherung angewiesen sind oder Wohngeld beziehen**, weil sie sonst nicht von ihrer Rente leben können: 46 Prozent aller Wohngeldbezieherinnen und -bezieher sind Rentner! Daher wurde der **Kreis der Anspruchsberechtigten auf Wohngeld zum 1. Januar 2023 gesetzlich neu geregelt (Wohngeld-Plus-Reform) und wird dadurch verdreifacht!** Zusätzlich haben wir

das Wohngeld um eine dauerhafte Klima- und Heizkostenkomponente ergänzt, um die steigenden Energiepreise abzufedern. **Das bedeutet konkret: mehr Wohngeld für mehr Menschen! Das Wohngeld steigt mit der Klima- und Heizkostenkomponente im Schnitt von 180 auf 370 Euro und kann künftig von ca. zwei Millionen Haushalte erfolgreich beantragt werden – anstatt derzeit nur von ca. 600.000 Haushalten.**

Zum 1. Januar 2023 haben wir mit der Einführung des Bürgergeldes als Sozialdemokraten ein weiteres Wahlkampfversprechen erfolgreich umgesetzt und das alte „Hartz-IV-System“ beendet. Das Bürgergeld bedeutet den versprochenen Wandel hin zu mehr Respekt, der eine bessere (Re-)Integration der Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt ermöglichen soll. Die CDU/CSU wollte das Gesetz komplett verhindern und nur der Erhöhung der Regelsätze zum 1. Januar 2023 zustimmen. In schwierigen Verhandlungen haben wir einige Zugeständnisse – wie im Bereich der Sanktionen – gemacht, da die Union sonst das Gesetz gänzlich blockiert hätte. Nun darf das Jobcenter bei Meldeversäumnissen den Bedürftigen die Leistungen für einen Monat zwar um zehn Prozent kürzen, und erst bei weiteren Verstößen folgen höhere Sanktionen. Sobald aber die konstruktive Mitwirkung der Betroffenen wiedereinsetzt, entfallen alle auferlegten Sanktionen sofort. Neben der Erhöhung der Regelsätze um 53 Euro pro Monat haben wir eine ganze Reihe von wichtigen Neuerungen verankert, um einerseits ein stabiles Sicherheitsnetz für die Langzeitarbeitslosen zu spannen und andererseits den Betroffenen mehr Qualifizierungschancen für die Rückkehr in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Das Bürgergeld ist jetzt so ausgestaltet, dass sich niemand Sorgen machen muss, sofort nach dem Jobverlust und dem Ende des Arbeitslosengeldes (nach SGB III) auch noch die eigene Wohnung oder die Ersparnisse zu verlieren. Im ersten Jahr des Bürgergeldbezugs – der sogenannten Karenzzeit – werden die Wohnkosten in tatsächlicher Höhe und die Heizkosten in angemessener Höhe übernommen. Vermögen von bis zu 40.000 Euro für eine alleinstehende

Person und Altersvorsorgevermögen bleiben unangetastet. Für jede weitere Person gilt ein Schonvermögen von 15.000 Euro. Ab Januar 2023 ist der Regelsatz für alleinstehende Erwachsene um 53 Euro auf 502 Euro im Monat gestiegen und die Regelsätze für Kinder wurden auch erhöht. Um Preissteigerungen schneller auszugleichen, werden die Beträge künftig früher an die zu erwartende Inflation angepasst. Zudem haben wir die Hinzuverdienstmöglichkeiten deutlich verbessert, denn wir wollen es ja gern, dass alle mitarbeiten. Grundsätzlich bleiben 100 Euro plus 20 Prozent aus Minijobs anrechnungsfrei. Wer zwischen 520 und 1.000 Euro verdient, darf künftig 30 statt 20 Prozent der Einkünfte behalten. Für junge Menschen gibt es einen Freibetrag von 520 Euro für ihre Ausbildungsvergütung, Einkünfte aus einem Schul-Nebenjob oder für das Taschengeld im Freiwilligen Sozialen Jahr oder im Bundesfreiwilligendienst.



20.04.2023: Mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und der engagierten Schauspielerin Ursula Karven nach erfolgreicher Abstimmung des Übereinkommens Nr. 190 der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt

In einem **nächsten Schritt gibt es seit dem 1. Juli 2023 neue Erleichterungen und Möglichkeiten der Unterstützung** für Menschen mit Anspruch auf Bürgergeld: Eine **Ausbildung oder Weiterbildung** sind zentral für eine erfolgreiche Stellensuche. Im Zuge der Einführung des Bürgergeldes können Bürgergeldbezieherinnen und -bezieher dafür Unterstützung, auch finanzielle, durch das Jobcenter erhalten. Wenn mit Unterstützung des Jobcenters ein Berufsabschluss durch eine Ausbildung oder Umschulung nachgeholt werden möchte, ist das bei Bedarf über einen Zeitraum von drei Jahren möglich. Bislang waren es höchstens zwei Jahre. Dadurch können besondere Lebensumstände besser berücksichtigt werden, wie etwa die Kinderbetreuung bei Alleinerziehenden. Wenn eine Weiterbildung absolviert wird, die zu einem Berufsabschluss führt, erhalten Kunden des Jobcenters seit dem 1. Juli 2023 ein **Weiterbildungsgeld** in Höhe von monatlich 150 Euro. Zudem kann eine Weiterbildungsprämie für bestandene Zwischen- und Abschlussprüfungen ausgezahlt werden. Für Weiterbildungen, die nicht auf einen Berufsabschluss abzielen, gibt es einen **Bürgergeldbonus**, wenn die Weiterbildung mindestens 8 Wochen dauert. Dieser beträgt 75 Euro pro Monat. Für die neuen Leistungen „Weiterbildungsgeld“ und „Bürgergeldbonus“ muss **kein Antrag gestellt werden**. Wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, zahlt das Jobcenter das Weiterbildungsgeld beziehungsweise den Bürgergeldbonus monatlich nachträglich aus. Außerdem wird **seit Juli 2023 das Mutterschaftsgeld nicht mehr als Einkommen angerechnet**.

Steuerliche Entlastungen sind immer ein „trockenes Thema“, aber für viele Familien sowie Steuerzahlerinnen und Steuerzahler richtig brisant: Es geht um die **Entlastung der Beschäftigten „in der Mitte unserer Gesellschaft“**, die hart arbeiten und von der Inflation, den explodierenden Energiepreiskosten und steigenden Zinsen für Kredite massiv betroffen sind und über das Steuerrecht entlastet werden können und sollen. Dazu haben wir **viele steuerliche Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen geschaffen**. Generell ist **der steuerliche Grundfreibetrag von 9.984 Euro (2021) auf 10.347 Euro (2022) gestiegen**

und wird 2023 und 2024 weiter erhöht. Die Auswirkungen der „kalten Progression“ werden zusätzlich durch eine **Absenkung des Einkommensteuertarifs im Jahr 2023 und 2024** ausgeglichen. Das bedeutet: **weniger Steuern, mehr Netto für 48 Millionen Bürgerinnen und Bürger**. Der Arbeitnehmer-Pauschbetrag wurde rückwirkend ab 1. Januar 2022 um 200 Euro erhöht: Beschäftigte können so ihre Werbungskosten bei der Einkommensteuererklärung ohne Belege pauschal in Höhe von 1.200 Euro geltend machen. Die Fernpendler-Pauschale ist ab dem 21. Kilometer von 35 auf 38 Cent/km erhöht worden, befristet bis Ende 2026. Geringverdienende erhalten eine Mobilitätsprämie. Die Homeoffice-Pauschale wird verbessert und entfristet. Die **Höchstgrenze für Midi-Jobs stieg zum 1. Januar 2023 von 1.600 auf 2.000 Euro pro Monat**. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen im Einkommensbereich unterhalb dieser Grenze weniger Sozialabgaben. Dadurch werden sie um rund 1,3 Milliarden Euro jährlich entlastet. Steuerzahler können seit dem 1. Januar 2023 ihre Rentenbeiträge voll absetzen – zwei Jahre früher als geplant. **Sonderzahlungen von Arbeitgebern an ihre Beschäftigten (Inflationsprämien) bleiben bis zum 31. Dezember 2024 und bis zu einer Höhe von 3.000 Euro frei von Steuern und Sozialabgaben**.



20.05.2021: Aktion der SPD-Bundestagsfraktion „Wir liefern!“ mit der Pflegebevollmächtigten des Bundes Claudia Moll (Foto: Büro Hagedorn)



23.06.2021: Treffen zum Thema Pflege mit Ameos-Vorstand Michael Dieckmann und den Expertinnen Claudia Moll, Mitglied des Bundestags, und Christina Grahl, Direktorin der Pflegehäuser/Ameos (Foto: Büro Hagedorn)

Pflege und Gesundheit zukunftsfest machen!

Durch die demografische Entwicklung ist die finanzielle Lage der gesetzlichen Pflegeversicherung seit Jahren angespannt. Auch die Corona-Pandemie hat die Kosten stark ansteigen lassen. Da alle Leistungen der Pflegeversicherung begrenzt sind und die tatsächlichen Kosten oft die erstatteten Beträge übersteigen, ist der selbst aufzubringende Anteil der Pflegebedürftigen im Laufe der Zeit immer weiter angestiegen. Um sie zu entlasten und die Pflegeversicherung finanziell zu stabilisieren, hat der Bundestag das **Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz 2./3.** Lesung am 26. Mai 2023 beschlossen. Demnach werden das **Pflegegeld und die Pflegesachleistungen ab 2024 jeweils um fünf Prozent erhöht. 2025 werden diese und alle anderen Leistungen der Pflegeversicherung dann um weitere 4,5 Prozent erhöht, ab 2028 steigen sie entsprechend der Kerninflation.** Wer Angehörige pflegt, kann das **Pflegeunterstützungsgeld** künftig so in Anspruch nehmen wie das Kinderkrankengeld, also deutlich häufiger. Der Anstieg der Eigenanteile von Pflegebedürftigen in Heimen wird gebremst, indem die Zuschläge von der Pflegekasse ab 2024 auf bis zu 75 Prozent angehoben werden. Ab dem 1. Juli 2025 wird der gemeinsame Jahresbetrag für Verhinderungs- und Kurzzeitpflege eingeführt – das

sogenannte **Entlastungsbudget für pflegende Angehörige.** Damit werden Menschen unterstützt, die ihre Angehörigen pflegen und selbst Entlastung benötigen. Mit dem Entlastungsbudget wird es möglich sein, **Leistungen der Pflegeversicherung flexibler innerhalb des Budgets abzurufen.** Für Eltern von Kindern und Jugendlichen unter 25 Jahren mit einer schweren Behinderung wird das Entlastungsbudget bereits ab 2024 eingeführt. Die **Pflegeversicherung muss aber auch stabilisiert werden,** um der demographischen Entwicklung zu begegnen und die Leistungsanpassungen zu finanzieren. Deshalb **steigt der Beitragssatz ab Juli 2023 – wie im Koalitionsvertrag vorgesehen – um 0,35 Prozentpunkte an, also von derzeit 3,05 auf 3,4 Prozent des Bruttolohns.** Des Weiteren wird ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt, nach dem **Eltern kinderreicher Familien bei den Beiträgen der Pflegeversicherung entlastet werden müssen.** Dazu wird der **Kinderlosen-Zuschlag angehoben.** Zugleich wird der **Beitrag ab zwei Kindern bis zum 25. Lebensjahr um 0,25 Punkte je Kind bis zum fünften Kind abgesenkt.** Ein Beispiel: Eine Familie mit drei minderjährigen Kindern zahlt künftig 2,9 Prozent, also weniger als bisher. Wenn die Kinder aus dem Haus sind, zahlen die Eltern wieder dauerhaft 3,4 Prozent – und damit weniger als Kinderlose, für die der Zuschlag von 0,6 Beitragssatzpunkten

gilt. Wenn der geringere Beitrag zur Pflegeversicherung aus technischen Gründen nicht sofort bei allen berücksichtigt werden kann, wird er rückwirkend zum 1. Juli 2023 verzinst und rückabgewickelt.

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, hat die Ampel-Regierung mit Gesundheitsminister Karl Lauterbach ein großes Reformvorhaben für eine **flächendeckende, qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung in Deutschland** „angeschoben“, das von seinem Vorgänger Jens Spahn jahrelang „liegen gelassen“ worden ist. Gemeinsam haben wir uns darauf verständigt, dass wir mit einem **„Bund-Länder-Pakt“** die nötigen Reformen für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung auf den Weg bringen, denn in Wahrheit haben eigentlich nur die Bundesländer in unserem föderalen System die Zuständigkeit für die Krankenhauslandschaft. Ziel der Reform ist einerseits der **„Abschied vom unzweckmäßigen „Fallpauschalen-System“** mit enormen Verwerfungen zwischen der Wirtschaftlichkeit von Spezialkliniken einerseits und andererseits solchen, die – wie bei uns im ländlichen Raum – im Prinzip fast für alles an Patientenversorgung zuständig sind und damit nicht rentabel ihre Leistungen abrechnen können und häufig in ihrer Existenz bedroht sind. Die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen gebotener Wirtschaftlichkeit und qualitativ hochwertiger medizinischer Versorgung der Patientinnen und Patienten ist also das Ziel und auf keinen Fall (!) eine „kalte Strukturbereinigung“, bei welcher zuerst die wirtschaftlich schwächsten Krankenhäuser – trotz ihrer Versorgungs- und Bedarfsnotwendigkeit – aufgeben und geschlossen werden müssten. Denn: Unser Maßstab ist und bleibt eine hochwertige und flächendeckende Krankenhausversorgung aller Menschen in Deutschland – nicht nur in den Städten und Zentren, sondern insbesondere in unseren ländlichen Regionen. **Bund und Länder haben sich am 10. Juli 2023 auf die Eckpunkte für die Krankenhausreform geeinigt.** In Berlin kamen die Gesundheitsministerinnen und -minister der Länder, Bundesgesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach und die Fraktionen der Ampel-Koalition zusammen, um die letzten Streitpunkte auszuräumen. Anschließend

wurde ein gemeinsames Eckpunktepapier als Grundlage für einen Gesetzentwurf veröffentlicht. Die Einigung im Detail: Statt Fallpauschalen bekommen notwendige Kliniken **Vorhaltepauschalen. Das heißt sie bekommen eine Art Existenzgarantie, selbst wenn sie vergleichsweise wenige Behandlungen anbieten. Somit bestimmt die Qualität und nicht mehr die Quantität die Versorgung.** Durch das neue System der Vorhaltepauschalen erhalten Krankenhäuser die Chance, zu überleben. Dadurch können sich Patientinnen und Patienten darauf verlassen, dass ihre Behandlung wirklich nötig ist und gut gemacht wird. Der Bund legt in der 2. Jahreshälfte 2023 außerdem ein eigenes **Gesetz zur Transparenz** vor. Dadurch wird **klar erkennbar sein, welches Krankenhaus welche Leistungen mit welcher Qualität anbietet.** Die Transparenz-Offensive soll am 1. Januar 2024 starten. Über den Sommer wird auf Grundlage der vereinbarten Eckpunkte der Gesetzentwurf erarbeitet und danach ins parlamentarische Verfahren eingebracht, das voraussichtlich im Dezember 2023 abgeschlossen werden, damit die Krankenhausreform dann möglichst zum 1. Januar 2024 in Kraft treten kann. Selbstverständlich werden die Auswirkungen der Krankenhausreform auf die Versorgungsstrukturen vor Ort sorgfältig geprüft. Keinesfalls darf es dazu kommen, dass Krankenhäuser, die für die Versorgung der Bevölkerung notwendig sind, geschlossen werden. Um solche Verwerfungen zu vermeiden, wird es eine mehrjährige Übergangsphase geben, bis ausgehend vom Status Quo die neuen Versorgungsstrukturen erreicht worden sind. Am Ende soll eine neue, zukunftsorientierte und krisenfeste Versorgungsstruktur stehen, die allerdings auch von den Beitragszahlern bezahlt werden kann. **Klar ist natürlich, dass die finale Verantwortung für die Krankenhausplanung und die Sicherstellung der Krankenhausversorgung weiterhin bei den Bundesländern liegt.**

Besonders gefreut habe ich mich, dass ich nach der langen Corona-Abstinenz am **24. September 2022 als Ehrengast endlich einmal wieder in einer Mutter-Vater-Kind-Kur-Klinik zu Gast sein konnte: in Dahme wurde nach zweijähriger Bauzeit der großzügige Anbau**



24.09.2022: Einweihung der Eltern-Kind-Kur-Klinik Seefrieden in Dahme, wo mir der Zukunftsstaffel-Stab „Reha braucht Dich!“ von M. Halsch u. B. Nickelsen vom Arbeitskreis für Familienhilfe überreicht wurde

an die Eltern-Kind-Kurklinik „Seefrieden“ feierlich eingeweiht. Die Klinik besteht mit ihrem traditionellen Ursprungshaus seit über 100 Jahren und hilft seitdem mit einem tollen Mitarbeiter-Team kompetent, professionell und mit viel Herzblut Familien mit Kindern, die dringend Unterstützung brauchen, um ihren Alltag gut meistern zu können. Ich unterstütze die Eltern-Kind-Kliniken seit über 15 Jahren in ihren wichtigen Anliegen. Nach der Corona-Pandemie, die für viele Familien fast traumatisch war, ist ihre Arbeit wichtiger denn je. Die Einrichtung ist Teil des Trägers Deutscher Arbeitskreis für Familienhilfe, dessen Geschäftsführer Benjamin Nickelsen und Vorstand Matthias Halsch mir den Zukunftsstaffel-Stab „Reha braucht Dich!“ überreichten, um mich und uns alle im Bundestag daran zu erinnern, dass all diese für unsere Gesellschaft so wichtigen Reha-Einrichtungen gerade jetzt unsere Unterstützung brauchen, um in der aktuellen Krise trotzdem ihre so wichtige Arbeit für Eltern, Kinder und Patienten fortsetzen zu können. Natürlich setze ich mich weiterhin für diese wertvollen Einrichtungen ein.

Ebenso setze ich mich seit 20 Jahren aktiv für das Engagement für unsere Pflegefachkräfte ein: zuletzt lud ich am **18. Juni 2021 zur Diskussionsveranstaltung „Applaus und jetzt? Was sich in der Pflegebranche ändern muss!“** in das AMEOS Klinikum Neustadt ein. Als Gäste waren zwei starke Powerfrauen aus der Praxis mit dabei: meine

SPD-Bundestagskollegin und mittlerweile Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung Claudia Moll, die als examinierte Altenpflegerin 30 Jahre Berufserfahrung hat, und die **damalige Direktorin der Pflegehäuser/AMEOS Christina Grahl**. Die Corona-Pandemie hat „wie in einem Brennglas“ die Probleme schonungslos offengelegt, die mit Personalknappheit, Überlastung und zu schlechter Bezahlung in einem so anstrengenden und verantwortungsvollen Beruf nicht längervonderGesellschaftakzeptiert werden dürfen: 9.000 Kranken- und Altenpflegekräfte haben während der Corona-Pandemie ihren Beruf

aufgegeben – wegen Frust, Überarbeitung oder sogar Burn-Out. Das einzig erfolgreiche Rezept zu ihrer Entlastung heißt: Bessere Personalschlüssel und damit zusätzliches Personal, das sich allerdings bei unattraktiven Arbeitsbedingungen kaum gewinnen lässt. Als examinierte Pflegekräfte bekannten sich jedoch meine beiden Referentinnen Claudia Moll und Christina Grahl dazu, trotzdem für diesen Beruf leidenschaftlich zu „brennen“.

Was geschieht aktuell zu diesem Thema im Bundestag? Um eine gute Versorgung von Patientinnen und Patienten sowie bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte zu gewährleisten, **werden Krankenhäuser verpflichtet, für mehr Pflegepersonal auf bettenführenden Stationen zu sorgen.** Dazu führen wir **schrittweise neue Vorgaben zur Personalbemessung und -besetzung** ein. Der Prozess läuft so ab: Kurzfristig werden Personalvorgaben unter Berücksichtigung der aktualisierten Pflegepersonal-Regelung (PPR 2.0) entwickelt. Die **Erprobungsphase startete im Januar 2023 mit einem Praxistest in ausgewählten Krankenhäusern in Normalstationen und in der Pädiatrie.** Darauf aufbauend werden die **Vorgaben für die Personalbemessung bis Ende 2023 bestimmt und ab 2024 eingeführt.** Die Regelungen zur Personalbemessung werden dann auf wissenschaftlicher Basis weiterentwickelt. **Werden die Vorgaben nicht eingehalten, können Kliniken künftig sanktioniert werden.**



23.06.2023: Bei der namentlichen Abstimmung zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz

Die Zukunft des Pflegepersonals ist immer starker mit dem um sich greifenden **Fachkräftemangel** verbunden: Hierfür hat der Deutsche Bundestag am 23. Juni 2023 in 2./3. Lesung mit den Stimmen der SPD, Grünen und FDP das lange – insbesondere von der Wirtschaft – erwartete **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** beschlossen, mit dem die gezielte Einwanderung von qualifizierten Fachkräften auch von außerhalb der EU einfacher und attraktiver werden soll. Das Gesetz wird am 7. Juli nach abschließender Beratung im Bundesrat in drei Stufen bis zum Frühsommer 2024 in Kraft treten. Dieses neue Gesetz bedeutet eine historische Wende für Deutschland als Einwanderungsland, wovon auch die Wirtschaft im Norden und speziell die Gesundheits- und Tourismusbranche in Ostholstein profitieren wird: Obwohl wir in Deutschland noch nie so viele Erwerbstätige hatten wie aktuell, ist es jetzt schon für viele Arbeitgeber das größte Problem, trotz voller Auftragsbücher die notwendigen Fachkräfte zu gewinnen. Die Zahl der offenen Stellen ist auf einem Rekordhoch, Handwerkertermine

sind schwer zu bekommen, pädagogisches und medizinisches Betreuungspersonal fehlt ebenso wie Pflegekräfte, Busse fallen aus und Restaurants und Kneipen müssen trotz Gästeansturm schließen, weil Köche und Bedienung fehlen. Wir wissen: In Deutschland fehlen Jahr für Jahr ca. 400.000 Arbeitskräfte, die nicht durch unseren eigenen „Nachwuchs“ gedeckt werden können. Mit der Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes hat der Bundestag nun in der Verantwortung von Arbeitsminister Hubertus Heil und Innenministerin Nancy Faeser eines der modernsten Einwanderungsgesetze weltweit beschlossen. Vorgesehen sind **drei verschiedene Ansätze: Einerseits wird eine sogenannte „Chancenkarte“ auf Basis eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild** eingeführt, bei dem Punkte etwa für Sprachkenntnisse, Berufserfahrung, Alter und Deutschland-Bezug vergeben werden, um Menschen aus Ländern außerhalb der Europäischen Union künftig mehr Chancen zur Arbeitsaufnahme in Deutschland zu eröffnen. Zusätzlich führen wir endlich den **„Spurwechsel“ in der Migrationspolitik** ein, so dass Menschen, die bis zum 29. März 2023 in Deutschland einen Antrag auf Asyl gestellt haben und eine berufliche Qualifikation und einen Arbeitsvertrag mit einem deutschen Unternehmen vorweisen können, im „Spurwechsel“ vom Asylverfahren in einen Aufenthaltstitel der Erwerbsmigration wechseln können, wodurch endlose „Kettenduldungen“ beendet



23.06.2023: Bundesarbeitsminister Hubertus Heil bei der Abstimmung zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz

werden und gut integrierte Menschen eine dauerhafte Bleiberechtsperspektive erhalten können. Schon 2016 haben wir als SPD-Bundestagsfraktion mit unserem damaligen Vorsitzenden Thomas Oppermann genau dieses „Punktesystem“ nach kanadischem Vorbild wie auch den „Spurwechsel“ gefordert, was aber leider in der Koalition mit der CDU/CSU nicht möglich war. Die **„Fachkräfte- bzw. Qualifikationssäule“ bleibt das zentrale Element der Einwanderung. Sie umfasst wie bisher die Blaue Karte EU mit ihren günstigen Bedingungen für Familiennachzug, einem unbefristeten Aufenthalt und den Jobwechsel sowie die nationale Aufenthaltserlaubnis für Fachkräfte mit anerkanntem Abschluss.** Unabhängig vom Abschluss kann künftig jede qualifizierte Beschäftigung in nicht-reglementierten Berufen ausgeübt werden. Für die Blaue Karte EU werden die bestehenden Gehaltsschwellen aber deutlich abgesenkt, um attraktivere Bedingungen auch für Berufsanfänger und Nicht-Akademiker zu schaffen. Zudem soll die Aufnahme einer Berufsausbildung oder eines Studiums in Deutschland attraktiver werden. Die „Erfahrungssäule“ ermöglicht Fachkräften die Einwanderung, auch wenn der Berufsabschluss nicht vorher formal anerkannt ist, wenn ein Arbeitsvertrag in einem nicht-reglementierten Beruf vorliegt. Es müssen aber eine berufliche Qualifikation und eine mindestens zweijährige Berufserfahrung nachgewiesen werden sowie ein bestimmter Verdienst oder die Geltung eines Tarifvertrags. Wer eine ausländische Qualifikation hat, aber die notwendige Gehaltsschwelle nicht erreicht, kann im Rahmen einer „Anerkennungspartnerschaft“ bereits in Deutschland arbeiten und parallel das berufliche Anerkennungsverfahren durchlaufen. Die „Potentialsäule“ richtet sich an Menschen, die noch keinen Arbeitsvertrag in Deutschland haben, aber durch die Einführung einer „Chancenkarte zur Arbeitssuche“ mittels eines Punktesystems bestimmte Kriterien erfüllen, die ihnen gute Perspektiven ermöglichen.

Insbesondere aufgrund der Tatsache, dass die so genannten „Baby-Boomer-Generation“ in den nächsten Jahren in Rente geht, müssen bis 2035 voraussichtlich rund sieben Millionen Fach- und Arbeitskräfte in Deutschland

ersetzt werden, weswegen nicht nur Fach- und Arbeitskräften aus dem Ausland angeworben werden müssen, sondern insbesondere auch Menschen in Deutschland, die heute noch langzeitarbeitslos oder in der Teilzeit- oder Mini-Job-Falle „gefangen“ sind. Diese brauchen und erhalten durch Qualifizierung bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Dafür sollen auch junge Menschen stärker unterstützt werden, um erfolgreich eine Ausbildung zu machen. **Fakt ist: Fachkräfteeinwanderung und Weiterbildung gehören untrennbar zusammen. Daher hat der Bundestag ebenfalls am 23. Juni das Gesetz zur Reform der Weiterbildungsförderung beschlossen.** Mit der Ausbildungsgarantie wird der Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz eingeführt, ebenso wie ein gefördertes Berufsorientierungspraktikum und ein Mobilitätzuschuss, während die Teilnahme an Einstiegsqualifizierungen deutlich erleichtert werden. Die bestehenden Weiterbildungsmöglichkeiten für Beschäftigte werden durch feste Förderhöhen und die Öffnung der Förderung für alle Betriebe stark vereinfacht.

Leider gab und gibt es auch dringenden Handlungsbedarf bei der Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen: **Bei der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) hat sich – vor allem wegen der Corona-Pandemie – ein Defizit von 17 Mrd. Euro im Jahr 2023 aufgebaut.** Wir haben daher **am 20. Oktober 2022 das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz im Deutschen Bundestag beschlossen.** Zur Überwindung des Defizits in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation müssen wir die Lasten auf verschiedene Schultern verteilen: **Die Einnahmen der GKV werden durch einen ergänzenden Bundeszuschuss in Höhe von zwei Milliarden Euro sowie ein Darlehen von einer Milliarde Euro für das Jahr 2023 erhöht.** Zudem werden vier Milliarden Euro „Finanzreserven“ der Krankenkassen genutzt und weitere 2,4 Milliarden Euro aus der „Liquiditätsreserve“ des Gesundheitsfonds. Die Ausgaben der Krankenkassen werden reduziert, indem ein erhöhter Herstellerabschlag um fünf Prozent auf Arzneimittelprodukte vorgesehen ist. Auch Apothekerinnen/Apotheker, Ärztinnen/Ärzte und Zahnärztinnen/Zahnärzte müssen ihren Beitrag zur Deckung des Defizits

leisten. **Dadurch konnten wir zwar nicht verhindern, dass der Zusatzbeitrag vieler Krankenkassen zum 01. Januar 2023 von zuvor 1,3 Prozent auf 1,6 Prozent angehoben wurde, aber wir konnten die drohende viel deutlichere Erhöhung für alle Versicherten damit abwenden.**

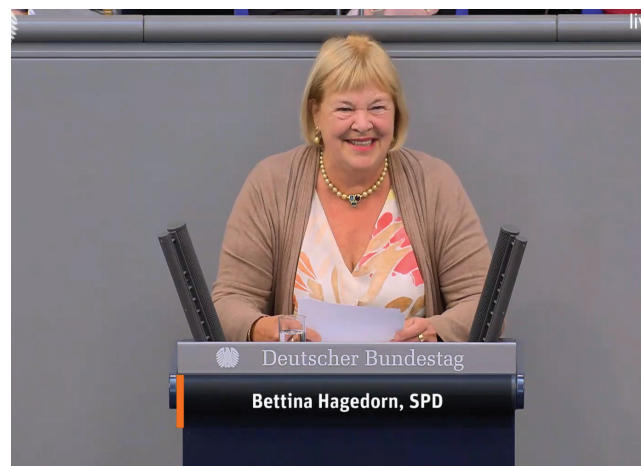
Die Wärmewende sozial gestalten: Das Heizungs-gesetz

Viel Wirbel gab es im **ersten Quartal des Jahres 2023** um einen angeblichen „Gesetzesentwurf zum Heizungs-austausch“, der als „Referentenentwurf“ aus dem Habeck-Ministerium an die Medien und die Opposition „durchgestochen“ wurde und böswillig und fälschlicherweise so interpretiert wurde, dass ab Januar 2024 alle (!) Heizungen durch Wärmepumpen ersetzt werden müssten – das war natürlich absoluter Quatsch. Ich habe dazu unzählige irritierte und erboste Bürgerbriefe – auch öffentlich auf Abgeordnetenwatch.de – beantwortet und aufgeklärt. Schon im Ergebnispapier des Koalitionsausschusses vom 28. März 2023 steht klarstellend (Zitat): „Wir werden jetzt gesetzlich festschreiben, dass **ab dem 1. Januar 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung** zu 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben werden soll“. **Damit ist klar, dass selbstverständlich für alle in Betrieb befindlichen Heizungen Bestandschutz gilt und sich dieses Gesetz nur auf NEU einzubauende und damit künftige Heizungsanlagen bezieht.** Außerdem wurde klargestellt, dass neben Wirtschaftsminister Habeck auch Klara Geywitz als SPD-Bauministerin im Kabinett zuständig ist. Erst am 15. Juni haben wir das Gebäudeenergiegesetz in 1. Lesung im Deutschen Bundestag beraten, womit die parlamentarische Arbeit in den Ausschüssen erst begann. Mit Experten und Verbänden diskutierten wir den aktuellen Entwurf am 03. Juli in öffentlicher Anhörung und haben diesen – wie üblich im Parlament – noch VOR der Beschlussfassung verändert. Bereits jetzt haben wir uns als Koalitionsparteien im parlamentarischen Verfahren darauf verständigt, dass eine **verpflichtende deutschlandweite kommunale Wärmeplanung künftig das zentrale Steuerelement für Kommunen und eine wichtige Orientierungshilfe für Bürgerinnen und Bürger** sein wird. Denn aus der kommunalen Wärmeplanung

wird für alle ersichtlich, welche Wärmeversorgungsmöglichkeiten in ihrer Straße geplant und zukünftig zur Verfügung stehen. Auf dieser Basis kann jeder aus den vor Ort zur Verfügung stehenden Alternativen die für sich beste Wärmeversorgung wählen, z. B. Fernwärme, Strom, klimaneutrales Gas, Holz und Pellets oder anderes.

Der Gesetzesentwurf sollte eigentlich am 7. Juli 2023 in 2./3. Lesung im Deutschen Bundestag beschlossen werden, aber das Bundesverfassungsgericht stoppte einen Tag vorher aufgrund eines CDU-Antrages – mit Unterstützung der AfD! – die geplante Abstimmung. Damit konnte das Gesetz nicht wie geplant noch vor der Sommerpause beschlossen werden. Die **Abstimmung** soll nun in der nächsten regulären Sitzungswoche **Anfang September 2023** erfolgen. Die Debatte wird live in der Mediathek des Bundestages übertragen.

Das sind die **wichtigsten Neuerungen im Detail**: Viele Menschen machen sich große Sorgen, wie sie die Umrüstung auf eine umweltfreundliche Heizungsanlage finanzieren sollen. Hierfür hat die Bundesregierung frühzeitig **vielfältige Fördermöglichkeiten** angekündigt, um die angestrebte Wärmewende für alle bezahlbar zu machen: Basis ist eine Grundförderung von 30 Prozent für alle selbstnutzenden Eigentümer, Vermieter, gemeinnützige Träger, Unternehmen und auch Kommunen. Hinzu kommt nun ein Einkommensbonus von 30 Prozent zusätzlicher Förderung für selbstnutzende Eigentümer mit zu versteuernden Haushaltseinkommen von



30.09.2022: Rede im Plenum des Deutschen Bundestages (Foto: Parlamentsfernsehen)

bis zu 40.000 Euro. Hiervon können rund 40 Prozent der selbstnutzenden Hauseigentümer profitieren. Dies ist das klare Signal, dass **gerade Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen besonders unterstützt werden.**

Als zusätzliche Unterstützung wurde zudem ein **Klima-Geschwindigkeitsbonus** in Höhe von 20 Prozent der Investitionskosten vereinbart, der ab 2028 degressiv abschmilzt (um drei Prozent alle zwei Jahre). Damit soll ein Anreiz für eine möglichst frühzeitige Umrüstung gerade besonders alter Heizungen gegeben werden. Hinzu kommt ein Innovationsbonus von fünf Prozent für die Nutzung von natürlichen Kältemitteln oder Erd-, Wasser- oder Abwasserwärme bei Wärmepumpen. **Grundförderung und Boni sind miteinander kombinierbar - bis zu einem maximalen Fördersatz von zusammen genommen 70 Prozent.** Es soll zudem neben der Zuschussförderung ein Kreditprogramm mit Zinsvergünstigungen und auch Tilgungszuschüssen geben, um insbesondere auch vulnerablen Gruppen und älteren Menschen ergänzende Finanzierungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Auf der anderen Seite sollen Mieterinnen und Mieter nicht über Gebühren belastet werden. Nach bisheriger Rechtslage konnten Vermieterinnen und Vermieter Kosten einer Modernisierung zu acht Prozent auf die Mietparteien umlegen. Die Kappung der Gesamtbelastung liegt dabei bei drei Euro/qm über einen Zeitraum von sechs Jahren. Nun wurde eine **neue Modernisierungsumlage** vereinbart. Diese sieht vor, dass Vermieter die Investitionskosten für den Heizungstausch in Höhe von zehn Prozent auf die Mieter umlegen können, wenn – und das ist die Bedingung – eine Förderung auch wirklich in Anspruch genommen und die Fördersumme von den umlegbaren Kosten abgezogen wird. Zudem – und das ist die elementare Mieterschutzregelung – wird die **maximale Mieterhöhung pro Quadratmeter immer bei 50 Cent gekappt.** Dies gilt unabhängig davon, ob Vermieter die Kosten über die bisherige oder die neue Modernisierungsumlage auf Mieter umlegen. Wird der Heizungstausch mit weiteren Modernisierungsmaßnahmen kombiniert, greift immer die Gesamtkappungsgrenze von 3 Euro (in Ausnahmefällen 2 Euro) pro qm. Das heißt, dass jetzt bereits **jede/r**

Mieter/in die Planbarkeit hat, wie hoch die maximale Mieterhöhung sein wird. Dabei sollen Härtefalleinwände im Falle des Heizungstausches immer möglich sein. Das heißt für **Personen, deren Miete durch die Modernisierung auf mehr als 30 Prozent ihres Haushaltseinkommen ansteigt, gilt nur eine beschränkte Umlagefähigkeit.** Dies sichert die soziale Gerechtigkeit im Rahmen der Wärmewende im Gebäudesektor.

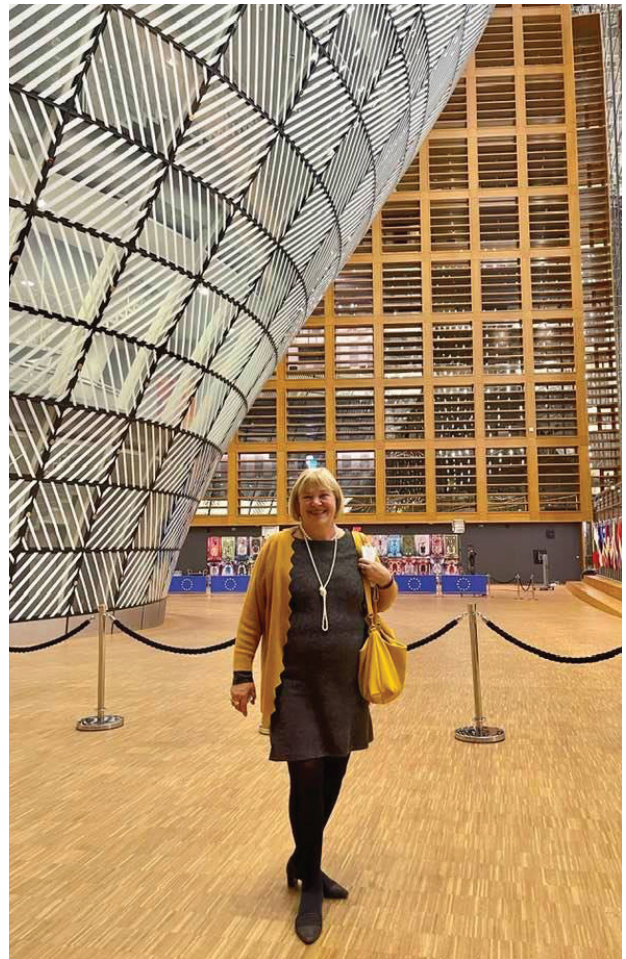
Ich persönlich wohne seit 22 Jahren in einem ökologischen Baugebiet in Kasseedorf, das insgesamt an das Erdgasnetz des ZVO angeschlossen ist. Als vor zwei Jahren mein Heizkessel (natürlich im Winter bei minus 15 Grad!) kurzfristig kaputtging, musste ich ihn natürlich adhoc durch einen neuen ersetzen lassen, weil alle Alternativen nicht kurzfristig (und bei zweistelligen Minus-Temperaturen!) umsetzbar gewesen wären. Jetzt ist der Kessel quasi „neu“ und wird hoffentlich noch lange halten – da werde (und muss) ich natürlich auch gar nichts durch ein solches Gesetz ändern oder befürchten, solange er funktioniert. Gedanken machen sollten sich allerdings diejenigen, die eine 20 Jahre alte Öl- oder Gas-Heizung haben, weil auf diejenigen ja kurzfristig solche Investitionen absehbar zukommen könnten. Klar ist auch: Man wird solche kaputten Öl- oder Gasheizungen auch zunächst reparieren lassen können – aber wie lange wird es die Ersatzteile dafür noch auf dem Markt geben? **Wer nach dem 1. Januar 2024 noch eine Gasheizung einbauen möchte, erhält vorher eine verpflichtende Beratung.** In dieser wird er darauf hingewiesen, dass er aufgrund der steigenden CO₂-Preise und den Vorgaben des Klimaschutzgesetzes mit steigenden Betriebskosten rechnen muss und nicht von einer unbegrenzten Nutzungsdauer der Gasheizung ausgehen kann. Wer sich trotzdem für eine Gasheizung entscheidet, muss ab 2029 15 Prozent, ab 2035 30 Prozent und ab 2040 60 Prozent klimaneutrale Gase (Biomethan, Wasserstoff) nutzen. Dies kann er bilanziell über den Kauf entsprechender Herkunftsnachweise oder Zertifikate seines Versorgers nachweisen. In den Fällen, in den die Gasnetze zukünftig mit klimaneutralen Gasen (Biomethan, Wasserstoff) genutzt werden sollen, wird die Bundesnetzagentur die Planungen der Kommunen auf Plausibilität und Vereinbarkeit mit den Klimaschutzzielen

überprüfen. Der Einbau einer auf Biomasse (Holz, Pellets) basierenden Heizung bleibt uneingeschränkt im Alt- und Neubau möglich. Die im bisherigen Gesetzentwurf vorgesehene verpflichtende Nutzung von Solarthermie und eines **Pufferspeichers entfällt**.

Übrigens: Mein Nachbarhaus hat später mein Sohn gebaut und heizt dort seit 2013 mit einer Wärmepumpe und einem Heizsystem in den Wänden. Das war vor zehn Jahren noch fast revolutionär und kein Installationsbetrieb in Ostholstein zu finden, der sich mit dieser Technik überhaupt auskannte. Unsere Installateur-Firma musste damals bei dem Gerätehersteller (aus der Schweiz!) extra einen Fortbildungskurs absolvieren, um dieses Heizsystem überhaupt einbauen und warten zu dürfen. Bei einem Neubau wäre heute (und war auch vor 10 Jahren) diese Lösung mit Wärmepumpe und integrierter Heizung in den Wänden sicherlich sehr zukunftsweisend, aber ein schlecht gedämmtes altes Haus so nachzurüsten ist praktisch unmöglich. Und natürlich gehen die Preise für Wärmepumpen gerade „durch die Decke“ und haben Lieferzeiten von mindestens einem Jahr und deutlich mehr. Dennoch werden wir in ein paar Jahren bei den Wärmepumpen mit Sicherheit nicht nur drastisch fallende Preise erleben, sondern auch Installateure, für die das alles kein „Neuland“ mehr ist –auch wenn aktuell vor allem der Fachkräftemangel bei den Heizungsinstallateuren ein riesiges Problem ist.

Für alle, die sich weiter über dieses Gesetz informieren oder dringende Fragen stellen wollen, veranstalte ich am **12. September 2023 die Informationsveranstaltung „Wärmewende sozial gestalten: Das Heizungsgesetz“ in der Mensa der Cesar-Klein-Schule in Ratekau.** Ab 19:00 Uhr stelle ich mit meinen eingeladenen Expertinnen Nina Scheer, Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, und Sandra Redmann, Umweltpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein, die wichtigsten Neuerung vor und beantworten Fragen.

Wer an einer Teilnahme interessiert ist, kann sich gerne an mein Wahlkreisbüro in Eutin wenden. Um Anmeldung wird gebeten. Der Eintritt ist selbstverständlich frei.



12.11.2021: Verhandlungen zum EU-Haushalt in Brüssel



Mit Sandra Redmann seit vielen Jahren gemeinsam für Klima- und Umweltschutz in Ostholstein unterwegs

ERFOLGE FÜR OSTHOLSTEIN UND DIE REGION

Foto:
studio
kohlmeier
berlin



Bis zum Regierungswechsel am 8. Dezember 2021 habe ich als Parlamentarische Staatssekretärin für Haushalt und Europa im Bundesfinanzministerium für Olaf Scholz gearbeitet. Seitdem gehöre ich erneut – wie schon seit 2002 – als jetzt dienstältestes Mitglied dem Haushaltsausschuss an, wurde zu dessen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt und wirke – wie schon seit 2009 – als Stellvertreterin unseres SPD-Chef-Haushälters Dennis Rohde. Im Haushaltsausschuss bin ich inhaltlich für den Etat unserer Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Svenja Schulze verantwortlich sowie für das ganze europäische Themenspektrum. Aber natürlich gilt mein ganzes Engagement vor allem auch dem finanziellen Wohl meiner Heimat.

Ein langer Kampf und Riesenerfolg: 100 Mio. Euro für die Beseitigung von Munitionsaltlasten in der Ostsee!

Die Munitionsaltlasten aus dem 2. Weltkrieg in der Ostsee sind seit Jahren mit der sachgerechten Entsorgung und der Sicherstellung von technischem Know-how zur Bergung durch hochqualifizierte Unternehmen im Norden ein wichtiges Thema – aber passiert ist (mangels Finanzierung!) bislang wenig, obwohl es sich um eine „tickende Zeitbombe“ handelt. **Über 75 Jahre nach Kriegsende liegen noch ca. 1,6 Mio. Tonnen an konventionellen Waffen auf dem Meeresboden von Nord- und Ostsee.** Die

alte Munition verrottet und droht die hoch toxischen Inhalte unkontrolliert ins Meer abzugeben – mit großen Gefahren für Natur und Mensch. Klar ist: Diese milliardenschwere Entsorgung muss als gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern angepackt werden. Die Grünen in Norddeutschland hatten 2021 im Wahlkampf vehement ein Pilotprojekt von 100 Mio. Euro vom damaligen Finanzminister Olaf Scholz zur Bergung von Munitionsaltlasten gefordert, was dann auch im Koalitionsvertrag der „Ampel“ in Berlin festgeschrieben wurde. Meine Enttäuschung war groß, als im Etat für 2022 der grünen Umweltministerin Steffi Lemke dann allerdings lediglich 400.000 Euro für „Untersuchungen“ eingestellt waren, was bereits im Mai 2022 zu kritischen Debatten mit ihr durch mich und meinen zuständigen SPD-Kollegen Michael Thews im Haushaltsausschuss führte. Doch auch in ihrem Regierungsentwurf für 2023 hatte Steffi Lemke im Juli 2022 in ihrem Etat lediglich deutlich weniger als knapp die Hälfte der erforderlichen 100 Mio. Euro im Haushalt verankert, womit die notwendige Bergungsplattform für die Erprobung einer Munitionsbergung durch Roboter inklusive einer Verbrennung der Munition auf hoher See nicht 2023 – wie versprochen – hätte beauftragt werden können. Auch die schwammigen Aussagen im Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün in Schleswig-Holstein nach der Landtagswahl im Mai 2022 zur Bergung von Munitionsaltlasten in der Ostsee enttäuschten maßlos.



17.08.2022: Die Experten und Referenten Ingo Ludwichowski (NABU), Unternehmer Jann Wendt, Leiterin Nabu/Ostseeschutz SH Dagmar Struß mit den SPD-Umweltexperten Michael Thews MdB, Prof. Dr. Edmund Maser, Sandra Redmann MdL und Prof. Dr. Jens Greinert von Geomar (v.l.n.r.)

So starteten wir Sozialdemokraten zur „Großoffensive“ zu diesem wichtigen Thema, und ich lud zusammen mit meinem Bundestagskollegen Michael Thews und mit unserer SPD-Landtagsabgeordneten Sandra Redmann zum 17. August 2022 in die Gemeinde Scharbeutz ins Haffhus zum Informations- und Diskussionsabend mit dem Titel „SOS für die Ostsee: Warum wir jetzt endlich mit der Bergung von Munitionsaltlasten loslegen müssen!“. Unserer Einladung waren prominente Gäste aus Wissenschaft, maritimer Wirtschaft und den Umweltverbänden gefolgt: Der renommierte Toxikologe und Pharmakologe der Uni Kiel, Prof. Dr. Edmund Maser, referierte über die Risiken der versenkten Kriegsmunition, wobei Jann Wendt, CEO von north.io, in seinem Vortrag über die technischen Lösungsmöglichkeiten bei der Bergung von Munition aus dem Meer sprach, während Dagmar Struß, Leiterin der NABU Landesstelle Ostseeschutz, die Gefahren der Munitionsaltlasten in der Ostsee aus der Sicht des Natur- und Tierschutzes eindringlich beschrieb. Mit diesem hochkarätigen Panel

war ein spannender Diskussionsabend vorprogrammiert, zu dem trotz herrlichem Sommerwetter bei 30 Grad über 150 interessierte Einheimische, Gäste sowie Vertreterinnen und Vertreter aller relevanten Verbände von Tourismus bis Fischerei als auch alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Küstenorte der Einladung ins „Haffhus“ gefolgt waren. Damit wurde die Betroffenheit und Sorge von uns allen an der Küste angesichts der ständig wachsenden Gefahren durch die Munitionsaltlasten auf dem Ostseegrund mehr als deutlich demonstriert! **Wir waren uns alle einig: Die 100 Mio. Euro zur Beauftragung**



17.08.2022: Volles Haus im „Haffhus“

der erforderlichen Bergungsplattform mussten noch 2022 im Bundeshaushalt ab 2023 fest verankert werden, damit so schnell wie möglich erste Versuche der Bergung mit Robotertechnik und Verbrennung der Munitionsaltlasten auf hoher See erprobt und für den Dauerbetrieb evaluiert werden können! Andernfalls würde eine weitere Verschleppung der für die Menschen an der Küste hochbrisanten Problematik folgen, die unverantwortlich wäre.

Nach zähem Ringen gelang es durch unseren „Druck“ im Haushaltsausschuss am 13. Oktober 2022 als einen ersten Schritt eine Aufstockung des Munitionsaltlasten-Etats zunächst mit einem **Plus von 8 Mio. Euro auf 28 Mio. Euro für 2023** zu erreichen, was aber natürlich noch nicht reichte. **Am 10. November 2022 gelang in der „Bereinigungssitzung“ des Haushaltsausschusses endlich der große Erfolg: Mit einem Plus von 44,4 Mio. Euro auf insgesamt 72 Mio. Euro für die Jahre 2024 bis 2026 (Verpflichtungsermächtigungen) konnte die Deckungslücke für den Auftrag der Bergungsplattform vollständig garantiert mit über 100 Mio. Euro geschlossen werden!** Das ist ein riesiger Erfolg für die Umwelt, für den Meeresschutz, für die Gesundheit der Menschen an den Küsten und für alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die sich gemeinsam mit engagierten Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft sowie den Umweltverbänden für dieses Ziel eingesetzt haben! Ich bin richtig stolz auf dieses Ergebnis!

Am 24. Januar 2023 informierte das Bundesumweltministerium erstmals uns Abgeordnete in Berlin **zum Umsetzungsstand des „Sofortprogramms zur Bergung von Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee“**: Erste Versuche der Bergung mit Robotertechnik und Verbrennung der Munitionsaltlasten auf hoher See sollen 2024, spätestens 2025 in der Ostsee für den Dauerbetrieb erprobt und evaluiert werden. Bei einer öffentlichen Auftaktveranstaltung am 17. Februar 2023 im Bundesumweltministerium in Berlin erlebte ich eine Umweltministerin Steffi Lemke, die allerdings bereits erste Verzögerungen im Programm einräumen musste. Obwohl der Haushaltsausschuss mit der Bewilligung der 100 Mio. Euro im November 2022 bereits zu Ende März 2023 einen schriftlichen



17.08.2022: Michael Thews als studierter Diplom-Chemie-Ingenieur, ausgewiesener Umweltextperte und zuständiger Haushälter für das Bundesumweltministerium ist unser „Mann vom Fach“!

Bericht mit einem „detaillierten“ Konzept vom Umweltministerium gefordert hatte, konnten wir am 19. April unter TOP 33 lediglich einen „Vorbericht“ des Ministeriums diskutieren, aber der Unmut war groß: Weder die Leistungsqualität der zu beauftragenden mobilen Anlage zur Bergung und Verbrennung der Munition konnte beantwortet werden noch ein Datum für die Beauftragung. Stattdessen kristallisierte sich heraus, dass das Umweltministerium bereits „vorab“ für 30 Mio. Euro eine „Pilotierung“ beauftragen will, bei der keinerlei „innovative“ automatisierte Roboterbergung mit Verbrennung auf See beauftragt wird, sondern „marktverfügbare Technik“ mit einem Transport an Land zur Verbrennung in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern geplant sei – dafür hat der Haushaltsausschuss die 100 Mio. Euro jedoch gar nicht vorgesehen. Auch, wenn wir uns alle über jede Tonne fachgerecht geborgene und verbrannte Munition aus der Ostsee freuen, so darf die Qualität und Kapazität, der in Deutschland zu beauftragenden unbemannten Spezialplattform mit Verbrennung auf See unter gar keinen Umständen darunter leiden, weil die dafür erforderlichen 100 Mio. Euro bereits anderweitig ausgegeben wurden. Bereits im Mai 2021 auf der Maritimen Konferenz in Rostock hatte das Thema der Spezialisierung von innovativer Technik zur künftigen Räumung von Munitionsaltlasten

und der Entwicklung von Know-How unserer maritimen Industriebetriebe eine wichtige Rolle gespielt. Im September 2023 hätte das Umweltministerium bei der nächsten Maritimen Konferenz in Bremen eigentlich sehr gut seine erfolgreiche innovative Beauftragung vorstellen können.

Am 11. Juli 2023 haben die zuständigen Mitglieder im Haushaltsausschuss in einem gesonderten Gespräch mit dem Umweltministerium versucht alle Fragen zu klären, die im Haushaltsausschuss am 14. Juni nicht vom Ministerium beantwortet werden konnten. Es waren nicht wenige. „Knackpunkt“ ist, dass laut der Aussage des Ministeriums die Bergungsplattform 2023 definitiv nicht als vollautomatisierte Variante mit der erforderlichen Verbrennungskapazität beauftragt werden soll, obwohl der Haushaltsausschuss des Bundestages parteiübergreifend genau dafür die benötigten 100 Millionen Euro im November beschlossen hat. Unsere Sorge im Haushaltsausschuss ist, ob die 30 Millionen Euro, die nun für die Bergung von „überwiegend Patronen und Granaten“ mit marktüblicher Technik ausgegeben werden, wohl am Ende bei der Entwicklung und Produktion der eigentlich im Fokus stehenden „vollautomatisierten Bergungsplattform“ fehlen könnten. Genau DAS darf auf keinen Fall passieren. Dieses Pilotprojekt darf kein „Strohfeuer“ sein, sondern muss der „Startschuss“ für die Mammutaufgabe der Räumung von Munitionsaltlasten im Meer nachhaltig zum

Erfolg machen.

Am 30. Juni 2023 erhielt der „Projektträger Jülich“ den Zuschlag, um nun zügig die Ausschreibung für den Bau der innovativen Bergungsplattform vorzubereiten und zu veröffentlichen. Nach derzeitigem Kenntnisstand geht das Bundesumweltministerium davon aus, dass bis Ende 2024 (aber spätestens bis Anfang 2025) die innovative Bergungsplattform hergestellt ist und erste Bergungen vorgenommen werden können. Das BMUV erwartet, dass ab 2026 eine langfristige und kontinuierliche Umsetzung der Bergung von Altlasten in Nord- und Ostsee etabliert wird. Mit der Bergung von Munitionsaltlasten soll nach derzeitigem Stand in der Ostsee begonnen werden. Der genaue Ort für die ersten Bergungsarbeiten steht aber noch nicht fest.

Ab 2026 sollen die Kosten für die kontinuierliche Bergung von Munitionsaltlasten zwischen Bund und Ländern geteilt werden. Ein Bund-Länder-Fonds ist dafür als verlässliches Finanzierungsinstrument dringend erforderlich. Ich bin gespannt, wie die Küstenländer – und auch unsere Landesregierung in Kiel – nun ihre bisher nur vage formulierte „Bereitschaft“ zur finanziellen Beteiligung konkretisieren werden: Da müssen die Grünen mit Umweltminister Goldschmidt und Finanzministerin Heinold endlich einmal „Farbe bekennen“!



Foto: studio
kohlmeier berlin

5 Millionen Euro aus Berlin für das neue Cap-Arcona-Museum in Neustadt!

Ich habe mich Ende 2021 riesig über den Mut der Stadtvertretung in Neustadt gefreut, die – maßgeblich auf Initiative von Uwe Muchow als dem Vorsitzenden des Fördervereins des zeITTor-Museums und starken Verfechters einer lebendigen Erinnerungskultur in Neustadt – den Ankauf eines Innenstadt-Grundstücks in unmittelbarer Nähe zum zeITTor-Museum für ein Dokumentationszentrum beschlossen hat, um dort künftig über die Tragödie vom 3. Mai 1945 mit dem Untergang der „Cap Arcona“ und über 7.000 toten KZ-Häftlingen angemessen und würdevoll zu informieren. Als ich am **22. April 2022 den „Letter of Intent“ der Stadt Neustadt** unterschrieben und mich damit verpflichtet habe, mich nachdrücklich für die **Realisierung dieses wichtigen 10-Millionen-Euro-Projektes** einzusetzen, hätte ich nicht zu hoffen gewagt, dass es mir binnen weniger Wochen möglich sein würde, mit dem Bundeshaushalt 2022 mein



26.08.2022: Gedankenaustausch mit meinem Abgeordnetenkollegen Martin Gerster, Neustadts Bürgermeister Mirko Spieckermann und Amtsleiter Klaas Raloff

Versprechen einzulösen. **Am 19. Mai 2022 hat der Haushaltsausschuss in Berlin auf meine Initiative beschlossen, dass die Stadt Neustadt für den Bau und die Ausstattung des Cap-Arcona-Dokumentationszentrums mit 5 Mio. Euro eine vermutlich fast hälftige Förderung aus Haushaltsmitteln von SPD-Innenministerin Nancy Faeser erhalten wird, von denen die ersten 500.000 Euro schon 2022 bereitstanden – 2023 bis 2025 dann jeweils in Tranchen von 1,5 Mio. Euro pro Jahr.**

Am **Freitag, dem 26. August 2022**, habe ich gemeinsam mit meinem **SPD-Haushaltskollegen Martin Gerster**, der für den Etat des Innenministeriums und damit **für die Bewilligung der 5 Mio. Euro für die Errichtung des Cap Arcona-Dokumentationszentrums in Neustadt im Haushaltsausschuss verantwortlich ist**, das Rathaus in Neustadt besucht. Es war uns eine große Freude, neben Bürgermeister Mirko Spieckermann und seinem kompetenten Amtsleiter Klaas Raloff im Rathaus auch den Vorsitzenden des Fördervereins des zeITTor-Museums in Neustadt, Uwe Muchow, zu einem persönlichen Gespräch und zur Vorstellung der ersten Vorplanungen zu treffen. Gerade angesichts des „Verstummens der Zeitzeugen“ ist ein solches Dokumentationszentrum „Cap-Arcona-Katastrophe 1945“ auch als Lernort für die jüngere Generation von ungeheurem Wert. Es ist großartig, dass es seit Jahren in Neustadt eine gewachsene Kooperation mit dem überregionalen Netzwerk des Cap-Arcona-Gedenkens sowie mit den Akteuren der historisch, politischen Bildungsarbeit mit der Unterstützung der Bürgerstiftung gibt. Auch das Engagement des Kinder- und Jugend-Netzwerkes (KJN) und der Schulen bereichert die Arbeit in Neustadt enorm.

Mit dieser Bundesförderung für Neustadt knüpfe ich auch ganz persönlich an **meine jahrzehntelange Unterstützung für die KZ-Gedenkstätte in Ahrensböck** an: Bereits **am 29. März 2021** hatte ich mit meiner Landtagskollegin Sandra Redmann auf Initiative der Vorsitzenden des Fördervereines Ingaburgh Klatt die KZ-Gedenkstätte Ahrensböck besucht, wo der ehrenamtlich für den Verein engagierte Architekt Torsten Ewers (SPD) die Bauschäden und erforderlichen

Maßnahmen mit einem **Investitionsvolumen von ca. 490.000 Euro** ausführlich im Beisein von u.a. Bürgermeister Andreas Zimmermann und Gemeindevertretern wie unserer Gudrun Ott erläuterte und nachvollziehbar machte. Am 8. Mai feierte ich im kleinsten Kreis – coronabedingt – 76 Jahre nach der Kapitulation mit allen Aktiven in der KZ-Gedenkstätte das 20. Jubiläum. Ich freue mich riesig mit allen Ehrenamtlichen und dem Vorstand des Fördervereins über den **Bundeszuschuss von**



08.05.2021: Zusammenkunft anlässlich des 20. „Geburtstages“ der KZ-Gedenkstätte Ahrensböök, coronabedingt im kleinsten Kreis

245.000 Euro, der den Fortbestand der KZ-Gedenkstätte nachhaltig sicherte und dessen Zusage durch den Bund nur elf Tage später spruchreif war. Die Umbaumaßnahmen für insgesamt knapp 500.000 Euro sollten vor allem die extremen Feuchtigkeitsschäden im Mauerwerk beheben, eine behutsame Dämmung zur Senkung der Heizkosten einbauen, eine ökologisch ver-nünftige Heizung installieren und endlich einen barrierefreien Zugang für alle Besucherinnen und Besucher mit Handicap in das Erdgeschoss herstellen. Bereits **2008** – als das Denkmalschutz-Sonderprogramm vom Haushaltsausschuss des Bundestages erstmalig beschlossen wurde – erreichte ich für die damals dringend notwendige 1. Sanierung der KZ-Gedenkstätte

Ahrensböök eine **50-prozentige Bundesförderung von 85.000 Euro**, um das damals gefährdete historische Gebäude überhaupt zu retten.

Bundesförderung für Projekt des Kieler Klimaforschers Mojib Latif gerettet!

Im Sommer 2022 erteilte mich eine ganz besondere **Hiobsbotschaft: Im Regierungsentwurf 2023 der FDP-Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger** waren für die dritte und letzte Phase des langjährigen und bahnbrechenden Projekts des renommierten Klimaforschers Professor Mojib Latif der Universität Kiel sämtliche Gelder ersatzlos gestrichen worden!

Das Klimaforschungsprojekts PalMod (Titel: „From the Last Interglacial to the Anthropocene: Modeling a Complete Glacial Cycle“) hätte damit als Langzeit-Projekt weder beendet noch ausgewertet werden können – es hätte gestoppt werden müssen! Mit diesem Forschungsprojekt sollen weltweit einmalig die Grundlagen dafür geschaffen werden, dass komplexe belastbarere Klimaprojektionen für die kommenden Jahrzehnte und Jahrhunderte wissenschaftlich fundiert durchgeführt werden können. **Ich bin glücklich, dass der Haushaltsausschuss in seiner Sitzung vom 20. Oktober 2022 diese fatale finanzielle Kürzung im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2023 rückgängig gemacht und das PalMod-Forschungsprojekt in Kiel mit zusätzlichen**



29.03.2021: Besuch der Gedenkstätte Ahrensböök mit Sandra Redmann, Gudrun Ott und Torsten Ewers wegen der Bauschäden zum 2. Sanierungsabschnitt

3 Mio. Euro in vollem Umfang bis 2026 abgesichert hat. Das Verbundvorhaben unter der Federführung von Professor Mojib Latif verfolgt das äußerst ambitionierte Ziel, Klimamodelle gezielt weiterzuentwickeln, um verlässlichere Projektionen der zukünftigen Klimaentwicklung zu erhalten und kritische Prognosen im Zusammenhang mit der globalen Erwärmung fundiert zu korrigieren. Insbesondere Fragen nach dem bedrohlich zunehmenden Tempo des Abschmelzens der Polkappen und des Grönland-Eispanzers sowie des Auftauens der Permafrost-Böden mit dem Entweichen gigantischer Methangasmengen und deren Wechselwirkung auf den künftigen Anstieg des Meeresspiegels sind auch für Schleswig-Holstein als „Land zwischen zwei Meeren“ von kaum zu überschätzender Bedeutung und sollen dank dieser Forschung wissenschaftlich belastbar beantwortet werden können. Bisherige Klimamodelle haben nämlich oft zu ungenau die komplizierten Wechselwirkungen verschiedenster klimarelevanter Faktoren einkalkuliert und so genannte „Kipp-Punkte“ unzureichend prognostizieren können. Der persönliche Dank von Professor Mojib Latif war dem Haushaltsausschuss zur erfolgreichen Fortsetzung seines weltweit beachteten Projekts mit seinem ganzen Forschungsteam gewiss, auf deren Leistung wir in Schleswig-Holstein sehr stolz sein dürfen!

Zweistelliger Millionenbetrag vom Berliner Umweltministerium für Moorschutz-Projekt der Stiftung Naturschutz in Schleswig-Holstein!

Am 2. November 2022 besuchte ich endlich mit meiner liebsten SPD-Landtagskollegin und versierten Umweltpolitikerin **Sandra Redmann** in ihrer Funktion als ehrenamtlicher Vorstand der **Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein** ein landes- und bundesweit bedeutsames **Pilotprojekt zur Wiedervernässung von Moorböden verbunden mit nachhaltiger Grünlandbewirtschaftung: die Klimafarm Erfde!**

Was war der „Startschuss“ für dieses Vorzeige-Projekt? Monatelang hatte Sandra Redmann als Vorsitzende der Stiftung Naturschutz 2019 vergeblich versucht, einen persönlichen Termin bei der damaligen SPD-Umweltministerin **Svenja Schulze** in Berlin zu erhalten, um ihr ein groß angelegtes Moorschutzprojekt in Schleswig-Holstein mit der Bitte um Bundesförderung vorzustellen. Dann bat Sandra mich um Hilfe und am **9. März 2020** – unmittelbar vor dem Lock-Down in der Corona-Pandemie – kam **Sandra gemeinsam mit Dr. Walter Hemmerling (Geschäftsführer der Stiftung Naturschutz), Dr. Barbara Wilhelmy (Leiterin des Teams Projektentwicklung der Stiftung Naturschutz) und Gerrit Werhahn (Koordinator des Zentrums für biologischen Klimaschutz)** nach Berlin und

wir konnten uns anderthalb Stunden persönlich mit Svenja Schulze und ihrem Mitarbeiter-Team über Moorschutz austauschen. Das war der Beginn einer langwierigen, aber letztlich extrem erfolgreichen Zusammenarbeit durch die Stiftung Naturschutz. Am Ende bewilligte das Bundesumweltministerium die nachhaltige Förderung von vier Vorhaben zum Schutz landwirtschaftlich genutzter Moorböden in Schleswig-Holstein, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern mit 48 Mio. Euro über einen Zeitraum von zehn Jahren, was ebenfalls die „Geburtsstunde“



09.03.2020: Treffen im Bundesumweltministerium mit Ministerin Svenja Schulze, Sandra Redmann und Mitgliedern der „Stiftung Naturschutz“



09.11.2022: Besuch der Klimafarm Erfde mit Farmleiterin Elena Zydek, SPD-Europaabgeordnete Delara Burkhardt, Sandra Redmann MdL, Ute Ojowski aus dem Vorstand der Stiftung Naturschutz und Betriebsleiter Mathes Holling (Foto: Stiftung Naturschutz)

der Klimafarm Erfde im Kreis Schleswig-Flensburg war! Das Projekt „Klimafarm“ der Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein hat ein Gesamtvolumen von 15,5 Mio. Euro bei einer **Projektlaufzeit von 2021-2031**, wobei das **Bundesumweltministerium das Vorhaben mit 12,4 Mio. Euro fördert**.

Mit dem Projekt Klimafarm erforschen Klimafarmleiterin Elena Zydek und ihr Team, wie die für den Klimaschutz so wichtigen Moorböden wiedervernässt und für die Landwirtschaft weiter nutzbar und mehr noch, ökonomisch attraktiv bleiben können. Ziel ist es aus dem natürlichen Aufwuchs einen attraktiven Rohstoff für die weiterverarbeitende Industrie herzustellen. Am Ende entstehen so Produkte wie Dämmstoff, Pflanzenkohle oder Verpackungsmaterial, die eine echte Alternative zu herkömmlichen

Erzeugnissen darstellen sollen.

Besonders glücklich über diesen Termin war mein damaliger **Hospitant Jeremias Starck**, der sein „Freiwilliges ökologisches Jahr“ gerade im Umwelthaus in Neustadt absolvierte, und bei mir eine Woche im Berliner Büro „hinter die Kulissen“ gucken wollte, wie praktische Politik so funktioniert. Nach seinem Besuch im Umweltministerium mit uns hatte er eine anschauliche Ahnung davon. Die Stiftung hat das massiv vom Bund geförderte Vorhaben 2021 als **„Leuchtturmprojekt“ nach Schleswig-Holstein** geholt. Die Christian-Albrechts-Universität in Kiel begleitet dieses Vorhaben wissenschaftlich.



09.11.2022: Auf der Klimafarm Erfde mit meinen SPD-Kolleginnen Delara Burkhardt u. Sandra Redmann



09.03.2020: „Mein“ Hospitant Jeremias Starck mit Bundesumweltministerin Svenja Schulze

Hohe Bundesförderungen in den Bildungs- und Sportstandort Ostholstein

Seit 2016 beschließt der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages (erstmalig unter der damaligen Bauministerin Barbara Hendricks) regelmäßig Tranchen des Bundesförderprogramms zur **„Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“** – und am 14. Dezember 2022 war es wieder soweit! Die bundesweite Konkurrenz um diese Fördermittel war – wie schon in den Vorjahren – enorm, denn es wurden 995 Projektanträge mit einem Gesamtvolumen von knapp 2,7 Mrd. Euro fristgerecht bis Ende September in Berlin gestellt, wovon nur knapp 20 Prozent bewilligt werden konnten. Immerhin 476 Mio. Euro hat der Haushaltsausschuss von 2022 bis 2027 für den Etat von Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) beschlossen, mit denen schwerpunktmäßig die energetische Sanierung von kommunalen Liegenschaften und Sportstätten gefördert werden soll, die überjährig Finanzierungssicherheit brauchen. Über 14 Mio. Euro davon fließen an 6 Projekte in Schleswig-Holstein, wovon die neue Zweifeldhalle in Landkirchen mit knapp 3.682.248 Mio. Euro die landesweit höchste Fördersumme erhält - welche eine schöne vorweihnachtliche Überraschung für die Stadt Fehmarn, Bürgermeister Jörg Weber mit seinem engagierten Rathaus-Team sowie alle Sportbegeisterten in Landkirchen und auf der ganzen Insel! **Der Haushaltsausschuss hat mit knapp 3,7 Millionen Euro Bundeszuschüssen**

45 Prozent der geplanten Baukosten von 8,1 Millionen Euro für den Ersatzneubau einer Zweifeldhalle am Grundschulstandort Landkirchen bewilligt. Die restlichen 4,5 Mio. Euro muss die Stadt Fehmarn allein „stemmen“, da die neue Förderrichtlinie des Landes Schleswig-Holstein leider keine zusätzliche Hilfe ermöglicht. Mit dem geplanten Ersatzneubau der maroden Einfeld-Halle aus dem Jahr 1968, die für die geplante Nutzung für Kindergarten- und Schulkinder, für Vereine und Verbände und Sportbegeisterte aller Generationen auch als Dorf-Mittelpunkt zu klein ist, lohnt eine bloße energetische Sanierung und Herstellung der Barrierefreiheit auf keinen Fall. Jetzt ist der Start für den zügigen Neubau einer größeren und nach modernen Standards ausgestatteten Zweifeldhalle gesichert, die als fester Bestandteil das soziale Miteinander in Landkirchen und für die Insel insgesamt für alle Generationen stärken wird. Die Neubaugelände in Landkirchen und die dort ansässig werdenden Familien erhalten damit zusätzliche Wohn- und Lebensqualität. Ich gratuliere der Kommunalpolitik zu ihrem mutigen „JA“ für diese große Investition für die einheimische Bevölkerung mit allen (Schul)Kindern sowie den begeisterten Vereinssportlerinnen und Vereinsportlern. Alles Gute und viel Erfolg bei der Umsetzung dieses wichtigen Projekts für Fehmarn!

Auch in der Vergangenheit konnte Ostholstein von hohen Förderzusagen des Bundes profitieren – eine Übersicht ist stets in

meinen Rechenschaftsberichten auf meiner Homepage zu finden.

Am 05. Mai 2020 erhielt bereits die **Gemeinde Ahrensböök 315.000 Euro für die Sanierung des 43 Jahre alten „Grandplatzes“**. Der Umbau zu einem modernen Kunstrasenplatz haben in der Gemeinde und im Sportverein MTV Ahrensböök mit seinen fast 1.000 Mitgliedern großen Jubel



09.12.2022: Besichtigung der Sporthalle in Landkirchen mit Bürgermeister Jörg Weber mit seinem engagierten Rathaus-Team und Marianne Unger von der SPD Fehmarn



26.04.2021: Ehrenamtliche aus der Gemeinde und vom Sportverein MTV Ahrensböök. Erste Reihe: Jutta Voigt, Bürgermeister Andreas Zimmermann, Charlotte Krowke und Christine Gohlke (v.l.n.r.)

ausgelöst. Ich freue mich riesig, dass ich nur eine Woche nach meinem Besuch am 26. April 2021 auf dem Sportplatz in Ahrensböök meine Zusage zur möglichen Bundesförderung einhalten konnte: Glückwunsch an Bürgermeister Andreas Zimmermann und die Aktiven in der Kommunalpolitik sowie an die 1. Vorsitzende des MTV Ahrensböök Jutta Voigt und alle Aktiven und Ehrenamtlichen des Vereins! Der wunderbare Kunstrasenplatz ist seit November 2022 bespielbar und wurde am 23./24. Juni 2023 mit einem großen Sommerfest und vielen Sport-Events eingeweiht. Klar, dass ich direkt nach dem SPD-Kreisparteitag in Neustadt nach Ahrensböök gefahren bin. Es war eine tolle Veranstaltung!

2019 erhielt das Freiherr-von-Stein-Gymnasium eine fast 50-prozentige Bundesförderung in Höhe von 3,17 Mio. Euro für eine neue Dreifeld-Mehrzweckhalle.

Nun entsteht auf dem Gelände auch der hochmoderne Schulcampus, der in Zukunft rund 1.000 Schülerinnen und Schüler beherbergen wird. Bereits im September 2021 ließ ich mir die Pläne des **neuen Schulcampus Oldenburg** von den zuständigen Planern erläutern. Acht Monate später konnte am 3.

Mai 2022 die feierliche Grundsteinlegung auf Einladung von Bürgermeister Jörg Saba mit 90 Gästen begangen werden. Das Schulprojekt ist mit 50 Mio. Euro das größte Investitionsvorhaben in der Geschichte der Stadt Oldenburg – bis 2026 investiert auch der Bund hier 8,7 Mio. Euro, während das eigentlich für die Schulen zuständige Land Schleswig-Holstein leider NUR 2,5 Mio. Euro dazu gibt – da ist DEFINITIV mehr Luft nach oben. Ich habe hohen Respekt vor dem Mut der Stadtvertretung in Oldenburg und bin sicher: DAS wird ein „Leuchtturmprojekt“ und ein großer Anziehungspunkt gerade für Familien!



24.06.2023: Mit Gudrun Ott und Charlotte Krowke von der SPD Ahrensböök bei Einweihung des Sportplatzes Ahrensböök



02.09.2021: Gespräch mit den Architekten zum geplanten Schulcampus Oldenburg



14.08.2022: OGS-Leiterin Nadine Ritter, Schulleiterin Doris Cwiertnia-Jürs und Schulverbandsvorsitzende Angela Hüttmann freuen sich über den neuen Raum

Am 17. August 2022 – pünktlich zum Schulstart der Erstklässler in der **Friedrich-Hiller-Schule in Schönwalde** – konnte der aufwendig umgebaute ehemalige Physikraum der früheren Hauptschulklassen endlich von der **Offenen Ganztagschule (OGS)** in Betrieb genommen werden und das Betreuungsangebot für die fast 100 Grundschüler am Nachmittag qualitativ entscheidend verbessern: Die Offene Ganztagschule hat über **52.400 Euro an Fördermitteln für die Sanierung und Ausstattung** dieses zusätzlichen Raumes erhalten, von denen **70 Prozent vom Bund** gekommen sind. Das ist auch dringend notwendig, denn die OGS an der Friedrich-Hiller-Schule in Schönwalde am Bungsberg ist eine Erfolgsgeschichte: Statt der 74 Kinder im Schuljahr 2021/22 werden 2022/23 bereits aktuell fast 100 Schülerinnen und Schüler der Grundschule dort nach Schulschluss mit Mittagessen, Hausaufgabenhilfe und Betreuungsangeboten kompetent und liebevoll in der Obhut der OGS-Leiterin Nadine Ritter betreut und die Nachfrage der Eltern steigt ständig. **Noch 2020 hatte der Bund auf Initiative der damaligen Familienministerin Franziska Giffey ein 750-Mio-Euro-Programm zur Qualitätsverbesserung der Ganztagsbetreuung beschlossen, welches die Bundesländer mit 30 Prozent Fördermitteln ergänzen mussten – so flossen insgesamt 47,5 Mio. Euro an die Kommunen in Schleswig-Holstein.** Ich freue mich riesig, dass die SPD-Schulverbandsvorsitzende Angela Hüttmann in Abstimmung mit Schulleiterin Doris Cwiertnia-Jürs diese Umbaumaßnahme zu Gunsten der Offenen Ganztagschule auf den Weg bringen und so finanzieren konnte.

Fast 650.000 Euro für Förderung der Jugendarbeit in Ostholstein vom Bund!

2023 hat der Bund bereits sechs Mal (!) die **wichtige Kinder- und Jugendarbeit in den Kommunen in Ostholstein mit Förderzusagen von insgesamt fast 650.000 Euro** bedacht – ein Riesenerfolg! Bereits im Februar erhielten sowohl **die Stadt Fehmarn wie auch die Gemeinde Grömitz die Zusagen des Bundesfamilienministeriums über jeweils 150.000 Euro**, kurz darauf als dritte Gemeinde in Ostholstein auch **Stockelsdorf über 93.750 Euro. Ende März erhielt die Gemeinde Ahrensböök einen weiteren Zuschlag über 135.000 Euro. Anfang Mai folgten die Stadt Neustadt i.H. mit einer Bundesförderung in Höhe von 86.081 Euro für die lokale Kinder- und Jugendarbeit sowie der Kreisjugendring in Oldenburg der ebenfalls mit 33.209 Euro gefördert wird.** Das Programm des Bundesfamilienministeriums **„Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit“ ist 2023 mit einem Volumen von 55 Mio. Euro** ausgestattet und unterstützt in der Nach-Corona-Zeit Angebote für Kinder und Jugendliche im Rahmen eines eigenständig erarbeiteten Zukunftsplans, weil gerade sie besonders stark unter den Beschränkungen der Coronapandemie gelitten haben. Das Besondere an dem Programm ist, dass die jungen Menschen ein direktes Mitsprache- und Mitgestaltungsrecht bei der Umsetzung der verschiedenen Projekte haben, denn eine aktive Kinder- und Jugendbeteiligung ist Fördervoraussetzung dieses Programms. Es freut mich riesig, dass mit der Förderzusage aus Berlin die kommunale Jugendarbeit in Ostholstein von diesem Programm des Bundesfamilienministeriums profitieren kann und wünsche allen Beteiligten viel Spaß bei der Umsetzung der verschiedenen Projekte.



31.01.2023: Besuch des Kinder- und Jugendnetzwerkes Ahrensböök mit Birgit Komans, Gudrun Ott und Sandra Redmann

Investitionen in Klimaschutz

Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) fördert und unterstützt der Bund über das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) seit 2008 Klimaschutzprojekte in ganz Deutschland. Von 2008 bis 2022 wurden damit bereits Projekte mit Gesamtinvestitionen von über 4,8 Milliarden Euro ausgelöst. Mit einem Euro Förderung wurde somit mehr als das Dreifache an Mitteln für den Klimaschutz mobilisiert. Ich freue mich sehr für den **Evangelisch-Lutherischen Kirchenkreis Ostholstein** um die Pröbste Peter Barz und Dirk Süßenbach, die erfolgreich einen **Antrag für den Aufbau und dauerhaften Betrieb eines Energiemanagementsystems für die Liegenschaften Kirchenkreises gestellt haben und somit insgesamt 455.220 Euro Bundesförderung erhalten werden**. Mit dieser 70-prozentigen Projektförderung sollen für die nächsten drei Jahre zwei neue Fachkräfte eingestellt werden, die eine Energiebilanz der bestehenden Liegenschaften erfassen, auswerten und auf Grundlage dessen ein Konzept erstellen, um den CO²-Ausstoß zu minimieren, zielgerichtet zu investieren und einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Auf diese Weise kann ein sinnvoller „Fahrplan“ entwickelt werden, welche Liegenschaften vorrangig energetisch saniert werden müssen und wo sinnvolle Möglichkeiten von Synergieeffekten geschaffen werden können. Ein ehrgeiziges Projekt, das der Kirchenkreis voll Zuversicht mit der wichtigen Anschubfinanzierung des Bundes angehen wird. Ich wünsche allen Beteiligten viel Erfolg bei der Umsetzung und freue mich, dass der Kirchenkreis Ostholstein mit diesem sehr guten Beispiel für den Klimaschutz voran geht und den Beschluss der Landessynode vom 25. Februar 2022, bis 2027 den Treibhausgas-Ausstoß um 30 Prozent zu reduzieren, ehrgeizig umsetzt.

11.12.2022:
Weihnachtssingen in
der frisch renovierten
Kirche in Kirchnüchel
mit Torsten Ewers u.
Pastorin Anja Haustein



09.08.2017: Besichtigung der Bauschäden der Kirche in Kirchnüchel mit Architekt Torsten Ewers und Pastorin Anja Haustein

Denkmalschutzprojekte mit Bundesmitteln saniert!

Seit 2008 gibt es das Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes. Seitdem habe ich über 10,3 Millionen Euro an Bundesfördermitteln für 21 bedrohte Baudenkmäler in meinen Wahlkreis „geholt“. Darüber hinaus engagiere ich mich auch für Projekte in ganz Schleswig-Holstein, damit auch sie eine „prominente Stimme“ im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages haben. **2022 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in seiner Bereinigungssitzung am 10. November Fördergelder in Höhe von gut 47 Mio. Euro für bundesweit 121 Projekte im Rahmen des elften Denkmalschutz Sonderprogramms für 2022 beschlossen**. Die Konkurrenz um diese Fördermittel war bundesweit wieder enorm groß, denn es wurden 486 Projektanträge mit einem Gesamtvolumen von knapp 200 Mio. Euro in Berlin gestellt – dieses Mal konnten sich die Gemeinde Kirchnüchel und Bad Segeberg freuen: Seit 45 Jahren wohne ich in der Gemeinde Kasseedorf in direkter Nachbarschaft der Gemeinde **Kirchnüchel am**





11.12.2022: Pünktlich zum Weihnachtssingen in Kirchnüchel gab es eine schneebedeckte Kirche

Bungsberg mit seiner wunderschönen weißen Feldsteinkirche aus dem 13. Jahrhundert im frühgotischen Baustil. Natürlich kenne ich diese wunderschöne Kirche ebenso lange und liebe vor allem die beeindruckenden Glasfenster, die unverkennbar von einem Schüler von Marc Chagall stammen. **Bereits am 9. August 2017 habe ich auf Einladung von Pastorin Anja Haustein und dem Architekten Torsten Ewers gemeinsam mit Dorfvorsteher Dieter Path aus Nüchel die Bauschäden an der Kirche besichtigt und damals meine Unterstützung zugesagt.** Ich bin froh, dass für die dringenden Restaurierungsmaßnahmen **2020 mit der ersten Bundesförderung von 200.000 Euro der Startschuss für die Sanierungsarbeiten** gegeben werden konnte. Aber weitere Probleme sind inzwischen entdeckt worden und erfordern dringendes Handeln: Es zeigen sich immer mehr Risse an den Wänden im Kirchenschiff, denn durch die Feuchtigkeit springt der Putz an vielen Stellen ab und im Glockenstuhl verrottet die Holzkonstruktion, weshalb die Kirche in den vergangenen Jahren auch kurzzeitig gesperrt werden musste. Im Rahmen der durchgeführten Sanierungsarbeiten wurden weitere starke Schäden an der Norddachfläche entdeckt sowie am umliegenden Mauerwerk. Mit der im November 2022 beschlossenen **2. Förderzusage in Höhe von zusätzlichen 270.000 Euro** hat die Marienkirche nun bereits insgesamt 470.000 Euro aus Berlin erhalten, um die drängende Grundinstandsetzung erfolgreich abschließen zu können, damit die wunderschöne Kirche mit ihrer einzigartigen Kulisse für Konzerte und Gottesdienste endlich „zukunftsfest“ gemacht werden kann. Es war mir ein besonderes Anliegen, auf Einladung von Pastorin Anja Haustein am **11. Dezember 2022 in der Kirche beim feierlichen**

Adventssingen dabei sein zu können, wo ich mit meinen schönen Weihnachtsliederheften allen Anwesenden zusätzliche Freude bereiten konnte.

Auch die **2. Förderzusage für die historische Wollspinnerei Blunck in Bad Segeberg** in Höhe von **200.000 Euro** war mir ein großes Anliegen. Nachdem **der Haushaltsausschuss bereits am 19. Mai 2021 mit dem zehnten Denkmalschutz-Sonderprogramm eine Förderzusage von 600.000 Euro für die bauliche Grundinstandsetzung des historischen „Juwels“ als zukünftigem Industriemuseum beschlossen hatte**, kann mit den weiteren 200.000 Euro Bundesförderung die Restaurierung des historischen, umfangreichen Maschinenparks, der teilweise weit über 90 Jahre alt ist, professionell umgesetzt werden. Die Wollspinnerei befindet sich seit der Gründung 1852 als ehemaliger Familienbetrieb „Wollspinnerei Blunck“ im Herzen Bad Segebergs. Damals wurden schrittweise weitere Maschinen dazugekauft, nachdem zu Beginn des Industriezeitalters die ersten technischen Anlagen noch mit einem Pferde-Göpel angetrieben wurden. Mit der Restaurierung dieser Original-Maschinen soll im späteren Museum anhand authentischer Vorführungen voll funktionsfähiger Maschinen der traditionelle Betrieb der Wollspinnerei und Wollverarbeitung den interessierten Besuchern vorgeführt werden können, was einen wesentlichen Teil der Attraktivität des Museums ausmachen wird. Seit vielen Jahren kümmert sich mein ehemaliger SPD-Bundestagskollege für den Wahlkreis Segeberg Franz Thönnies mit enorm



15.05.2021: Im Produktionsraum der ehemaligen Wollspinnerei (Foto: Detlev Schluck)

viel Herzblut und einem sehr engagierten Förderverein um die Rettung der historischen Wollspinnerei. Ich freue mich schon heute auf die Eröffnung des Industriemuseums, dem auch ein inklusives Café in der Führung von Menschen mit Handicap angeschlossen sein wird.

Am 21. Juni 2023 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages erneut Fördergelder in Höhe von fast 50 Mio. Euro für bundesweit 162 Projekte im Rahmen des zwölften Denkmalschutz-Sonderprogramms für 2023 beschlossen. Nachdem ich bereits im vergangenen Jahr für die Marienkirche in Kirchnüchel eine Bundesförderung verwirken konnte, dürfte ich Pastorin Anja Haustein und ihre Kirchengemeinde erneut zu den **bewilligten Fördermitteln in Höhe von 840.000 Euro für die Sanierung der St.-Claren-Kirche in Blekendorf** beglückwünschen. Diese wunderschöne Feldsteinkirche im frühgotischen Stil von 1227 mit ihrem markanten 56 m hohen Kirchturm habe ich **am 14. August 2017 erstmalig besucht**, und schon damals besorgte uns die Statik des Kirchturms sowie gravierende Schäden am Dachstuhl sowie an Teilen des Mauerwerks. Die damals noch auf insgesamt 500.000 Euro geschätzten Sanierungskosten, haben sich inzwischen auf fast 1,7 Mio. Euro mehr als verdreifacht und sind natürlich für die Kirchengemeinde nicht ohne massive Zuschüsse zu „stemmen“. Darum bin ich besonders froh, dass der Haushaltsausschuss mit 840.000 Euro eine 50-prozentige Bezuschussung durch den Bund beschlossen hat, und die seit langem geplanten Arbeiten zur Sanierung der Holzkonstruktion des Kirchendachs, der Tragkonstruktion im unteren Bereich des Turmhelmes sowie die Sanierungsarbeiten am Mauerwerk der Kirche endlich beginnen können.



14.08.2017: Besichtigung der Bauschäden der St.-Claren-Kirche in Blekendorf

2023 wurde erstmalig das **Förderprogramm „National wertvolle Kulturdenkmäler“** durch den Bund aufgelegt. Die Staatsministerin für Kultur und Medien Claudia Roth hat dabei in der ersten Tranche am **08. Juni 2023 120.000 Euro für das Gut Garkau in Klingberg/Gemeinde Scharbeutz** bewilligt. Ich freue mich über diese großartige Förderzusage aus Berlin für das Denkmalpflegeprogramm, denn Gut Garkau in Klingberg bei Scharbeutz gilt als das Hauptwerk des Architekten Hugo Häring und ist unter Architektur-Fans weltberühmt. Das Gut Garkau liegt als landwirtschaftliche Hofanlage parallel zum Ufer des Pönitzer Sees und wurde 1923 vom Berliner Architekten Hugo Häring im Stil des organischen Bauens geplant. Innerhalb der deutschen expressionistischen Architektur nimmt Gut Garkau einen wichtigen Platz ein, da es die Leitgedanken des organischen Bauens der 1920er Jahre besonders eindrucksvoll umsetzt.



28.08.2018: Besuch der Kirche in Süsel mit dem damaligen „Chef“-Haushälter Johannes Kahrs

Es ist immer eine große Freude mitzuerleben, wie im Laufe der Jahre die vielen Projekte in unserer Region mit Hilfe der Bundesförderung, die ich in der Vergangenheit erreichen konnte, saniert werden und schließlich in neuem Glanz erstrahlen.

Besonders glücklich war ich **am 7. Juni 2022, als ich auf Einladung der Kirchengemeinde Süsel mit Pastor Matthias Hieber und Probst Peter Barz für den Kirchenkreis zum offiziellen Start der Sanierung der über 870 Jahre alten Sankt-Laurentius-Kirche** eingeladen war, denn **der historische Feldsteinbau wird für 2,18 Millionen Euro bis Ende 2023 saniert.** Als ich im **August 2017 das 1. Mal die massiven**

Bauschäden am Turm besichtigt hatte, saß der Schock in der Kirchengemeinde Süsel tief, weil akut aufgrund von massiver Einsturzgefahr des Turmes sogar nur noch eine der vier Glocken geläutet werden durfte. Im **August 2018** kam ich mit dem damaligen „Chef-Haushälter“ der SPD-Bundestagsfraktion Johannes Kahrs erneut nach Süsel, der sich von der Kirche so beeindruckt zeigte, dass er zu einer „großen“ Sanierung riet und es mit seiner Unterstützung kurz darauf gelang, dass wir im Bundeshaushalt tatsächlich 1,09 Mio. Euro für die St. Laurentius-Kirche beschließen konnten. Ich freue mich riesig mit dem engagierten Förderverein in Süsel unter der großartigen Leitung von Michael Meininghaus sowie mit allen Einwohnern!



17.06.2022: Pastor Matthias-R. Hieber begrüßt mich herzlich in Süsel

Auch die **Petrikirche in Landkirchen auf Fehmarn** ist nicht nur weithin sichtbar, sondern war auch massiv in ihrem Bestand bedroht. Nachdem der Haushaltsausschuss bereits **im Jahre 2015 mit 200.000 Euro die Sanierung des hölzernen Glockenturms** unterstützt hatte, war im 2. Bauabschnitt das gewaltige Kirchendach zu sanieren, dessen **Schäden ich bereits im August 2017 besichtigt hatte**. Ich bin glücklich, dass der

Haushaltsausschuss 2019 erneut 350.000 Euro für diese umfangreiche Sanierung bewilligt hat, so dass mit der Unterstützung von Kirchenkreis und Reemtsma-Stiftung diese ehrgeizige Finanzierung gelang.



16.08.2017: Besichtigung des Dachstuhls der Petrikirche in Landkirchen

Außerdem erhielt die **St.-Johannis-Kirche in Bannesdorf/Fehmarn**, die ich im Frühjahr 2019 noch gemeinsam mit Pastor Dr. Martin Grahl, Mitgliedern des Kirchengemeinderates und den zuständigen Architekten besucht hatte, eine **Bundesförderung von 129.000 Euro für eine umfangreiche Entwässerung und Feuchtigkeitsbeseitigung zum Schutz der wertvollen Malereien**.



29.03.2019: Mit Marianne Unger vor der Kirche in Bannesdorf zur Besichtigung der Bauschäden

Die wunderschöne **St.-Jürgen-Kirche in Grube** erhielt bereits **2017 440.000 Euro, die 2018 nochmals um 110.000 Euro aufgestockt werden mussten**. Unvorhersehbare Bauschäden im Dachbereich hatten die Kosten deutlich ansteigen lassen – umso größer war die Freude über diese erneute Unterstützung vom Bund. Umso größer war die Freude, am 03. April 2018 die letzten Dachpfannen in

das neue Dach der Kirche einzusetzen, damit sie bei der feierlichen Neueröffnung am 02. September 2018 im neuen Glanz erstrahlen konnte.



03.04.2018: Einsetzen der letzten Dachpfannen auf dem Dach der St. Jürgen-Kirche in Grube

Am 08. Mai 2022 besuchte ich die **Kirchengemeinde Zarpfen in Nordstornarn, die das Jubiläum ihrer 800 Jahre bestehenden Kirche mit einem dreitägigen Jubiläumsfest und einem Festgottesdienst groß gefeiert hat – verbunden mit dem Abschluss der Sanierungsarbeiten.** Als ich die wunderschöne Kirche in Zarpfen/Nordstornarn zum 1. Mal am 5. März 2019 besuchte, hatte mich zuvor der „Hilferuf“ der Kirchengemeinde erreicht, weil das „Budget“ wegen der dringend erforderlichen umfangreichen Sanierung der Deckenmalerei deutlich überschritten wurde. Der Haushaltsausschuss hatte 2019 dann auf meine Initiative beschlossen, **die Hälfte der Sanierungskosten in Höhe von 41.000 Euro durch den Bund zu übernehmen.** Nun, drei Jahre später, ließ der Abschluss der Sanierung



05.03.2019: Besuch der Kirche in Zarpfen mit Restaurator Christian Leonhardt, Pastor Nils Wolffson, Propst Dr. Daniel Havemann und Konservatorin Julika Haller (v.l.)



Sommer 2016: Der hölzerne Glockenturm der Petrikerche in Landkirchen nach der Renovierung (Foto: studio kohlmeier berlin)

die Kirche und ihrer atemberaubend schönen Deckenmalerei zum 800. „Geburtstag“ das ganze Gebäude wieder im hellsten Licht erstrahlen. Ich habe mich riesig gefreut, dabei sein zu können. Leider konnte unser lieber Genosse Olav Rieck aus Zarpfen diesen schönen Tag nicht mehr mit uns erleben. ER war derjenige, der mich damals um Hilfe gebeten hatte. In meinen Gedanken, lieber Olav, warst du am 8. Mai bei uns.



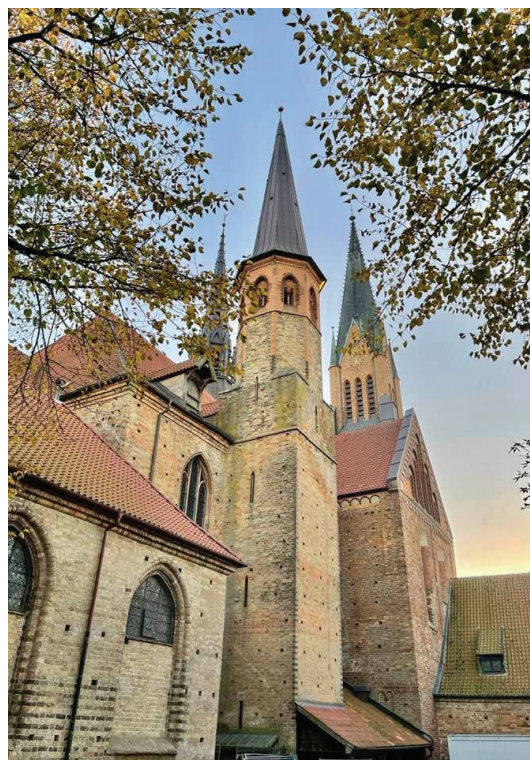
08.05.2022: Die Deckenmalereien in Zarpfen erstrahlen in neuem Glanz

Am 24.10.2021 um 14:00 Uhr ertönten erstmalig wieder die Glocken des **Schleswiger Doms** nach jahrelanger Renovierung – ein Gänsehaut-Moment! St. Petri wurde nach vier Jahren Renovierungszeit bei „Bilderbuchwetter“ mit einem Festgottesdienst wiedereröffnet. Die Predigt hielt Bischof Gothart Magaard. Ich erinnere mich gut daran, wie **der Haushaltsausschuss in Berlin in seiner Bereinigungssitzung am 12.11.2015 über 8,5 Mio. Euro für diese Sanierung beschloss und damit den Anstoß für diese Grundinstandsetzung gab.** Die Ko-Finanzierung aus Landesmitteln hat der damalige SPD-Ministerpräsident Torsten Albig seinerzeit zugesagt – schön, dass auch er bei der Wiederöffnung dabei war. Der Dom ist nun wirklich – innen wie außen – fantastisch geworden. Ein Besuch lohnt sich mehr denn je!



24.10.2021: Wiederöffnung des Schleswiger Doms mit dem damaligen Ministerpräsident Torsten Albig, Kirsten Eickhoff-Weber, der ehemaligen Landtagsvizepräsidentin (hinten), Beate Raudies und Birte Pauls (rechts).

rechte Bildseite: Einblicke in den sanierten Dom





14.12.2018: Als Taufpatin bei der Schiffstaufe der „Potsdam“ mit Kommandant Helge Pringel aus Neustadt i.H. (Foto: BPOL/ Alexandra Stolze)

**Seit 20 Jahren:
SPD im Haushaltsausschuss stärkt den
Bundespolizei-See-Standort in Neustadt**

Seit über 20 Jahren kämpfe ich mit großem Erfolg für die Stärkung der Bundespolizei-See am Wiexsberg in Neustadt. Das **2005 noch von dem damaligen SPD-Innenminister Otto Schily gegründete „Maritime Schulungs- und Trainingszentrum“ (MaST)** habe ich mit dem Haushaltsausschuss Schritt für Schritt über die Jahre im Personalbestand für die Ausbildung mehr als verdoppelt, diverse Fachräume und Übernachtungskapazitäten für die auszubildenden Bundespolizistinnen und -polizisten gebaut, Lehrgangsteilnehmende des Zolls auf See mit eigenem Unterkunftsgebäude zur Nutzung von Synergie-Effekten dazu geholt und 2015 180 Mio. Euro für drei moderne und leistungsstarke Bundespolizeischiffe im Haushalt verankert – gegen den erbitterten Widerstand des damaligen CDU-Innenminister de Mazière!

Im Dezember 2018 durfte ich als Patin das 1. dieser drei Schiffe auf den Namen „Potsdam“ auf der Fassmer-Werft in Berne/ Niedersachsen taufen und an Bord „meines“ Schiffes am 21. Juli 2019 das 1. Mal mit BPol-Präsident Bodo Karping an Bord im Heimathafen in Neustadt festmachen. Diese

25.04.2019: An Bord der „Potsdam“, deren Taufpatin ich bin, bei ihrer Erprobungsfahrt. Als erstes dieser hochmodernen Reihe von Bundespolizeischiffen ist sie mit einem Hubschrauberlandeplatz ausgerüstet.

drei hochmodernen Bundespolizeischiffe, die seit 2019 im Einsatz sind und ab Sommer 2023 durch ein viertes Schiff ergänzt werden, sind strategisch von größter Wichtigkeit, denn die Schiffe verfügen nicht nur über einen Hubschrauberlandeplatz, sondern für robuste Einsätze im Falle von Terrorgefahr auch über eine Bordkanone und den Platz, die Einsatzkräfte der GSG-9 aus Bayern an Bord nehmen zu können.

Bereits für den Bundeshaushalt 2021 haben wir im Haushaltsausschuss über **7 Mio. Euro für zwei Schiffstrainingssimulatoren für diese**





29.08.2022: Meine Festrede zur feierlichen Einweihung der neuen Schiffssimulatoren

größten Schiffe der Bundespolizei in Neustadt beschlossen, die jetzt „Leuchtturmprojekte“ für die maritime Ausbildung deutschland- und europaweit sind. **Diese Schiffssimulatoren wurden am 29. August 2022 endlich in Neustadt feierlich eingeweiht und ich durfte die Festrede halten.**

Nur drei Wochen zuvor war am 11. August zum ersten Mal ein(e) Bundesinnenminister(in) fünf Stunden zu Gast am Wieksberg: Nancy Faeser überraschte die Bundespolizei in Neustadt mit einem sehr ausführlichen Informationsbesuch, bei dem ein ausgedehnter Besuch in der Neustädter Bucht an Bord der „Potsdam“ nicht fehlen durfte. Dabei haben die Fähigkeiten der neuen Schiffe sie derart begeistert, dass **die Innenministerin spontan zusagte, das sich schon in Bau befindliche 4. Schiff am 10. Juni 2023 in Warnemünde persönlich auf den Namen „Neustadt i.H.“ zu taufen.** Als Ehrengast war ich in Warnemünde



26.08.2022: Einführung in die Bedienung des hochmodernen Schiffssimulators (Foto: BPOL)

dabei und durfte sogar am Vorabend an Bord der „Neustadt“ übernachten – fantastisch! Innenministerin Nancy Faeser ist die 1. Innenministerin, die je ein Bundespolizeischiff getauft hat. Die Mannschaft der BP 84 „Neustadt“ hätte sich für das 4. Schiff der „Potsdam-Klasse“ keine würdigere Taufpatin wünschen können! Ihre Rede war voller ehrlicher Empathie für die Kompetenz und Professionalität der Menschen, die mit und für die Bundespolizei-See ihren Einsatz leisten. Bürgermeister Mirko Spieckermann hatte für den Heimathafen und Namensgeber „Neustadt“ natürlich die Stadtflagge und ein Schild unserer „Europastadt“ als Wandschmuck an Bord mitgebracht. Zu der rundum gelungenen Taufe, der sich die Indienststellung an die Mannschaft direkt anschloss, schien eine strahlende Sonne vom Ostsee-Himmel: Es hätte nicht schöner sein können! Bisher vergeblich hatte ich



17.01.2023: Am Rande der Fraktionssitzung in Berlin präsentierte ich Bundesinnenministerin Nancy Faeser und Martin Gerster das Modell der zukünftigen „Neustadt i.H.“

mich mit Neustadts Bürgermeister Mirko Spieckermann in Berlin dafür eingesetzt, dass die ersten drei Bundespolizeischiffe den Namen ihres Heimathafens „Neustadt“ erhalten. Bei den CSU-Innenministern stieß das stets auf taube Ohren. Aber jetzt hat es geklappt: **Das modernste der vier Schiffe, das der Haushaltsausschuss im November 2020 beschlossen hatte, wird „Neustadt“ heißen und als einziges Schiff der Bundespolizei seit jeher als Taufpatin die Innenministerin persönlich haben – ein wunderbares Omen!**

Groß war die Freude über diese tollen Neuigkeiten auch beim **Maritimen Jahresempfang am 01. Juni 2023 in der Offiziersmesse auf dem Wieksberg**: Das Einsatzausbildungszentrum Schadensabwehr Marine, die Bundespolizeiinspektion See und der Direktionsbereich Bundespolizei See Neustadt i.H., das Trainingszentrum Maritime Schiffssicherheit der WSV sowie die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger aus Neustadt i.H. baten zum großen Empfang. Es war natürlich kein Zufall, dass „just in time“ eben dieses neue Bundespolizeischiff „BP84“ die Neustädter Bucht kreuzte.

Nur drei Tage vor der Einweihung des Schiffssimulators besuchte ich **am 26. August 2022 mit meinem SPD-Haushaltskollegen Martin Gerster, der seit Jahren für den Etat des Innenministeriums verantwortlich ist,**



01.06.2023: Mit Neustadts Bürgermeister Mirko Spieckermann beim Maritimen Jahresempfang

ebenfalls die Bundespolizei in Neustadt und wir trafen uns dort zum ausführlichen Gedankenaustausch mit BPol-Präsident Horst Kriesamer natürlich auch an Bord der BP 81 „Potsdam“ in der Neustädter Bucht. Bei so vielen modernen Schiffen und Einsatzgerät war unser Hauptthema natürlich die **dringend erforderliche verstärkte Nachwuchsgewinnung für die Bundespolizei-See**: Die Bundespolizei verfügt mit ihren Schiffen und dem Anfang September 2022 eingeweihten modernsten Schiffssimulator Europas in Neustadt über maritime High-Tech-Ausbildungsbedingungen für junge Polizistinnen und Polizisten, die dieses Berufsbild besonders attraktiv machen.



10.06.2023: Schiffstaufe der „NEUSTADT“ mit Harald Fassmer, Chef der Fassmer-Werft in Berne/Niedersachsen; Dr. Dieter Romann, Präsident des Bundespolizeipräsidiums; Bundesinnenministerin Nancy Faeser und Bürgermeister Mirko Spieckermann



21.07.2019: Indienststellung der BP81 „Potsdam“ und Einfahrt in den Heimathafen Neustadt



Bundespolizei und Zoll haben auf hoher See neue und deutlich größere Aufgaben und Herausforderungen auch mit Blick auf Europa und die internationale Krise mit dem russischen Nachbarn in der Ostsee. Damit möglichst viele junge Leute, die zeitnah die Schule erfolgreich verlassen und Interesse am Polizeiberuf oder an maritimen technischen Berufen haben, diesen spannenden Arbeitsplatz kennenlernen können, unterstützen wir als Haushaltsausschuss die Bundespolizei-See 2023 mit einem innovativen, zielgerichteten Praktikanten- und Nachwuchsprogramm für die zielgerichtete Personalgewinnung und Werbemaßnahmen an Schulen mit 100.000 Euro. Dies ist definitiv gut investiertes Geld!

Ich bin stolz und glücklich, dass ebenfalls auf Initiative meines Haushaltskollegen Martin Gerster der Haushaltsausschuss in seiner „Bereinigungssitzung“ am 10.11.2022 **über 21 Mio. Euro „on Top“ zu Gunsten der Bundespolizei See am Standort Neustadt** beschlossen hat. Angesichts einer veränderten geopolitischen Sicherheitslage müssen wir dem Nord- und Ostseeraum erhöhte Aufmerksamkeit widmen. Zur Verstärkung der Handlungsfähigkeit der Bundespolizei See, der eine immer stärkere Rolle bei der Gewährleistung nicht nur der inneren Sicherheit, sondern vor allem auch des Grenzschutzes und des Schutzes kritischer ziviler Infrastruktur zukommt, werden jetzt **neue Kontroll- und Streifenboote für die BPOL See für über 17 Mio. Euro beschafft, während auch die GSG-9-See als Ersatzbeschaffung neue Mehrzweckboote erhält und fast 4 Mio.**

Euro zur Ausstattung ihres künftigen GSG-9-Standortes in Neustadt. Gemeinsam mit Martin Gerster setze ich mich nachdrücklich bei Innenministerin Nancy Faeser dafür ein, dass die GSG-9-See von Bayern nach Neustadt verlegt wird und bin ihr dankbar für ihren persönlichen Besuch in Neustadt am 11. August 2022, als sie sich selbst davon überzeugen konnte, dass die GSG-9-See nur im einzigen Bundespolizeihafen Deutschlands in Neustadt optimal einsatzbereit sein kann.



25.04.2019: Im Schnellboot der GSG 9, Beiboot der „Potsdam“, in der Nordsee (Foto: BPOL)

Signal für THW und den Katastrophenschutz: Über 22 Mio. Euro „on Top“!

Im Haushaltsausschuss konnten wir auf Initiative meines SPD-Kollegen Martin Gerster am 10.11.2022 für den Bundeshaushalt 2023 ebenfalls massive Erhöhungen im Bereich des THW und des Katastrophenschutzes beschließen. **Besonders glücklich bin ich, dass der Haushaltsausschuss für die Ausgaben der 668 Ortsverbände bundesweit 12,5 Millionen Euro „on Top“ bewilligt hat, so dass für deren wichtige Arbeit „an der Basis“ insgesamt gut 48,7 Millionen Euro für 2023 zur Verfügung stehen. Mit einem Plus von 8,4 Mio. Euro für die Aus- und Fortbildung wird der bisherige Ansatz im Haushaltsentwurf für 2023 sogar auf 18,45 Mio. Euro fast verdoppelt** - eine enorm wichtige Investition in die Professionalisierung der Helferinnen und Helfer, wie nicht nur der Einsatz im Sommer 2021 im Ahrtal gezeigt hat. **Auch die Zuschüsse an die Vereinigung der Helfer und Förderer des Technischen Hilfswerks und an die THW-Jugend haben wir fast verdoppelt und um 1,3 Mio. Euro auf insgesamt 2,83 Mio. Euro für das Jahr 2023 erhöht.** Das THW ist mit seinen rund 80.000 Ehrenamtlichen und über 1.800 Hauptberuflichen die wichtigste Bundesinstitution im Katastrophenschutz und ist für Deutschland nicht nur im Inland, sondern auch bei Katastrophen weltweit im Einsatz: zuletzt bei dem verheerenden Erdbeben in der Türkei und Syrien. Aber auch gerade die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Schutz unserer Gesellschaft, wofür mein Kollege Martin Gerster vor allem deshalb so viel Empathie und Tatkraft zeigt, weil er (ehrenamtlich) der Präsident auf Bundesebene der Helfervereinigung des THW ist. In genau dieser Funktion hat er gemeinsam mit mir

am Abend des **26. August 2022 über 40 aktive THW-Mitglieder zum Grillabend beim THW in Eutin** eingeladen, um sich für deren Einsatz und Engagement persönlich bedanken zu können.

Ein Wiedersehen mit „meinem“ THW und Martin Gerster gab es auf der **„Blaulichtkonferenz“ der SPD-Bundestagsfraktion am 26. September 2022 in Berlin**, als auf meine Einladung mit dem Eutiner Ortsbeauftragten Niels Happel, dem Zugtruppführer des THW Neustadt Tim Schulenburg sowie seinem jungen Kollegen Nico Buß drei THW-Aktive dabei waren. Komplettiert wurde das Quartett durch den Kreisbeauftragten des DLRG im Kreis Ostholstein Sven Schönke, der bereits das 4. Mal der Einladung zur „Berliner Blaulichtkonferenz“ gefolgt war.

Im November haben wir Sozialdemokraten dann mit den Beschlüssen im Haushaltsausschuss für 2023 Wort gehalten und „geliefert“, denn auch für die Förderung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz – sei es für die Feuerwehren oder die Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz –



26.08.2022: Im Gespräch mit der THW-Jugend aus Ostholstein mit meinem Bundestagskollegen, dem Präsidenten der Bundesvereinigung, Martin Gerster, auf dem THW-Gelände in Eutin (Foto: THW Eutin)



26.08.2022: Niels Happel, Ortsbeauftragter des THW in Eutin mit Martin Gerster (Foto: THW Eutin)

konnten wir ein wichtiges Zeichen setzen: Den ursprünglichen Haushaltsansatz von 500.000 Euro haben wir tatsächlich verfünffacht (!), denn es gibt jetzt 2 Mio. Euro „on Top“ für das Engagement von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern im Bundeshaushalt. Außerdem hat der Haushaltsausschuss „Basis-Nähe“ bewiesen und für eine massive bürokratische Entlastung beim THW gesorgt, indem die Grenze für Direktbeschaffungen der THW-Ortsverbände dauerhaft von 1.000 Euro auf 5.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) erhöht wird. Diese massiv erhöhten Grenzwerte hatte das THW – befristet in der Corona-Pandemie – bereits „ausprobiert“ und als eine große praxistaugliche Entbürokratisierung empfunden.



26.09.2022: Teilnehmer „Blaulichtkonferenz“ mit dem DLRG-Kreisbeauftragten OH Sven Schönke, Eutiner THW-Ortsbeauftragten Niels Happel, Nico Buß und Zugruppenführer THW Neustadt Tim Schulenburg

„Dauerbrenner“ Nord-Ostsee-Kanal

Am 8. August 2022 besuchte ich gemeinsam mit unserer SPD-Sprecherin für Verkehr Dorothee Martin und meinem Haushaltskollegen für Verkehr Metin Hakverdi – beide aus Hamburg – sowie mit meinem Kieler Kollegen Mathias Stein den Nord-Ostsee-Kanal (NOK) zu mehrstündigen Gesprächen in Hochdonn, nachdem in den Wochen zuvor Schlagzeilen von Böschungabsackungen auf fast ganzer Länge des Kanals die maritimen Logistiker und Spediteure massiv alarmiert hatten. **Der NOK ist die wichtigste künstliche Wasserstraße der Welt, hat mehr Verkehr zu bewältigen als der Panama- und der Suez-Kanal zusammen und spielt gerade jetzt, wo die Ostsee geopolitisch in der Krise massiv in den Blickpunkt rückt, eine ganz zentrale Rolle.**

In Hochdonn konnten wir die gravierenden Böschungsschäden „hautnah“ vom Schiff aus in Augenschein nehmen und in einem mehrstündigen Gedankenaustausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) und des Verkehrsministeriums des Bundes über die Herausforderungen für den Kanal, dessen Grundinstandsetzung und Ausbauvorhaben sowie die erforderlichen Finanzmittel diskutieren. Denn angesichts der Tatsache, dass 2021 noch knapp 656 Mio. Euro für den

Erhalt der Wasserstraßeninfrastruktur investiert wurden und 2022 im Bundeshaushalt sogar 909 Millionen Euro zur Verfügung standen, waren wir auf das Höchste alarmiert, dass im Regierungsentwurf für 2023 im Juli 2022 von Bundesverkehrsminister Volker Wissing nur noch 594 Mio. Euro für Ersatz-, Aus- und Neubaumaßnahmen an Bundeswasserstraßen vorgesehen waren –eine Kürzung um 315 Mio. Euro!

Fakt ist: Drei CSU-Verkehrsminister haben seit 2009 alle wichtigen Sanierungsmaßnahmen wie den Neubau der 5. Schleusenkammer in Brunsbüttel, Sanierung und Grundinstandsetzung der Kieler Schleusen, den Ausbau der Oststrecke, den Neubau der Levensauer Hochbrücke oder das Trockeninstandsetzungsdock samt

Schleusentor-Liegeplätzen in Brunsbüttel 12 Jahre lang konsequent verschleppt, obwohl überwiegend Baurecht vorlag und seit Jahren über 2,5 Mrd. Euro vom Haushaltsausschuss (schrittweise ab 2012!) für den Bundeshaushalt beschlossen worden waren – klar ist natürlich, dass FDP-Verkehrsminister Volker Wissing damit „ein schweres Erbe“ antritt.

Im Haushaltsausschuss hatte ich in drei Sitzungen zum Verkehrsetat 2022 am 28. April, am 19. Mai und am 22. Juni 2022 bereits drei Mal ausführlich und kritisch den fehlenden Baufortschritt am Nord-Ostsee-Kanal angemahnt und dem Verkehrsminister

der Ausbau der Oststrecke zwar seit 2007 mit 130 Mio. Euro im Bundeshaushalt steht und die Levensauer Hochbrücke seit 2008 mit damals knapp 47 Mio. Euro, aber beide zusammen heute mit 715 Mio. Euro vom Verkehrsministerium veranschlagt werden mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass diese Kostenkalkulation nicht aktuell sei und vermutlich erhöht werden müsse! Bei zügigem Handeln der CSU-Amtsvorgänger hätten diese Kostenexplosionen vermutlich verhindert werden können. Bis jetzt sind binnen 13 (!) Jahren lediglich gut 124 Mio. Euro verausgabt worden. Das Trockeninstandsetzungsdock



08.08.2022: Mit den Bundestagskollegen Metin Hakverdi, Mathias Stein und Dorothee Martin am Nord-Ostsee-Kanal

deutlich gemacht, dass der Haushaltsausschuss von ihm ein Ende dieser Hinhaltetaktik seiner drei Vorgänger und eine entschlossene Priorisierung des NOK-Ausbaus erwartet. Die Grundinstandsetzung der beiden Großen Schleusen in Brunsbüttel soll zwar 2027 nach Inbetriebnahme der 5. Schleusenkammer beginnen, aber wann die Planung dafür beauftragt werden soll – Fehlanzeige! Die Begradigung der Saatseekurve und die Vertiefung des Kanals um einen Meter – beides im Bundesverkehrswegeplan bis 2023 enthalten – können definitiv nicht vor 2030 beginnen, weil der Ausbau der Ostkurve und die Neuerrichtung der Levensauer Hochbrücke bereits jahrelang verschleppt wurden. Es ist eigentlich ein Schildbürgerstreich, dass

und die Schleusentor-Liegeplätze in Brunsbüttel – seit 2016/2017 mit zusammen 31 Mio. Euro im Haushalt bewilligt – sollen inzwischen sogar 63 Mio. Euro kosten und per Ausschreibung noch 2023 „von einem Privaten geplant, gebaut und betrieben“ werden. Es bleibt rätselhaft, warum (auf Wunsch der CSU-Verkehrsminister Alexander Dobrindt und Andi Scheuer!) ein Privater mit Planung, Bau und Betrieb beglückt werden soll, wenn vorhersehbar der einzige Auftraggeber, der Schleusentore dort reparieren, warten und lagern lassen wird, die Bundesrepublik Deutschland sein muss.

Es wäre sicherlich preiswerter und vernünftiger gewesen, dieses Vorhaben als staatlichen Betrieb zu organisieren, da die

Aufgabe, die meistbefahrene Wasserstraße der Welt konsequent durch intakte Schleusentore in gutem Zustand offen zu halten, ja auch quasi eine von öffentlichem Interesse ist.

Die explodierten Baukosten bei allen Baumaßnahmen mussten natürlich im Haushalt 2023 – auch durch Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre – realistisch abgebildet und damit massiv erhöht werden. Im Regierungsentwurf 2023 für den Verkehrsetat sahen wir im Sommer 2022 allerdings leider das genaue Gegenteil. Und dann kamen auch noch die akuten „Böschungsschäden“ quasi „aus heiterem Himmel“ dazu.

Immerhin haben wir in der „Bereinigungssitzung“ des Haushaltsausschusses am **10. November 2022 einen „einseitigen Deckungsvermerk von Ausgaberesten aus dem Gesamtetat für Verkehr – ohne Fahrradwege – über 250 Mio. Euro zu Gunsten der Unterhaltung, des Erhalts und der Ersatz-, Neu- und Ausbaumaßnahmen an Bundeswasserstraßen“ beschlossen**, mit dem dieser ursprünglichen Kürzung voll entgegen gewirkt werden kann. Das ist eine sehr pragmatische Lösung, denn erfahrungsgemäß verfügt gerade der Verkehrsetat regelmäßig über größere Ausgabereste.

Verkehrsminister Wissing versprach im Ausschuss auf meine Nachfrage, dass er mit dieser Lösung dafür sorgen werde, dass es jetzt keine Verzögerungen gegenüber den Ausbauplänen am NOK geben

werde und dass damit auch der zügige Bau der Kieler Schleusen und der Ausbau der Oststrecke am Nord-Ostsee-Kanal erfolgen könne. Hoffen wir das Beste für den NOK als volkswirtschaftlich wichtigste Verkehrsader in Schleswig-Holstein. Nicht zu vergessen: Durch das umweltfreundliche Passieren des NOK werden enorme Treibstoffmengen gespart und das Klima wirksam geschützt. Im Schnitt „spart“ jedes Schiff 260 Seemeilen und 14 bis 18 Stunden Zeit bei einer Kanalpassage im Vergleich zu der Umfahrung Skagens.

Zum 31. Mai 2023 muss Verkehrsminister Wissing uns im Haushaltsausschuss detailliert schriftlich berichten, wie konkret er mit seinem Ministerium diesen Beschluss 2023 umsetzt und was genau das für den NOK bedeutet – ich bin schon gespannt!



20.02.2020: Volles Haus bei meiner Veranstaltung „SOS für den Nord-Ostsee-Kanal in Brunsbüttel mit Mathias Stein



08.08.2022:
Gedankenaustausch
mit der Wasser- und
Schifffahrtsverwaltung
(WSV) und dem Bundes-
verkehrsministerium

DIE BELTQUERUNG

Neues von der Hinterlandanbindung

Wie jeder weiß, bin ich seit **über 25 Jahren Gegnerin einer Festen Fehmarn-Beltquerung** und bleibe dieses auch weiterhin – obwohl der Bau jetzt leider auch juristisch durchgesetzt ist. 2009 habe ich im Bundestag aus tiefster Überzeugung mit „nein“ zum Staatsvertrag mit Dänemark gestimmt und schon damals dieses Votum ausführlich damit begründet, dass die Ostsee gefährdet, unsere Lebensqualität durch den Lärm der Güterzüge künftig in Ostholstein bedroht wird, dass die FBQ nicht den verkehrspolitischen (und klimapolitischen) Zielen Europas dient sowie angesichts der prognostizierten Verkehrszahlen überflüssig ist „wie ein Kropf“ und zweistellige Milliardensummen ohne jeden volkswirtschaftlichen Sinn verschlingen wird. Jetzt bleibt es für mich aber dennoch eine wichtige politische Aufgabe, die **Auswirkungen der konkreten Planungen der „Hinterlandanbindung“ quer durch Ostholstein und der künftigen**



14.08.2020: „Rathausgespräch“ mit dem Bürgermeister von Sierksdorf Udo Gosch und allen Fraktionen der Gemeindevertretung

Baumaßnahmen mit Blick auf die Auswirkungen für die Menschen und Kommunen eng und kritisch zu begleiten – dafür „mische“ ich mich weiterhin in Berlin ein!

Erfolg für Sierksdorf: Haushaltsausschuss bewilligt über 9 Mio. Euro für übergesetzlichen Lärmschutz!

Zur Erinnerung: **im Juli 2020 hat der Deutsche Bundestag gut 232 Mio. Euro für den übergesetzlichen Lärmschutz an der Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung beschlossen**, wobei der Beschluss auf Vorschlag des Dialogforums und der Deutschen Bahn konkrete bauliche Maßnahmen aufgelistet hatte. Ein ausführlicher Bericht zu diesem Beschluss (und den aus meiner Sicht schon damals erkennbar problematischen Folgen speziell für Sierksdorf, Bad Schwartau und die Sundbrücke) kann in meinem Rechenschaftsbericht von 2019 bis 2020 nachgelesen werden, dessen digitale Version auf meiner Homepage hinterlegt ist. Für Sierksdorf wurde 2020 eine

Tieferlegung der Bahntrasse aus Lärmschutzgründen um 2,50m auf bis zu 10,50m insgesamt beschlossen und zusätzlich eine Mio. Euro für übergesetzlichen Lärmschutz. Doch nun stellte sich heraus, dass aufgrund von „vertieften Baugrunduntersuchungen 2021 und 2022“ eine Umsetzung der vom Bundestag beschlossenen „Akzeptanzlösung“ mit einer Vertiefung der Trasse im Bereich Sierksdorf um 2,5 Meter nicht umgesetzt werden könne, da dort in tieferen Bauschichten



09.06.2022: Gedankenaustausch mit Bürgerinitiativen und der Allianz gegen eine feste Beltquerung mit Sandra Redmann und Niclas Dürbrook im „Fliegercafé“/Gemeinde Sierksdorf

„gespanntes Grundwasser“ identifiziert worden sei, das geschützt werden sollte. Die vom Bundestag beschlossene Variante würde jetzt wegen dieser Grundwasserprobleme über 60 Mio. Euro kosten, weswegen die Deutsche Bahn am 15. März dem Haushaltsausschuss berichten musste, dass sie um eine Abänderung des Bundestagsbeschlusses und um Zustimmung zu einer alternativen „Billigvariante“ bat, die zwar eine deutliche Höherlegung der Bahntrasse um über drei Meter (!) bedeuten würde, aber (angeblich) der Gemeinde Sierksdorf dennoch den vollen Lärmschutz garantieren sollte.

Ich leitete sofort – noch vor der Debatte im Haushaltsausschuss am 15. März – diesen Bericht an SPD-Bürgermeister Udo Gosch in Sierksdorf, seine Gemeindevertretung und an die Bürgerinitiative vor Ort mit der Bitte weiter, mir ihre Rückmeldung zu diesen neuen Vorschlägen der Bahn, die jetzt „heimlich still und leise“ im Bundestag „durchgewunken“ werden sollten und eine „Aushöhlung“ des Lärmschutzes für die Anwohner in Sierksdorf bedeuten hätten, zu geben. Ich war angesichts des Beschlussvorschlages der DB absolut alarmiert, denn er sah nicht nur den kompletten Verzicht auf die vom Dialogforum 2019 geforderte und vom Bundestag beschlossene übergesetzliche Lärmschutzmaßnahme im Bereich Sierksdorf

mit einer Vertiefung der Trasse um 2,50 Meter vor, sondern sogar eine Erhöhung (!) des Bahndamms um 2,80 Meter. Im Haushaltsausschuss konnte ich in der Debatte bei allen Fraktionen gegenüber der Bahn für deutliche Skepsis sorgen und **am 29. März beschlossen wir auf meine Initiative, dass die Bahn beauftragt wurde in erneuten Verhandlungen mit der Gemeinde Sierksdorf eine neue „Akzeptanzlösung“ für bis zu gut 23 Mio. für „übergesetzlichen Lärmschutz“ (das bedeutete fast 50 Prozent mehr finanziellen Spielraum als die von der Bahn favorisierte, „billigste“ Variante!) zu verhandeln und im Haushaltsausschuss zum 31. Mai vorzulegen.** Die gute Nachricht vorweg: es gelang.

Im Mai 2023 stellten die Vertreter der DB der Gemeinde Sierksdorf drei neue Varianten für Sierksdorf vor, wovon die Deutsche Bahn die Variante 2 mit Mehrkosten von 2,6 Mio. Euro favorisierte. **Am 17. Mai kam ich auf Wunsch der Gemeindevertreterinnen und -vertreter aller Fraktionen nach Sierksdorf zu einem intensiven Gedankenaustausch. Gemeinsam diskutierten und verständigten wir uns auf einen neuen Varianten-Beschluss der Gemeinde. Am 24. Mai beschloss die Gemeindevertretung Sierksdorf einstimmig (!) die Variante 3 für 9,9 Mio. Euro Mehrkosten für übergesetzlichen Lärmschutz – Chapeau dafür, dass die Gemeindevertretung selbst so kurz nach der Kommunalwahl ein bemerkenswertes Zeichen der Geschlossenheit über alle Fraktionsgrenzen hinweggesetzt hat.**

Die Überraschung jedoch war groß bei mir, als ich **am 14. Juni den Bericht der Bahn an den Haushaltsausschuss in Händen hielt, in dem die Bahn an ihrer favorisierten „Variante 2“ festhielt** und damit den einstimmigen Beschluss in Sierksdorf für die „Variante 3“ mit dem weitreichenden Lärmschutz komplett ignorierte – so darf man nicht mit ehrenamtlich Engagierten umgehen, die sich seit 12 Jahren im Dialogforum konstruktiv für die Interessen der Menschen in der Region einsetzen! Durch ein solches Verhalten der Bahn wird jede Suche nach „Akzeptanz“ in der

Region zur Farce!

Ich bin froh, dass ich innerhalb der Ampel-Koalition im Haushaltsausschuss erneut überzeugen konnte und wir am 21. Juni 2023 unter TOP 17 beschlossen haben, dass wir das Votum der Deutschen Bahn ablehnen und stattdessen die 9,9 Mio. Euro für Mehrkosten für übergesetzlichen Lärmschutz in Sierksdorf bewilligen - Ingo Gädechens und die CDU/CSU hat sich dabei übrigens enthalten!

Obwohl der Haushaltsausschuss jetzt also 1:1 dem Votum der Gemeinde Sierksdorf gefolgt ist und für die favorisierte „Variante 3“ Mehrkosten von 9,9 Mio. Euro für mehr Lärmschutz beschlossen hat, „spart“ die DB in Wahrheit über 55 Mio. Euro dadurch, dass das Gleis in diesem Streckenabschnitt nun nicht tiefer gelegt wird. Insofern hat die Gemeinde Sierksdorf sich einstimmig am 24. Mai sehr pragmatisch für eine Lösung entschieden, die den Anwohnern bestmöglichen Lärmschutz garantiert und die es darum auch verdient hat, vom Haushaltsausschuss unterstützt zu werden.

Damit haben wir bewiesen, dass uns der übergesetzliche Lärmschutz und vor allem die Akzeptanz vor Ort im Dialog mit den Betroffenen wichtige Anliegen sind, wenn es um ein so umstrittenes Infrastruktur-Großprojekt wie den Neubau einer Güterschwerverkehrstrasse geht. Die Glaubwürdigkeit von Zusagen zum Lärmschutz in der Region ist uns wichtiger als offenbar der Deutschen Bahn, woraus die hoffentlich für ihren künftigen „Auftritt“ vor

Ort lernt. Große Schienenprojekte können erfolgreich nur im Einvernehmen mit den betroffenen Kommunen umgesetzt werden und nicht gegen sie!

Konfliktfeld „Elektrifizierung der Sundbrücke“ bedroht Fehmarn und die „Elektrifizierung der Bäderbahn“ den Lärmschutz der Neustädter Bucht!

Aber leider ist die Trassenneuplanung rund um Sierksdorf nicht die einzige „offene Flanke“ im derzeitigen Umsetzungsprozess der Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbelt-Querung: Wie kann es sein, dass die DB und der CDU-Verkehrsminister in Schleswig-Holstein Claus Ruhe Madsen seit Wochen öffentlich behaupten, dass die Hinterlandanbindung mit Autobahn und Gleisen „übergangsweise ab 2029 samt Elektrifizierung“ über die Sundbrücke geführt werden sollte, „falls der Sundtunnel 2029 nicht fertig würde“?

Fakt ist, dass eine solche unnötige „Doppelplanung“ parallel zum Sundtunnel finanziell, volkswirtschaftlich und ökologisch komplett irrsinnig ist, in keiner Weise durch den Staatsvertrag begründet werden kann und den vereinbarten und zugesagten Lärmschutz für den Norden Ostholsteins komplett ad absurdum führen würde!

Laut Medienberichterstattung ist Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen als Gast auf dem Jahresempfang des Unternehmensverbandes (UV) Ostholstein-Plön im April 2023 in Lensahn aufgetreten

und hat dort verkündet, dass es angeblich „fatal“ sei, „von Plan B zu sprechen“ für den Fall, dass der Sundtunnel zum Zeitpunkt der Eröffnung des dänischen Belttunnels 2029 noch nicht fertig sei. **Mit der Landesregierung in Kiel unterstützt er offenbar, dass für diesen Fall die Sundbrücke, die gerade von der Deutschen Bahn für ca. 50 Mio. Euro grundinstandgesetzt wird, nur dafür elektrifiziert**



29.03.2023: Die Ampel-Haushälter (v.l.n.r.): Bruno Hönel (Bündnis 90/Die Grünen), Frank Schaeffler (FDP) und Metin Hakverdi (SPD)



07.08.2021: Veranstaltung der „Beltretter“ auf dem Markplatz Burg auf Fehmarn mit Kandidierenden für die Bundestagswahl - CDU und Grüne „glänzen“ durch Abwesenheit

wird, damit die dänischen XXL-Güterzüge dann ab 2029 ohne jeden Lärmschutz über diese völlig ungeeignete Brücke von Kopenhagen nach Hamburg fahren können. Tatsächlich fatal ist vor allem, dass Verkehrsminister Madsen weiterhin – entgegen allen Vereinbarungen zum Lärmschutz für die Region, die sowohl vom Dialogforum erkämpft als auch vom Bundestag beschlossen und teils auch gerichtlich erstritten wurden, öffentlich den Anschein erwecken möchte, dass die Fehmarnsundbrücke (ohne jeden Lärmschutz) angeblich problemlos für Güterverkehrszüge aus Skandinavien ab 2029 genutzt werden könnte. Es ist ein Skandal, dass der Kieler Verkehrsminister offenbar mehr Loyalität gegenüber seiner dänischen Heimat beweist als gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Schleswig-Holsteins!

Herr Madsen müsste wissen, dass ein Gutachten der Deutschen Bahn bereits 2012 ergeben hat, dass die bestehende Sundbrücke unter gar keinen Umständen statisch in der Lage wäre, das Gewicht der XXL-Güterzüge zu tragen, die Skandinavien nach Europa einsetzen will. Es ist überfällig, dass er der dänischen Regierung endlich „reinen Wein“ einschenkt angesichts der Tatsache, dass die Güterzüge aus und nach Skandinavien auch künftig über Jütland gelenkt werden müssen, bis auf deutscher Seite der Sundtunnel in Betrieb gehen kann. **Es wäre unverantwortlich, wenn die unter Denkmalschutz stehende Sundbrücke**

durch die Nutzung von skandinavischen Güterzügen ab 2029 erneut kaputtgefahren wird und nicht in künftigen Jahrzehnten für Fahrräder, Mofas, Trecker und Fußgänger auch weiterhin solide genutzt werden kann.

Die aktuellen Pläne der Bahn und des Landes, diese Brücke dann „vorübergehend“ zu elektrifizieren, um sie „vorübergehend“ nach der Eröffnung der dänischen Beltquerung für die XXL-Güterzüge zu nutzen bis der Sundtunnel dann später betriebsbereit wäre, sind nicht nur angesichts des Statik-Gutachtens der DB von 2012 vollkommen absurd, sondern **sowohl ökologisch wie auch finanziell absolut unverantwortlich.**

Herr Madsen darf endlich nicht nur der dänischen Regierung keine „Märchen“ mehr erzählen, sondern muss vor allem seiner Verantwortung als Mitglied der Kieler Regierung gegenüber den Menschen in der Region gerecht werden. Seit 12 Jahren engagieren sich im Dialogforum alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für mehr Lärmschutz entlang der Trasse, **in einem Gerichtsvergleich hat die Deutsche Bahn drei klagenden Kommunen zusichern müssen, dass kein Güterzug über die Hinterlandanbindung fährt, solange der übergesetzliche Lärmschutz nicht überall zu 100 Prozent baulich umgesetzt ist.** Und da betreibt dieser Verkehrsminister in geheimen Planungszirkeln in Kiel mit der Deutschen Bahn hinter dem Rücken der Menschen in Ostholstein eine Parallelplanung, die mit der Elektrifizierung der Sundbrücke (und der Bäderbahn!) ermöglichen soll, dass die Güterzüge ab 2029 ohne jeden Lärmschutz durch unsere Region rasen – es ist eine absolute Unverschämtheit! Ich bin sicher, dass auch der Bundesrechnungshof, der in jeder Haushaltsausschusssitzung aufmerksamer Zuhörer und Kommentator ist, sich für dieses Thema erneut brennend interessieren wird.

Frage nach der Übernahme der Baulast der Fehmarnsundbrücke

Die aktuelle Presseberichterstattung von Ende Juli 2023 zu einem Austausch zwischen Verkehrsstaatssekretär Tobias von der Heide und Landrat Timo Gaarz zu der künftigen Sonderbaulast für die Sundbrücke ergab reichlich Zündstoff in der Region: **Verkehrsminister Madsen und sein Staatssekretär Tobias von der Heide in Kiel wissen seit März 2023 definitiv, dass**

der Bund die zukünftige Sonderbaulast für die Fehmarnsundbrücke NICHT übernehmen wird, weil es dafür keinerlei Rechtsgrundlage gibt. Wie Madsen zugibt, hat sein Amtsvorgänger Bernd Buchholz bereits 2021 den CSU-Verkehrsminister Andreas Scheuer unter der Merkel-Regierung um Übernahme der Sonderbaulast für die Sundbrücke gebeten und schon damals wegen fehlender Rechtsgrundlage eine Absage erhalten! In Kenntnis dieses Umstandes hat Minister Madsen dennoch am 08. März Verkehrsminister Wissing und am 28. März mich angeschrieben und um meine Unterstützung in dieser Angelegenheit gebeten. In seinem Schreiben an mich führt Madsen aus (Zitat aus dem Brief): „Signale aus der Fachebene des Bundesverkehrsministeriums bestätigen diesen Eindruck, dass eine Sonderbaulast des Bundes dort nicht gesehen wird. Der Bitte meines Vorgängers wurde leider eine Absage erteilt.“

Nur zwei Tage später am 30. März habe ich Verkehrsminister Madsen wie folgt geantwortet (Zitat): „**Ich vertrete seit vielen Jahren die Auffassung, dass das Land Schleswig-Holstein den Kreis Ostholstein mit der künftigen Baulast für die Sundbrücke `nicht im Stich lassen` darf und selbst die Baulast übernehmen muss, weil in unserem föderalen System die Bundesländer für die auskömmliche Finanzierung der Kommunen zuständig sind!**“ Dabei stimme ich Verkehrsminister Madsen und Staatssekretär

von der Heide ausdrücklich zu, wenn Sie argumentieren, dass der **Kreis Ostholstein keinen Einfluss auf die Verhandlungen des Staatsvertrages zwischen Deutschland und Dänemark zum Bau der Fehmarnbeltquerung und der Weiternutzung der alten Brücke hatte** und deshalb man „dem Kreis auch nicht die Zuständigkeit für die Fehmarnsundbrücke aufbürden“ könne.

Bereits in meinem Brief vom 30. März an Minister Madsen habe ich argumentiert (Zitat): „Ich stimme Ihnen vollkommen zu, dass der Kreis Ostholstein nicht aktiver Akteur in den politischen Prozessen zwischen Bund, Land und den skandinavischen Nachbarn war und darum nicht verantwortlich ist für die Planungen – sondern im Gegenteil mit den **Menschen entlang der geplanten Güterschwererkehrstrasse Leidtragender der negativen Auswirkungen der Beltquerung und der Hinterlandanbindung.** Allerdings hat das Land Schleswig-Holstein seit über 20 Jahren und bis heute eine sehr aktive Rolle im Planungsprozess der Beltquerung und Hinterlandanbindung gespielt und darum auch eine unmittelbare Verantwortung zur Übernahme finanzieller Lasten, die sich daraus ergeben. Aus meiner Sicht hat sich die Landesregierung – insbesondere, wenn es um den übergesetzlichen Lärmschutz für die Menschen in der Region und zum Schutz des Gesundheits- und Tourismusstandortes geht – bislang in erschreckend geringem Maße mit eigenen Finanzmitteln engagiert. Es wäre nur fair und im kommunalen Interesse



Foto: studio kohlmeier berlin

Ostholsteins – das ich immer vertreten habe –, wenn sich das endlich ändern würde!“

Bei Abschluss des Staatsvertrages wurden die Kosten für die Hinterlandanbindung für den Bundeshaushalt mit 840 Mio. Euro beziffert – heute dürften sich die Kosten auf 4 bis 5 Mrd. Euro belaufen. Angesichts solcher Kostenentwicklungen – an denen das Land Schleswig-Holstein sich mit keinem Cent beteiligt hat – ist es **grotesk zu glauben, dass der Bund jetzt auch noch die spätere Sonderbaulast für die Sundbrücke übernehmen wird, für die es keine Rechtsgrundlage gibt.** Auch die derzeitige Grundinstandsetzung der Sundbrücke mit mindestens 40 Mio. Euro erfolgt allein aus dem Etat der Deutschen Bahn! Deswegen liegt es in der Verantwortung der Landesregierung in Kiel, ihren fairen Anteil an diesem Megaprojekt für die Menschen im Kreis Ostholstein zu leisten! Die Landesregierung soll endlich dem Kreis Ostholstein finanzielle Planungssicherheit geben und die Sonderbaulast für die Sundbrücke übernehmen – das wäre nur fair!

Einige Tages später, am 01. August 2023, **plädierte der CDU-Bundestagsabgeordnete Ingo Gädechens in einer aktuellen Presseerklärung dafür, dass die Fehmarnsundbrücke auch nach Fertigstellung des neuen Sundtunnels als „Ausweichstrecke“ genutzt werden sollte** und behauptete, dass ich angeblich „gegen gute Lösungen für die Insel Fehmarn und Ostholstein arbeite“, weil ich darauf poche, dass die Sundbrücke künftig nur von Rad- und Mofafahrern, Fußgänger und Treckern genutzt werden darf. Im Gegenteil: **Wer sich dafür ausspricht, dass nach der Eröffnung des geplanten Sundtunnels künftig die Fehmarnsundbrücke als „Ausweichstrecke“ für Schienengüter- und Autoverkehr genutzt werden sollte, stellt sich radikal gegen die Lärmschutzinteressen der Menschen in Ostholstein und fällt der 12-jährigen Arbeit des Dialogforums für übergesetzlichen Lärmschutz in den Rücken!** Wenn Ingo Gädechens sich den **Vorschlag der Landesregierung zu eigen macht, die Sundbrücke als „Ausweichstrecke“ für den Güterschwerlast- und Autoverkehr in Bundesverantwortung zu halten, dann bedient er damit die finanzpolitischen Interessen seiner Parteifreunde in Kiel, aber**

tut das auf Kosten der Lärmschutzinteressen der Menschen im Norden Ostholsteins.

De Facto haben Verkehrsministerium und Deutsche Bahn 2019 endlich entschieden, einen Sundtunnel für den Schwerlast- und Autoverkehr zu bauen, wobei gleichzeitig klargestellt wurde, dass künftig die Sundbrücke von 1963 ausschließlich für Langsam-Verkehre wie Trecker, Mofas, Fahrräder und Fußgänger erhalten werden sollte. Diese Entscheidung wurde von den Menschen in der Region einhellig begrüßt, weil nur ein Sundtunnel mit zusätzlichem Lärmschutz den Krach der Güterzüge effektiv „schlucken“ wird. Außerdem freuen sich Einheimische wie Touristen auf eine künftige Sundbrücke nur mit langsamen Verkehren als touristisches Highlight. Es ist positiv, dass die Deutsche Bahn – nach 15 Jahren „Nichtstun“ – jetzt mindestens 50 Millionen Euro in die Instandsetzung der Fehmarnsundbrücke investiert, damit diese als „Wahrzeichen“ Schleswig-Holsteins baulich nachhaltig gesichert ist. Ich erinnere daran, dass bereits 2012 ein Gutachten der DB nachgewiesen hat, dass die Statik der Fehmarnsundbrücke keine Güterschwerzüge tragen kann, ohne irreparablen Schaden zu nehmen. Allein deshalb investiert der Bund jetzt fast eine Milliarde Euro für den Sundtunnel. **In einem Gerichtsvergleich hat die Deutsche Bahn den Kommunen zusichern müssen, dass kein Güterzug über die Hinterlandanbindung fährt, solange der übergesetzliche Lärmschutz nicht überall – inklusive Sundtunnel – zu 100 Prozent baulich umgesetzt ist.**

Dennoch betreibt Verkehrsminister Madsen – auch mit der Unterstützung von Ingo Gädechens – in geheimen Planungszirkeln in Kiel mit der Deutschen Bahn hinter dem Rücken der Ostholsteiner eine Parallelplanung, die **mit der Elektrifizierung der Sundbrücke und der Bäderbahn ermöglichen soll, dass die Güterzüge ab 2029 ohne jeden Lärmschutz durch unsere Region rauschen.** Ich hoffe sehr, dass das Dialogforum in Ostholstein die Folgen dieser skurrilen Planung in Kiel auf die Tagesordnung ihrer nächsten Sitzungen setzt, damit ihre erfolgreiche Arbeit der letzten 12 Jahre nicht im Schlußspurt aus Kiel ad absurdum geführt wird. Für den Kreis Ostholstein ist es elementar, dass das

Land durch Übernahme der Baulast für die Sundbrücke den Kreis auf Dauer von der finanziellen Verantwortung entlastet, da der Bund keine Rechtsgrundlage für die Finanzierung von regionalem Langsamverkehr hat. Ingo Gädechens sollte wissen, dass 2021 bereits der damalige CSU-Verkehrsminister Andreas Scheuer die Bitte des damaligen Verkehrsminister Bernd Buchholz für eine Übernahme der Sonderbaulast für die Sundbrücke durch den Bund abgelehnt hat. **Anstatt den Menschen weiter „Sand in die Augen zu streuen“, sollten Ingo Gädechens, Claus Ruhe Madsen und die Landesregierung lieber Ihrer Verantwortung gerecht werden und sicherstellen, dass kein Güterzug durch Ostholstein fährt, solange der übergesetzliche Lärmschutz an der Hinterlandstrecke – inklusive Sundtunnel – baulich vollständig umgesetzt ist.** Auf die denkmalgeschützte Sundbrücke freue ich mich künftig nur als touristisches Highlight

mit Weitblick über den Norden Ostholsteins.

Klares Votum der SPD Ostholstein

Um meine Argumentation zu unterstreichen, verfasste ich gemeinsam mit dem Kreisvorsitzenden der SPD Ostholstein und Landtagsabgeordneten der Region Niclas Dürbrook drei Anträge für den SPD-Kreisparteitag im AMEOS Klinikum in Neustadt am 24. Juni 2023 zu den Themen Elektrifizierung der Bäderbahn und der Sundbrücke als auch zur Übernahme der Baulast. Alle Anträge wurden mit übergroßer Mehrheit oder einstimmig von den Mitgliedern bestätigt. Ein tolles Zeichen der Geschlossenheit unserer Region! Gemeinsam kämpfen wir für den Schutz der Menschen an der Trasse und für die Sicherung des Gesundheits- und Tourismusstandortes Ostholstein. Alle Anträge können auf meiner Homepage nachgelesen werden.



Foto: studio kohlmeier
berlin

ZUHAUSE UNTERWEGS

mein Wahlkreis zwischen Reinfeld und Fehmarn

Nach Corona gibt es endlich wieder echte Begegnungen in unserer Partei!

In der ersten Hälfte des Jahres 2022 fanden zwei für mich besonders schöne Partei-Jubiläen statt: Es war mir eine Freude – und eine Ehre – meinen langjährigen politischen Wegbegleiter und Freund **Ralf Stegner am 26. März 2022 für 40 Jahre Mitgliedschaft in unserer SPD in seiner Heimat Bordesholm im Kreise seines Ortsvereines mit einer Laudatio ehren zu dürfen.** Noch Corona-bedingt im kleinsten Kreis hatte der Ortsverein trotzdem einen gemütlichen und ehrenvollen Rahmen im komfortablen „Parteibüro“ der SPD-Bordesholm geschaffen. Neben dem Ortsvereinsvorstand habe ich mich besonders gefreut, Ralfs Frau Sibylle wieder zu treffen. 12 Jahre haben Ralf und ich als „Duo“ bis 2019 den SPD-Landesverband Schleswig-Holstein geführt und dabei „Kurs“ gehalten in politisch herausfordernden Zeiten. Daraus ist eine Freundschaft erwachsen, die es ja „angeblich“ in der Politik nicht geben soll. Wir beide sind der Beweis dafür, dass diese Einschätzung falsch ist.

Am 21. Mai 2022 folgte dann mein besonderer Tag mit meinem SPD-Ortsverein Kasseedorf im „Kiek in“ und Ralf Stegner hatte es sich natürlich nicht nehmen lassen, sich an diesem Tag zu „revanchieren“. Bei **Ralfs persönlichen Laudatio für mein 40. Parteijubiläum in der SPD** hatte ich einen ziemlichen Kloß im Hals und erst recht



26.03.2022: Ehrung von Ralf Stegner in Bordesholm

bei den warmherzigen Worten von **meiner lieben Landtagskollegin Sandra Redmann**, mit der mich seit über 20 Jahren eine echte Freundschaft verbindet. Unser **langjähriger Ortsvereinsvorsitzender Günter Maaß** erhielt **ebenso für 50 Jahre Parteimitgliedschaft in der SPD eine wunderbare Ehrung** und viele liebevolle Geschenke. Das Matjesessen mit Klönschnack ging später noch bis kurz vor Mitternacht. Dieser Ortsverein in Kasseedorf ist einfach meine politische Heimat!



21.05.2022: Meine Ehrung für 40 Jahre Mitgliedschaft in der SPD und Günter Maaß wurde sogar für 50 Jahre im Beisein unseres Ortsvereines geehrt.



18.09.2022: 1. Fraktionsfrühstück seit Corona in Schönwalde mit über 45 Gästen (Foto: Hakan Özoglan)

Am 18. September 2022 war es nach der langen Corona-Pandemie endlich wieder einmal so weit: Mein **traditionelles SPD-Frühstück konnte erstmals wieder stattfinden**, zu dem ich seit 20 Jahren in lockerer Atmosphäre jeweils am Sonntag um 10:00 Uhr aktive Mitglieder aus interessierten SPD-Ortsvereinen in meine Bungsberg-Heimat einlade. In der Vergangenheit fand das Frühstück auch im Feuerwehr-gerätehaus in Sagau statt. Dieses Mal hatte „mein“ Team mit Angela Hüttmann und Kubra Oruc (Büro Berlin) **in der Schönwalder „Klönstuu“** die Tische liebevoll für ein üppiges Frühstück eingedeckt, das für alle Geschmäcker etwas Frisches im Angebot hatte. Gemeinsam mit unseren „frisch“ gewählten SPD-Landtagsabgeordneten Sandra Redmann und Niclas Dürbrook freuten wir uns über eine **riesige Resonanz mit 45 Gästen**. So viele waren wir noch nie! Und auch die lebhafte Diskussion, die vielen munteren Fragen und Statements zeigten ganz klar: **ALLE** hatten sich nach persönlichem Austausch anstatt nur WebEx- und Zoom-Konferenzen geseht. Auf vielfachen Wunsch vereinbarten wir darum auch gleich einen Termin für **ein weiteres SPD-Frühstück, zu dem ich mit meinem Team am Sonntag, den 13. November 2022 ins Kasseedorfer „Kiek In“** mit frischen Brötchen und reichem Frühstücksbüfett einlud.

Gekommen waren wieder rund 30 langjährig Aktive

aus der Kommunalpolitik ebenso wie Neumitglieder, die wir natürlich immer besonders gerne begrüßen. Während unsere Gäste frühstücken, beginne ich stets – ebenso wie danach die Landtags-abgeordneten aus Kiel – mit meinem aktuellen „Bericht aus Berlin“. Die Entwicklung im Ukraine-Krieg stand erneut im Mittelpunkt vieler Gespräche und so habe ich natürlich auch über meine Dienstreise zehn Tage zuvor in die Ukraine und nach Moldau berichtet, die mich tief bewegt hat. Moldau hat als ärmstes Land in der Europäischen Union mit einer Inflation von damals 36 Prozent dennoch im Verhältnis zur Bevölkerungszahl mit Abstand die meisten ukrainischen Flüchtlinge weltweit bei sich aufgenommen. Die Solidarität ist dort ungebrochen, aber riesig ist dort vor allem die Angst vor einem Überfall Putins auf das kleine Land in direkter Nachbarschaft des Krieges. Natürlich waren auch Infos über aktuelle Erfolge aus den Haushaltsverhandlungen wie die 100 Mio. Euro für die Beauftragung einer Plattform zur Bergung von Munitionsaltlasten



18.09.2022: Wiedersehensfreude beim 1. Fraktionsfrühstück (Foto: Hakan Özoglan)



13.11.2022:
„Volles
Haus“ beim 2.
Fraktionsfrühstück
im „Kiek in“

in unserer Ostsee von Interesse, ebenso wie die aktuellen Maßnahmen zur Energie- und Strompreislösung oder zum Bürgergeld und zur „Wohngeldreform“. Ich bin glücklich, dass ich nach der Corona-Abstinenz endlich wieder zu meinen SPD-Frühstücksrunden einladen kann! Die gut zweieinhalb Stunden vergehen immer wie im Flug.

Am 02. Juli ab 11:00 Uhr hatten mich **Martina und Stefan Grell** – wie schon 2017 und 2021 – zum **„Demokratie-Klönnschnack“** in ihren Garten nach Kesdorf/ Gemeinde Süsel eingeladen, wozu die beiden als Tischlereibetrieb dann gerne Handwerkskollegen oder Kameradinnen und Kameraden aus der Feuerwehr, Nachbarn und Bekannte einladen. Bei Grillwurst und Kuchen erzähle ich „locker vom Hocker“ aus dem Politikalltag in Berlin, informiere über viele aktuelle Themen und beantworte vor allem alle Fragen ohne jedes Tabu – daraus entsteht dann in der Regel eine spannende Diskussion mit den Gästen aus allen Generationen. Auch an diesem letzten Sonntag ließen sich knapp 20 Gäste nicht von Regen und Wind abhalten, denn gut „beschildert“ konnten wir im idyllischen Garten von Martina und Stefan Grell sitzen und uns fast 4,5 Stunden intensiv austauschen: Fragen von Bildung, Gesundheit, Pflege und Rente über Verteidigungsausgaben, Klimaschutz und Steuerpolitik waren ebenso dabei wie die Sorgen über den Bestand der Demokratie und des Friedens. Ich habe mich wieder riesig über die Einladung nach Kesdorf gefreut und genieße regelmäßig dieses Gesprächsformat in lockerer Atmosphäre.

Liebe Martina und lieber Stefan, vielen Dank für eure Gastfreundschaft und die schönen Stunden in euerem Garten!



02.07.2023: Erika Schlichtig, Mutter von Martina Grell und bekannt von ihrem Instagramkanal „grenzenlos.pflege.mal.anders“



02.07.2023: „Demokratie-Klönnschnack“ im Garten von Martina und Stefan Grell

Begegnungen und Gespräche in den Kommunen – eine wichtige Tradition

Es ist längst gute Tradition für mich seit fast 20 Jahren, in regelmäßigen Abständen alle Rathäuser oder Amtsverwaltungen in Ostholstein und Nordstormarn zu traditionellen „Rathausgesprächen“ als Gast der Kommunalpolitik zu besuchen. Ich habe dann stets reichlich Zeit „im Gepäck“ für viel Information und den persönlichen Gedankenaustausch über alle Fraktionsgrenzen hinweg. Bei diesen „Rathausgesprächen“ sind stets Stadt- oder Gemeindevertreterinnen und -vertreter aller Fraktionen eingeladen sowie Beschäftigte der Rathausverwaltung, damit wir uns gemeinsam über Problemstellungen in den Kommunen und die wichtigsten Herausforderungen vor Ort auszutauschen können. Natürlich habe ich auch stets reichlich Information über Gesetze und Vorhaben aus Berlin „im Gepäck“, die für die Kommunen interessant sein können. Da ich selbst von 1997 bis 2003 ehrenamtliche Bürgermeisterin in Kasseedorf und Amtsvorsteherin im damaligen Amt Schönwalde war, weiß ich relativ genau, wo vor Ort „der Schuh drückt“.

Sokönnte ich im Sommer 2021 – nach den ersten „Corona-Wellen“ und direkt vor der nächsten „Welle“ im Herbst und Winter – noch etliche „Rathausgespräche“ im Wahlkreis absolvieren. Besonders hat es mich gefreut, dass ich am **09. August 2021 endlich meinen „Antrittsbesuch“ bei dem damals gerade seit einem Jahr im Amt befindlichen Bürgermeister der Stadt Reinfeld Roald Wramp** machen konnte, an dem auch die stellv. Bürgervorsteherin Lisa-Marie Zielke sowie Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen der Stadt Reinfeld teilnahmen. Themen waren insbesondere die Situation während der Corona-Pandemie und die Finanzierung der Kommunen mit ihren vielfältig wachsenden Aufgaben: Dabei standen die Versorgung der Kinder mit Krippen- und Kitaplätzen sowie die wachsende Nachfrage der Eltern nach qualitativ guter Ganztagsbetreuung auch an den Grundschulen samt Digitalisierung

für alle Klassen und Schularten im Mittelpunkt. Wir hatten uns eine spannende Tagesordnung für die zweieinhalb Stunden vorgenommen. Die Zeit verging wie im Flug und ich komme gerne wieder, denn der direkte „Draht“ zur Kommunalpolitik ist mir immer besonders wichtig gewesen: In den Städten und Gemeinden wird maßgeblich über die Lebensqualität der Menschen vor Ort entschieden – über die Förderung von Vereinen und Verbänden, über Kita und Schule, über die Unterstützung der Senioren und passgenaue Ausweisungen für sowohl Baugebiete wie auch für Gewerbeansiedlungen. Reinfeld hat – im „Speckgürtel“ von Lübeck – viele Chancen! In den letzten Jahren der Großen Koalition hat der Bund viel für die Unterstützung der Kommunen geleistet und dafür mehrfach das Grundgesetz geändert. **Als die Städte und Gemeinden in der Pandemie 2020 von dramatisch sinkenden Gewerbesteuereinnahmen getroffen wurden, hat der Bund mit den Ländern beschlossen, die prognostizierten Gewerbesteuerausfälle von über 13 Mrd. Euro zu kompensieren.** Die Gewerbesteuerausfälle waren glücklicherweise deutlich geringer ausgefallen als befürchtet, aber trotzdem hat der **Bund seinen Anteil von über 6,7 Mrd. Euro im Herbst 2020 an die Länder überwiesen. Fraglich blieb immer für mich, was eigentlich aus dem Länderanteil von 6,7 Mrd. Euro geworden ist, der leider vermutlich im Landeshaushalt „schlummert“** anstatt – wie vereinbart – die Kommunen finanziell



09.08.2021: „Rathausgespräch“ mit Roald Wramp in Reinfeld mit Mitgliedern aller Fraktionen



11.08.2021:
Rathausgespräch im
Klosterkrug in Cismar
mit Bürgermeister
Mark Burmeister aus
Grömitz und Dieter
Knoll aus Dahme sowie
den Fraktionen der
Gemeindevertretungen

zu entlasten. Außerdem übernimmt der **Bund künftig auf Dauer 74 Prozent (statt 49 Prozent) der Unterkunfts- und Heizkosten (KDU)** für Empfängerinnen und Empfänger der Grundsicherung und **entlastet damit alle Kreise** – also auch Ostholstein und Stormarn – ganz erheblich. Daher wäre es angemessen, wenn die Kreise ihre aktuelle Kreisumlage zur Entlastung der Städte und Gemeinden schneller und deutlicher senken würden. Zum Vergleich: **2010 betrug der KDU-Anteil des Bundes noch magere 23 Prozent – 77 Prozent trugen die Kreise und kreisfreien Städte.**

Am **11. August 2021** war ich zum „Rathausgespräch“ im Klosterkrug in Cismar als Gast der Bürgermeister Mark Burmeister aus Grömitz und Dieter Knoll aus Dahme mit allen Fraktionen beider Kommunen geladen. Erneut vergingen die vereinbarten gut zwei Stunden wie im Flug. Und auch hier war das Gespräch offen, informativ und herzlich. Ein großes Thema für die Kommunen an der Küste ist der **Mangel an bezahlbarem Wohnraum** für Einheimische und speziell für junge Familien sowie für die Beschäftigten in den Dienstleistungs- und Tourismusbetrieben. Auch wenn in unserem Föderalismus eigentlich die Länder für die **Förderung des sozialen Wohnungsbaus** zuständig sind, haben wir bereits in der Großen Koalition zusätzliche Milliarden an Förderung für bezahlbaren Wohnraum beschlossen, das zur Förderung von sozialem Wohnungsbau seitdem bereitsteht. Aber Fakt ist: Das Geld fließt nur sehr schleppend ab, weil viele Kommunen es nicht schaffen, z.B. über kommunale

Wohnungsbaugenossenschaften den Bau von Wohnungen energisch zu beschleunigen, während gleichzeitig in vielen Orten leider eine ausreichende Baulandbevorratung fehlt. Hier haben die Gemeindevertretungen in den Kommunen den wichtigsten „Schlüssel“ selbst in der Hand. Wo große Investoren Schlange stehen, um in Ostholstein an lukrativer Stelle millionenschwere Investitionsobjekte bauen zu wollen, können diese verstärkt von den Gemeinden vertraglich verpflichtet werden, gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum für ihre Beschäftigten zu schaffen. Aber auch die dazugehörige Infrastruktur mit Kitas und Schulen mit ganztägigen Betreuungsangeboten spielt gerade für die Eltern, die in der Tourismusbranche arbeiten, eine wesentliche Rolle. Auch der gravierende Fachkräftemangel in unserer Tourismusregion Ostholstein bleibt ein Thema, was nicht nur den Arbeitgebern, sondern auch den Gemeinden „unter den Nägeln brennt“. Viele Fachkräfte in Gastronomie und Hotelgewerbe haben sich in den Monaten des Lockdowns – in denen sie quasi einem Berufsverbot unterlagen – neue Arbeitgeber gesucht und kehren nun nicht mehr in vorige Beschäftigungsfelder zurück. Höhere Löhne allein reichen nicht aus, um die Arbeit in Gastronomie und Dienstleistung attraktiver zu machen – auch das Lebensumfeld muss für die Menschen in der Dienstleistungsbranche „stimmen“. Danke für die Einladung nach Cismar – es war wieder ein guter Gedankenaustausch in freundschaftlicher Atmosphäre!

Jedes Jahr informiere ich alle

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in meinem Wahlkreis mit einem persönlichen Brief über die kommunalen Förderprogramme des Bundes, die der Haushaltsausschuss beschließt. Darin sind Informationen zu den Förderbedingungen, Antragsfristen und die Bitte, mich über ihre Anträge zu informieren, damit ich mich in Berlin für sie stark machen kann. Die Resonanz darauf ist leider nicht immer sehr groß, aber im August 2022 meldete sich **Bürgermeisterin Julia Samtleben aus Stockelsdorf, die mit ihrem engagierten Rathaus-Team eine tolle Projekt-Idee für ein klimapolitisch relevantes und ökologisches „Leuchtturm-Projekt“ entwickelt hatte**, nachdem die „in die Jahre gekommene“ Großsporthalle vor zwei Jahren bei einem Starkregen vollkommen mit Wasser vollgelaufen war. Dadurch entstand ein massiver Schaden – nicht nur im Hallenbodenbereich. Die Versicherung zahlte damals zwar widerspenstig, aber bei einer Wiederholung eines solchen Starkregens wäre die Gemeinde vermutlich nicht versichert, denn die Großsporthalle liegt in einer Senke umgeben von versiegelten Flächen und „läuft bei Starkregen voll wie eine Badewanne“. Also muss das Problem mit großflächiger Entsiegelung, Wasserführung und Beschattung der Außenflächen wie auch mit Dämmung und Begrünung von Dach und Wänden sowie vielen weiteren Maßnahmen gegen die Hitze im Sommer und zur Senkung der Heizkosten im Winter angegangen werden. **Am 18. August 2022 war ich Gast im Stockelsdorfer Rathaus der Bürgermeisterin gemeinsam mit dem innovativen Verwaltungsteam und vielen Gemeindevertreterinnen sowie -vertretern.** Ich war sofort begeistert von dem zukunftsweisenden Konzept, das mir vorgestellt wurde. In der weiteren Erarbeitung der Projektunterlagen stellte sich der finanzielle Umfang allerdings mit insgesamt über 11 Mio. Euro dar, der für Stockelsdorf nur mit massiver Bundesförderung umgesetzt werden kann. Der Bund fördert derartige,

klimapolitische „Leuchtturmprojekte“ zwar grundsätzlich mit bis zu 85 Prozent, aber mit nicht mehr als ca. 6 Mio. Euro. Bei der Bundesförderung aus dem Etat 2022 war Stockelsdorf noch nicht dabei, aber ich setze mich dafür ein, dass es 2023/2024 hoffentlich etwas wird. Das wäre eine wirklich nachhaltige Investition!

Am 9. März 2023 war ich erneut zu Gast im Rathaus in Stockelsdorf bei Bürgermeisterin Julia Samtleben. Mit im Gepäck hatte ich die Glückwünsche zur Bundesförderung von über 93.000 Euro für die Kinder- und Jugendarbeit 2023 für Stockelsdorf. Kern des Gespräches war allerdings, wie die Rathausverwaltung den Antrag auf Bundesförderung für die Großsporthalle sinnvollerweise eventuell so „abspecken“ kann, dass bei einer maximalen Bundesförderung von max. 6 Mio. Euro die Gemeinde selbst den Restbetrag dennoch „wuppen“ kann. Ich drücke die Daumen und setze mich dafür ein, dass der Bund die Förderung für dieses einzigartige Projekt bewilligt.

Am 17. Mai 2023 war ich spontan als Gast des SPD-Bürgermeisters Udo Gosch und aller Fraktionen in der Gemeinde Sierksdorf eingeladen, um gemeinsam mit ihnen die anstehende Beschlussfassung der Gemeindevertretung am 24. Mai für eine neue „Akzeptanzlösung“ zu besprechen, bei der es um die aktuellen Vorschläge der Deutschen Bahn zu übergesetzlichem Lärmschutz im Zuge der Hinterlandanbindung der Beltquerung ging. Unser Gespräch war



09.03.2023: Vorstellung der überarbeiteten Pläne zur neuen Großsporthalle in Stockelsdorfer Rathaus mit Bürgermeisterin Julia Samtleben und ihrem engagierten „Rathausteam“

sehr fruchtbar, und ich bin immer wieder dankbar dafür, wie offen ich auch von den Vertreterinnen und Vertretern der anderen Fraktionen sowie der Bürgerinitiativen zu solchen Gesprächen empfangen und um Rat gefragt werde. Die Gemeindevertretung hat am 24. Mai EINSTIMMIG den Beschluss gefasst, den auch ich empfohlen hatte. Ausführliche Informationen finden sich in dem Kapitel „Die Beltquerung – Neues von der Hinterlandanbindung“ in diesem Rechenschaftsbericht.

Zu diesem Jahresbeginn konnten auch **endlich wieder viele Neujahrs- oder Frühlingsempfänge der Städte und Gemeinden erstmalig nach zwei Jahren Corona-Abstinenz stattfinden** und über die Begegnungen dort mit so vielen Bürgerinnen und Bürgern, mit Vereinen und Verbänden und der Kommunalpolitik war ich sehr glücklich. Der **Neujahrsempfang der SPD in Oldenburg – traditionell mit „Rotem Sekt und Rollmops“ machte am 03. Januar** den Anfang und war schön wie immer. Die **Stadt Neustadt lud am 08. Januar mit Bürgermeister Mirko Spieckermann** in die Mensa der Jakob-Lienau-Schule ein. Die **Einladung der Gemeinde Scharbeutz von Bürgermeisterin Bettina Schäfer folgte ich am 14. Januar ins Haffhuus nach Haffkrug** und am 15. Januar konnte ich in Eutin in der **Oberst-Herrmann-Kaserne den „frisch“ im Bürgermeisteramt angekommenen Sven Radestock** sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Bundeswehr begrüßen und viele gute Gespräche führen. **Am 22. Januar** fand der Jahresauftakt auch endlich wieder in gewohnter Form **in Süsel im Vereinsheim des TSV** statt – wie immer mit unserer „starken Truppe“ der SPD in Süsel.



14.01.2023: Neujahrsempfang in Haffkrug mit Jürgen Brede, Joerg Schimeck-Brede und Sandra Redmann



22.01.2023: Neujahrsempfang in Süsel mit Dirck Maas (Mitte) und Udo Gosch, Bürgermeister Sierksdorf

Manche haben in diesem Jahr 2023 aber auch **aus dem Neujahrs- einen Frühlingsempfang gemacht**, um die Tücken der vielen Gäste in geschlossenen Räumlichkeiten in der Grippezeit zu vermeiden. Und so freute ich mich **am 5. März riesig auf den Frühlingsempfang der Stadt Oldenburg von Bürgermeister Jörg Saba in der nagelneuen Aula bzw. des „Stadttheaters“**. Für die sehr starke finanzielle „Spritze“ des Bundes für diesen multifunktionalen Veranstaltungsraum habe ich mich damals erfolgreich in Berlin eingesetzt. Auch der **Empfang der SPD Bad Schwartau am 02. April im Gymnasium am Mühlenberg** mit einer fulminanten Rede des Lübecker Bürgermeisters Jan Lindenau und vielen lieben Gästen bei Kaffee und Kuchen war wieder ein absolutes „Highlight“.



08.01.2023: Neujahrsempfang der Stadt Neustadt mit Bürgermeister Mirko Spieckermann und Niclas Dürbrook



02.04.2023: Frühlingsempfang der SPD Bad Schwartau mit Bürgermeister Jan Lindenau aus Lübeck

Zum Jahreswechsel ein Signal der Wertschätzung: Acht Besuche bei allen aktiven Ehrenamtlern der Tafeln zwischen Reinfeld und Fehmarn

Insgesamt acht „Tafeln“ gibt es – teils seit Jahrzehnten – in meinem Bundestagswahlkreis in Ostholstein und Nordstormarn – und alle acht besuchte ich zum Jahreswechsel, um das gewaltige ehrenamtliche Engagement der freiwillig Mitarbeitenden vor Ort zu würdigen und die Öffentlichkeit auf deren unschätzbare Hilfe für eine ständig wachsende Anzahl von Familien und älteren Menschen aufmerksam zu machen. Leider musste ich bei meinen Besuchen auch erfahren, dass es an einigen Orten Tafel-Arbeit gibt, die keineswegs ausreichend von der Heimat-Kommune unterstützt wird und wo die überwiegend 60- bis 80-jährigen Helferinnen und Helfer unter teils unzumutbaren Bedingungen ihre körperlich schwere Arbeit über viele Stunden rein ehrenamtlich machen, ohne dafür von den kommunalen Gremien und Verwaltungen angemessen gewürdigt zu werden. Das ist erschreckend. Was mir bei allen Tafeln dennoch begegnet ist: Freude an der gemeinsamen Arbeit, die zu Recht als sinnstiftend empfunden wird, ein herzliches Miteinander innerhalb der „Tafel-Crew“ und eine große Verantwortung und Empathie gegenüber den Kundinnen und Kunden. **Als persönliches Zeichen meiner Wertschätzung habe ich zu jedem meiner acht Tafelbesuche eine Lebensmittelsachspende in Höhe von 200 Euro übergeben.** Das hat natürlich alle gefreut – aber fast größer war die Freude darüber, dass **ich mir für jeden Besuch zwei Stunden Zeit zum Gespräch mit denjenigen genommen habe, auf deren Schultern die ganze Verantwortung ruht. „On Top“ werden mich viele dieser Ehrenamtlichen für jeweils drei Tage mit meinen Besuchergruppen in Berlin als kleine „Anerkennung“ und „Dankeschön“ für ihre selbstlose Arbeit besuchen.**

In der Vorweihnachtswoche traf ich mich mit den freiwilligen Tafel-Teams in Eutin, Ahrensböök, Neustadt und Heiligenhafen und vier weitere Tafeln standen in der zweiten

Januarwoche auf meinem „Programm“. Die Tafeln in unserer Region leisten seit zwei Jahrzehnten kontinuierlich Großartiges und sind rein ehrenamtlich organisiert. **Aber seit März 2022 hat sich die Anzahl der bedürftigen Familien und Alleinstehenden mit den Geflüchteten aus der Ukraine um mindestens 50 Prozent erhöht, teilweise sogar verdoppelt. Und da aufgrund der Inflation und den steigenden Energiepreisen auch bei den Einheimischen die Not, den täglichen Bedarf für die Familie zu decken, leider steigt, spüren die Ehrenamtlichen bei den Tafeln einen wachsenden Druck, der sie an ihre Grenzen und teils darüber hinausbringt. Gleichzeitig nehmen die Lebensmittelmengen, die von den Discountern und anderen Betrieben abgegeben werden, eher ab, so dass der Aufwand, genügend Lebensmittel an Bedürftige weitergeben zu können, gleichzeitig zunimmt.**

Aus meiner Sicht wird dieser unschätzbare Einsatz von hunderten von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern allein in unserer Region zu oft zu wenig gewürdigt, weshalb ich mir ein persönliches Bild im Gespräch von den immer schwieriger werdenden Bedingungen vor Ort verschaffen wollte.

Am **19. Dezember 2022**, ab 10:00 Uhr startete ich meine „Tour“ bei der **Eutiner Tafel**, die **an sechs Tagen pro Woche ihre Türen öffnet, sich über 70 ehrenamtlich engagierte Unterstützerinnen und Unterstützer** freuen kann und seit 26 Jahren kontinuierlich Haushalte aus der Umgebung unserer Kreisstadt unterstützt. **1.000 Personen**



19.12.2022: Die Vorsitzende Monika Gertenbach und Vorstandsmitglied Jochen Detlefs von der Eutiner Tafel

erhalten regelmäßig Hilfe – darunter ein Drittel Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren. Ich bin seit über 20 Jahren selbst Mitglied der Eutiner Tafel und dankbar für diese tolle Arbeit der vielen Freiwilligen. Für den Vorstand konnte ich Monika Gertenbach und Jochen Detlefs in einem zweistündigen Gespräch für ihr ganzes Team meine persönliche Wertschätzung ausdrücken. Besonders froh ist die Eutiner Tafel, dass die aktuell vier Beschäftigten, die fest angestellt sind und überwiegend über das Jobcenter finanziert werden, sich auch 2023 keine Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen müssen, nachdem der **Haushaltsausschuss die aktive Arbeitsmarktpolitik mit insgesamt 500 Mio. Euro für 2023 gestärkt** und die Kürzungen des Finanzministeriums damit zurückgenommen hat. Besonders beeindruckt hat mich, dass unter den 70 ehrenamtlich Engagierten, die Woche für Woche unermüdlich mit anpacken, Menschen aus 12 verschiedenen Herkunftsländern arbeiten und sich dadurch perfekt integrieren.

Am **frühen Nachmittag desselben Tages** startete ich weiter nach **Ahrensböck**, wo mich ab 14:00 Uhr der **Vorsitzende der dortigen Tafel Johann Rademacher mit seinem Stellvertreter Bernd Ruschenski sowie zahlreichen Helferinnen und Helfer erwartete.** Auch in Ahrensböck erlebte ich gemeinsam mit Mitgliedern des dortigen SPD-Ortsvereins zwei Stunden ein reges Kommen und Gehen der vorbestellten Kunden, die von den Ehrenamtlichen professionell und liebevoll mit allem bedient wurden, was die familiäre Versorgung im Alltag erleichtert. **In Ahrensböck arbeiten**



21.12.2022: Besuch der Tafel Neustadt in Begleitung meiner SPD-Ortsvereine Neustadt, Grömitz und Schönwalde

derzeit 36 ehrenamtlich Mitarbeitende, um montags, mittwochs und freitags insgesamt rund 360 Erwachsene und 170 Kinder mit Lebensmitteln zu versorgen – dabei gibt es sogar einen Bring-Service für diejenigen, die in den Dörfern ringsum leben und den Weg zur Tafel-Ausgabe allein nicht mehr schaffen. Besondere Freude haben auch die liebevoll eingepackten Weihnachtsgeschenke bereitet, die gezielt von Spendern für die

Kunden gepackt worden waren. Mein herzliches Dankeschön habe ich stellvertretend für all diese fleißigen Unterstützer an den Vorsitzenden Johann Rademacher und seinen Stellvertreter Bernd Ruschenski überbracht.

In Neustadt am 21. Dezember 2022 waren außer dem Tafel-Vorstand mit dem **1. Vorsitzenden Olf Leder und seiner Stellvertreterin Verena Treppe** auch diejenigen dabei, die **mit Hilfe der Neustädter Tafel die wöchentlichen Ausgabestellen**



19.12.2022: Vorstandsmitglieder der Tafel Ahrensböck mit Johann Rademacher und Mitgliedern des SPD-Ortsvereins

in Grömitz, Schönwalde und Timmendorfer Strand ehrenamtlich bedienen. Ich habe mich gefreut, dass „meine“ SPD-Ortsvereine Neustadt, Grömitz und Schönwalde mich begleitet haben! **Rund 70 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sorgen dafür, dass pro Woche 10 bis 12 Tonnen Lebensmitteln von über 30 Supermärkten, Bäckereien, Tankstellen und Marktbeschickern abgeholt, sortiert und an fünf Ausgabeterminen an Bedürftige verteilt werden.** Der täglich wechselnde Mittagstisch im „Bürgertreff“ wird insbesondere von Seniorinnen und Senioren gut angenommen. **Zu Schulzeiten werden dort zusätzlich täglich 110 Brötchen für den „Frühstücksexpress“ geschmiert,** die an die Kinder in der Steinkamp-Schule und in der Gemeinschaftsschule kostenlos verteilt werden, die ohne Frühstück zum Unterricht kommen.

Am **22. Dezember** beendete ich meine „Tafel-Tour“ für das Jahr 2022 **gemeinsam mit der SPD-Kreisvorsitzenden Gabriele Freitag-Ehler mit einem zweistündigen Besuch bei der Tafel Heiligenhafen,** die von der Evangelischen-Lutherischen Kirchengemeinde getragen wird und einen beeindruckenden Abschluss meiner vorweihnachtlichen Tafel-Tour bildete. Derzeit engagieren sich **neben drei Power-Frauen, die als Vorsitzende der Tafel fungieren, 38 weitere ehrenamtliche Menschen mit ganzem Herzen, um sich tatkräftig für Bedürftige in Heiligenhafen einzusetzen. Die Vorsitzenden Monika Knoepfle, Francesca Schultz und Sonja Kunert** konnten uns gemeinsam mit anderen, die vor allem den wichtigen Fahrdienst zuverlässig aufrechterhalten, einen informativen Einblick in die Arbeit der Tafelarbeit in Heiligenhafen geben. **Bis Ende Februar 2022 versorgte die Tafel Heiligenhafen rund 50 Haushalte – seit dem russischen Angriffskrieg hat sich diese Anzahl auf mittlerweile 135 Haushalte mit insgesamt 380 Menschen mehr als verdoppelt.** Deshalb gibt es derzeit auch drei, statt wie bisher zwei Ausgabetermine, was eine großartige Leistung ist, die das Team in Heiligenhafen Woche für Woche erbringt. Highlight für viele war die großartig



22.12.2022: Besuch der Tafel Heiligenhafen um Vorsitzende Monika Knöpfle mit der SPD-Kreisvorsitzenden Gabriele Freitag-Ehler

organisierte Weihnachtsfeier der Tafel in diesem Jahr, für die das Tafel-Team fast 80 große Weihnachtstüten für die Haushalte gepackt hatte.

Vier weitere Tafeln – Bad Schwartau, Reinfeld, Fehmarn und Oldenburg – standen in der zweiten Januarwoche 2023 auf meinem „Programm“. Am **09. Januar 2023** startete ich um 11:30 Uhr bei der **Tafel in Bad Schwartau mit meinem vollgepackten PKW mit den vorbestellten Lebensmittelpenden von je 200 Euro zu einem zweistündigen Besuch der Tafel Bad Schwartau** gemeinsam mit meiner Landtagskollegin **Sandra Redmann** sowie **vielen SPD-Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern aus Bad Schwartau, Stockelsdorf und Ratekau,** wo wir von der **Tafel-Crew mit Betty Kloss und Hildegard Engelbrecht** herzlich begrüßt wurden. Außerdem war **Wolfgang Dunker als Vorsitzender des örtlichen Tafel-Trägers AWO** anwesend und informierte uns über die Schwierigkeiten, mit denen die Tafel vor Ort zu kämpfen hat: Schon auf den ersten Blick war ich von den **unzulänglichen Räumlichkeiten** der Tafel in Bad Schwartau schwer erschüttert. In größter Enge ohne Barrierefreiheit werden die Anlieferung der Lebensmittel, die aufwendige Sortierung und Lagerung und die Ausgabe an die Kunden durch die freiwilligen Helferinnen und Helfer unter vollkommen

katastrophalen Bedingungen gemangt. Die Tafel in Bad Schwartau versorgt nicht nur die eigene Bevölkerung, sondern auch die Bedürftigen aus Stockelsdorf und Ratekau und hat deshalb mit **ca. 50.000 Einwohnern mit Abstand den bevölkerungsreichsten Zuständigkeitsbereich aller Tafeln in Ostholstein und Reinfeld**. Die Ehrenamtlichen arbeiten täglich über viele Stunden, um die Lebensmittel-Vernichtung zu stoppen und Familien und Alleinstehende in dieser Zeit der galoppierenden Preise zu unterstützen. **Derzeit versorgt die Tafel Bad Schwartau rund 850 Personen pro Woche mit Lebensmitteln. Es ist unglaublich beeindruckend mit wie viel Herzblut und Elan die knapp 35 – überwiegend älteren – Ehrenamtlichen trotz der widrigen räumlichen Umstände hier arbeiten, um anderen zu helfen.** Die älteste Ehrenamtliche, die kräftig mit anpackte, ist 86 Jahre – da ist es wirklich beschämend, wie diesen freiwillig Engagierten ihre Arbeit wegen fehlender Unterstützung der Kommunen erschwert wird. **Ich hoffe, die Kommunalpolitik in Bad Schwartau, Stockelsdorf und Ratekau findet gemeinsam endlich einen würdigen Standort.**

Ab 14:00 Uhr folgte mein insgesamt bisher sechster Tafel-Besuch seit dem 19. Dezember in Reinfeld – und auch dort natürlich mit Lebensmittelspenden von 200 Euro im Gepäck. **In Reinfeld kümmert sich die beeindruckend große Zahl von rund 80 – überwiegend älteren – freiwillig Engagierten unter der**



09.01.2023: Mit SPDlern aus Reinfeld und Lebensmittelspende bei der Reinfelder Tafel

Leitung der Tafel-Vorsitzenden Hannelore Meyer darum, dass vom Verderben bedrohte Lebensmittel „gerettet“ werden. Auch in Reinfeld und Nordstormarn musste die Tafel 2022 über 40 Prozent zusätzliche Haushalte im Vergleich zum Vorjahr versorgen – konkret waren es 273 Haushalte mit 4873 Personen. Besonders gefreut hat mich, dass **der 1. stellvertretende SPD-Kreispräsident Heinz Hartmann** mitteilte, dass der Kreis Stormarn 2023 die Arbeit der neun Tafeln mit 100.000 Euro unterstützen wird, während in Ostholstein erst auf Antrag der SPD 35.000 Euro für 2023 im Kreishaushalt bewilligt wurden. Die Einsatzpläne der Freiwilligen koordiniert Ulrike Liese, die sich mit der Reinfelder Tafel-Crew über perfekt geeignete Räumlichkeiten in einem ehemaligen Geschäft in der Joachim-Mähl-Straße freuen kann. Ebenso wie die Tafeln z.B. in Ahrensböök, Eutin und Neustadt sind diese **optimal ausgestattet: Es gibt ausreichend Lagerplatz, eine professionelle Kühlzelle, Platz für eine würdige und geordnete Ausgabe, Barrierefreiheit und Parkmöglichkeit auch für die Anlieferung der Lebensmittel.** Mit Bürgervorsteher Gerd Hermann und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Reinfelds Rolf Hanf danke ich allen ehrenamtlich bei der Tafel Engagierten von ganzem Herzen für ihre wertvolle soziale



09.01.2023: „Tafelbesuch“ mit Sandra Redmann, den Engagierten der Tafel in Bad Schwartau sowie den Aktiven der SPD vor Ort

Arbeit, die leider häufig öffentlich nicht so wertgeschätzt wird, wie sie es verdient hätte.

Am 10. Januar 2023 um 13:30 Uhr begrüßte mich die Vorsitzende der Tafel Fehmarn, Angelika Fleth, mit ihrer Helfer-Crew. Gemeinsam mit meinen SPD-Kollegen Heinz-Jürgen Fendt und André Steffen aus dem SPD-Ortsverein Fehmarn besuchten wir die Tafelausgabe in Burg mitten im aktiven Einsatz: **Der resolute Einsatz von Angelika Fleth hat mich sehr beeindruckt, da Sie die ganze Arbeit mit nur 13 (!) Unterstützerinnen und Unterstützern unter allergrößten Herausforderungen großartig „am Laufen“ hält.** Im Vergleich zu meinen anderen Tafel-Besuchen in Ostholstein ist das eine vergleichsweise kleine Zahl von Ehrenamtlichen, aber in den vorhandenen – leider nicht idealen – Räumlichkeiten wäre auch eine größere Anzahl von Helferinnen und Helfern kaum gleichzeitig einsetzbar. **Auch sie und ihr Helfer-Team wünschen sich darum vor allem geeignetere Räumlichkeiten zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, denn der jetzige Standort am Friedhof ist aus vielen Gründen nicht optimal: Zum Beispiel sind die Räume nicht beheizt, während die dort freiwillig arbeitenden Frauen manchmal sechs bis sieben Stunden Lebensmittel sortieren, wegräumen und dann wiederum an wartende Kunden verteilen.** Auch auf Fehmarn sind immer mehr Menschen auf die Hilfeleistungen der Tafel angewiesen. Im Jahr 2022 sind knapp 40 ukrainische Familien zu den anderen Bedürftigen hinzugekommen, sodass die Tafel Fehmarn mittlerweile bis zu 420 Personen wöchentlich mit Lebensmitteln versorgt.



10.01.2023: Besuch der Tafel auf Fehmarn mit „Tafel-Chefin“ Angelika Fleth (mitte)

Mein anschließender **Besuch bei der Tafel in Oldenburg** zeigte, dass deutlich professionellere und großzügigere Räumlichkeiten für die Tafel-Beschäftigten deren Arbeitsbedingungen sehr erleichtern können. **Von den ersten beiden Vorsitzenden der Oldenburger Tafel, Jörg Zander und Hartwig Bauer, wurden wir über die Arbeit vor Ort ausführlich informiert.** Nach vielen Jahren der katastrophalen Unterbringung der Tafel in einer „Bretterhütte“ weiß das Tafel-Team seit 2016 besonders zu schätzen, dass die Räumlichkeiten gemeinsam mit der DRK-Kleiderkammer „Tür-an-Tür“ mit deren Kleiderstube sowohl für die Anlieferung der Lebensmittel, die aufwendige Sortierung und Lagerung mit professioneller Kühlzelle und für die Ausgabe der Waren sehr gut nutzbar sind und es selbst Aufenthaltsmöglichkeiten für die verdienten Pausen der Ehrenamtlichen gibt. Aber auch **in Oldenburg brauchen die Freiwilligen unbedingt mehr zuverlässige Unterstützerinnen und Unterstützer für ihre anstrengende Arbeit,** denn mit derzeit 17 Mitarbeitenden hat die Oldenburger Tafel seit März 2022 wie alle anderen Tafeln erlebt, dass sich die Anzahl der Hilfebedürftigen durch die Geflüchteten aus der Ukraine um mindestens 40 Prozent erhöht und teilweise sogar verdoppelt hat. So versorgt die Oldenburger Tafel mittlerweile jede Woche rund 200 Personen, die sich auf knapp 90 Haushalte aufteilen. Über ein Drittel aller Bedürftigen, die Hilfe erhalten, sind Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren, was ich als besonders alarmierend empfinde. **Besonders gefreut hat mich, dass der SPD-Ortsvereinsvorsitzende**

Lennart Maaß gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Klaus Zorndt eine 500-Euro-Spende der SPD-Oldenburg im roten Sparschwein für die Tafelarbeit überreichte, damit die freiwillig Engagierten sich noch besser um all jene Familien und Alleinstehenden kümmern können, die ohne ihre Unterstützung nicht wirklich zurechtkommen würden. Gemeinsam haben wir ein großes DANKESCHÖN für dieses großartige Engagement in Oldenburg ausgesprochen.



10.01.2023: Der SPD-Ortsverein Oldenburg um den Vorsitzenden Lennart Maaß und den Fraktionsvorsitzenden Klaus Zorndt übergab zusätzlich zu meiner 200 Euro-Lebensmittelpende eine zusätzliche 500 Euro-Spende - passend im roten Sparschwein

Im Wahlkreis unterwegs bei Vereinen und Verbänden

Am 6. Mai 2022 war ich von 11:30 Uhr bis 19:00 Uhr auf Einladung meiner lieben SPD-Landtagskollegin Sandra Redmann gemeinsam mit meinem Bundestagskollegen Karamba Diaby aus Halle „auf Kleingarten-Tour“ in Stockelsdorf, Ratekau und Timmendorfer Strand – ganztags liebevoll und kompetent begleitet vom Kreis- und Landesvorstand der Kleingärtner. Viele Stunden standen unter uns Gartenfreunden alle Fragen rund um den ökologischen Freizeitwert dieser traditionellen Anlagen im Mittelpunkt, aber auch die Probleme für die ehrenamtlichen Vorstände bei ihrer wichtigen Arbeit und die große Nachfrage nach Gärten insbesondere durch Familien mit Kindern in und nach der Corona-Pandemie. Unser **erster Besuch führte uns gemeinsam mit der Kreisvorsitzenden Monika Schlichting in die große Kleingartenanlage von „Jürgen Wichelmann“ in Stockelsdorf.** Am Nachmittag ging es nach Ratekau, wo uns Fritz Reuter mit dem Vorstandsteam empfing, und abends nach Timmendorfer Strand mit vielen Vertreterinnen und Vertretern des dortigen SPD-Ortsvereins. **Für meinen SPD-Kollegen aus Halle Karamba Diaby**

war es ein beeindruckender Tag: Er kümmert sich in unserer SPD-Bundestagsfraktion mit ganz viel Herzblut um alle Belange der Kleingärtner!

Seit langem kenne und unterstütze ich die ehrenamtliche Arbeit des „Fehmarnschen Freundeskreises“, der seit zwei Jahrzehnten unter der resoluten Führung von Gertraud Brooks auf dem Marktplatz von Burg unermüdlich und sehr erfolgreich Spenden sammelt für soziale Projekte. Regelmäßig übergibt die Initiative dann im Rahmen von feierlichen Veranstaltungen ihre beeindruckenden Spendengutscheine an verdiente Projekte speziell im Rahmen der Palliativ- und Hospiz-Arbeit sowie für die



06.05.2022: Besuch der Kleingartenanlage „Jürgen Wichelmann“ in Stockelsdorf mit Karamba Diaby MdB

Unterstützung von Krebskranken. Durch Corona waren solche Veranstaltungen lange nicht möglich, weswegen erst **am 9. Dezember 2022 in Landkirchen endlich wieder in einer berührenden Veranstaltung Gertraud Brooks und der Freundeskreis die sagenhafte Spendensumme von insgesamt über 76.000 Euro an vier Vereine übergeben konnte**, die sich für Krebskranke und für die Palliativ- und Hospiz-Arbeit engagieren. Ich war dankbar, dabei sein zu dürfen. Und es war und ist mir eine Freude, diejenigen, die dort so unermüdlich Gutes tun, zu meinen dreitägigen Berlinfahrten als kleines „Dankeschön“ einladen zu können, Chapeau!

Am **28. August 2022 machte der „SingBus“ des Deutschen Chorverbandes** von 15:00 bis 17:00 Uhr auf meine Initiative hin **Station in Eutin** auf dem Berliner Platz, **um für das gemeinsame Singen insbesondere in Kinder- und Jugendchören im ländlichen Raum zu werben**. Mit dabei war **Petra Marcolin, Leiterin der Kreismusikschule mit ihrem Team, die für einen tollen Auftritt des Küken- und des Spatzenchores sorgte**. Eine Musikpädagogin der Deutschen Chorjugend machte mit den rund 50 Kindern, deren Eltern und Großeltern Mitmach-Übungen für die Stimme. An kinderfreundlich gestalteten Stationen konnten sich die Jungen und Mädchen stimmlich ausprobieren. Wie schön, dass auch das Wetter mitspielte. Der Bund hat den SingBus finanziert, um nach der langen Corona-Pause die Gründung und die Unterstützung bestehender Kinder- und

Jugendchöre zu fördern.

Dass ich gerne in der Gemeinschaft singe und deswegen **fast 50.000 Liederhefte mit Kinder-, Volks- und Heimat- sowie Weihnachtsliedern seit 2005 in vielen Institutionen in Ostholstein und Reinfeld verteilt habe**, wissen viele. Und natürlich habe ich auch – nach Corona – wieder an diese Tradition von mir angeknüpft: Als ich am **11. Dezember 2022 zum Adventssingen in die Kirche in Kirchnüchel** eingeladen war, nachdem der Haushaltsausschuss gerade die enorme Förderzusage für den 2. Sanierungsabschnitt zugesagt hatte, brachte ich natürlich für alle Anwesenden meine Weihnachtsliederhefte mit, die auch **am 21. Dezember 2022 bei der kirchlichen Adventsfeier der Senioren in Neustadt** viel Freude machten. Mein Besuch sorgte dann auch dafür, dass ich gebeten wurde wiederzukommen, um über meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete zu berichten. Und klar: versprochen – gehalten! Am **17. Mai 2023 war ich erneut zu Gast bei den Senioren in Neustadt und hatte dieses Mal 50 Volks- und Heimatliederhefte im „Gepäck“ sowie nach Kaffee und Kuchen eine Stunde Zeit, um die vielen Fragen zu meiner Arbeit in Berlin zu beantworten**. Bei solchen Nachmittagen, Begegnungen und Gesprächen nehme ich immer sehr viel Freude und Dankbarkeit mit nach Hause.



28.08.2022: „SingBus“-Event mit Leiterin Kreismusikschule Petra Marcolin, Chorleiterin Yvonne Crössmann (r.), Musiktherapeut Peter Godow sowie Nina Ruckhaber u. Max Guder (l.) Deutsche Chorjugend



17.05.2023: Freudige Gesichter beim „Seniorentreff“ Neustadt

Aber es gibt natürlich auch ganz andere Einladungen von Vereinen und Verbänden, die ich gerne annehme: **Am 19. November 2022 war ich ab 11:30 Uhr als Gastrednerin der Europa-Union in Neustadt im „Marienhof“**, wo ich 45 Minuten einen **Vortrag über Europa** halten durfte vor dem Hintergrund, dass ich ja ab 2018 fast vier Jahre die Staatssekretärin vom Finanzminister Olaf Scholz für Haushalt und Europa war und in dieser Funktion in Brüssel viele Haushaltsverhandlungen für unsere Regierung mit den anderen 26 EU-Staaten führte und zwar insbesondere während der spannenden Zeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020. Danke an den „Chef“ der Europa-Union in Neustadt Uwe Muchow, der im Anschluss mit seinem Team noch für eine spannende Diskussion über dieses Thema sorgte, das uns allen gemeinsam am Herzen liegt: EUROPA!

Dieser Vormittag in Neustadt schien sich herumgesprochen zu haben, denn zum **06. März 2023 wurde ich als Gast zum Treffen des „Rotary Club Oldenburg“ nach Weißenhäuser Strand** von Präsident Dührkop sowie Dr. Reinhard Priebe eingeladen, um ebenfalls über **die Rolle Europas insbesondere angesichts des Ukraine-Krieges** zu sprechen. Danke für die Einladung. Auch hier folgte eine angeregte Diskussion!



19.11.2022: Diskussion bei der „Europa-Union“ in Neustadt mit Schriftführer Daniel Ehmke, Kreisvorsitzender Mirko Schönfeldt, Vorsitzender Uwe Muchow und Kassenwart Stefan Frahm

Ansprechpartnerin im Wahlkreis:

Auch für die Wirtschaft

Durch den **Geschäftsführer von Weißenhäuser Strand David Depenau** wurde auf dieser Veranstaltung maßgeblich das Interesse der Wirtschaft – und speziell auch der Tourismusbranche – **am aktuell im Bundestag in der Diskussion befindlichen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes** angesichts des eklatanten Fachkräftemangels angesprochen.

Und gerade bei diesen Themen gelingt in der Berliner Ampel-Koalition wesentlich mehr, als es in jeder GroKo mit der restriktiven CSU-Blockade je möglich war. **Bereits zum 31. Dezember 2022 ist zunächst das „Gesetz zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts“ in Kraft getreten.** Mit dieser Neuregelung vollziehen wir einen wichtigen ersten Schritt auf dem Weg zum Neuanfang in der Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik sowie einer umfassenden Modernisierung des Einwanderungsrechts. **Die im Gesetz geregelte 18-monatige Aufenthaltserlaubnis wird langjährig Geduldeten die Möglichkeit geben, die notwendigen Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland zu erfüllen, was endlich die bisherige Praxis der Kettenduldungen beendet.** Diese „Kettenduldungen“ waren stets ein Bürokratiemonster, das nicht nur für die Betroffenen eine große emotionale Belastung war, sondern ebenso wie für die Behörden eine intensive Arbeitsbelastung. Um unser Land als Einwanderungsziel für ausländische Fachkräfte attraktiver zu machen, werden diejenigen Normen, die im bisherigen Fachkräfteeinwanderungsgesetz nur befristet in Kraft gesetzt wurden, entfristet und erleichtern damit viele Verfahren enorm und dauerhaft. Zudem wird der Familiennachzug von drittstaatsangehörigen Fachkräften erleichtert, indem für nachziehende Ehegatten die Erfordernis eines Sprachnachweises entfällt.

SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil hat am 20. Januar 2023 im Bundestag seine Fachkräftestrategie für die Bundesregierung vorgestellt, die schon am 12. Oktober 2022 im Kabinett beschlossen worden war. Ziel dieser Strategie ist es, mit gesetzlichen

wie untergesetzlichen Maßnahmen die Anstrengungen der Unternehmen und Betriebe zur Gewinnung und Sicherung von Fachkräften zu unterstützen. Diese Fachkräftestrategie der Bundesregierung ist allerdings kein starrer Maßnahmenplan, sondern eine **Dachstrategie**, die die verschiedenen Prozesse und Aktivitäten der Bundesregierung zur Fachkräftesicherung in der 20. Legislaturperiode bündelt. Damit ist sie ein Rahmen sowie die Basis für den gemeinsamen Austausch mit allen Akteuren des Bildungs- und Arbeitsmarktes und als ein fortlaufender Prozess zu verstehen.

Am 27. April 2023 haben wir das neue Fachkräfteeinwanderungsrecht in 1. Lesung beraten. Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten, um auch die Einwanderung von Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern zu steigern, verbessern. Wer gut ausgebildet ist, kann sich auch aus Ländern außerhalb der EU künftig auf einen Job in Deutschland bewerben. Wer einen Abschluss und eine Stellenzusage hat, kann kommen, um hier zu arbeiten. Die zweite Möglichkeit: Anerkannte **Fachkräfte aus solchen Ländern können für zunächst sechs Monate einreisen, um in Deutschland einen Arbeitsplatz zu suchen**, wenn sie selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen. Eine (von den Konservativen und Populisten gerne so genannte) „Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme“ findet nicht statt. Das Recht auf sechs Monate Aufenthalt, um sich in Deutschland Arbeit zu suchen, gibt es schon länger. Jetzt allerdings sollen auch gerade Menschen ohne Hochschulabschluss davon profitieren, die eine Berufsausbildung abgeschlossen haben.

Unweit der wunderschönen alten Mühle in Farve ist ein neuer **moderner Windpark auf dem Gelände der Betreiber und Eigentümer Familie Waldeck** gebaut worden. Der wurde nun am **03. Mai 2022 – nach 14 Jahren „Vorarbeit“ – mit vielen Gästeneingeweiht. Ich war gerne dabei, weil ich die hindernisreiche Genehmigung dieses Windparks über zehn Jahre eng begleitet und unterstützt habe.** Die Einweihung des Windparks erfolgte bei bestem Wetter und einem wunderbaren Ausblick auf die blühenden Rapsfelder mit Architekten,

Ingenieuren und vielen Handwerkern, denen herzlich für ihre Arbeit gedankt wurde. In Farve traf ich viele langjährige Wegbegleiter aus der „Windkraft-Community“ wie auch Karl Detlef und seine Ehefrau Ann-Kathrin von Fehmarn, die ich **erstmalig 2002** bei dem damals zehnjährigen Jubiläum der 1. Windkraftanlage auf Fehmarn kennenlernte, als ich dort **mit Günther Jansen und Claus Möller** zu Gast war. **Die beiden hatten 1991 diese „Windmühle“ auf Fehmarn im Kabinett Engholm maßgeblich auf den Weg gebracht und waren politisch damals „Pioniere“, von deren Visionen und Durchsetzungskraft unser Norden heute volkswirtschaftlich und energiepolitisch maßgeblich profitiert.** Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dürfen ruhig ein bisschen stolz darauf sein, dass es die Engholm-Regierung vor über 30 Jahren war, die den Wind-Boom in Schleswig-Holstein begründet hat – und nicht die Grünen.



03.05.2022: Einweihung des Windparks Farve mit Karl Detlef und seiner Ehefrau

Am **09. Dezember 2022** folgte ich der Einladung von Malte und Volker Riechey zum **1. Spatenstich des künftigen 4-Sterne-Sporthotels „Golf 'n Wave“ am Wulfener Hals auf Fehmarn**, das ökologisch erneut ein absolutes „Leuchtturm-Projekt“ werden soll. Ich habe viel Respekt für den Mut der Familie Riechey, in der heutigen krisenhaften Zeit mit explodierenden Baupreisen, Lieferketten-Engpässen und Zins-Steigerungen ein solches Großprojekt in Angriff zu nehmen, das für Fehmarn eine attraktive Erweiterung des bereits vorhandenen touristischen Angebotes darstellen wird, denn Hotelbetten sind rar. Mit 53 Zimmer für 130 Personen soll ein bundesweit vorbildliches Sporthotel

am seit über zwei Jahrzehnten beliebten 18-Loch-Golfplatz entstehen, das ebenso beste Voraussetzungen für Kite-Surfer und Wake-Boarder bieten wird sowie für Familien mit Kindern – eine spannende Mischung! Wenn bei den Bauarbeiten alles „glatt“ geht, soll das Hotel im Sommer 2024 eröffnet werden. Der Camping-Platz „Wulfener Hals“ wird als Familienbetrieb bereits in dritter Generation geführt und hat mich bei meinem **dreistündigen Besuch am 08. Juli 2021** gemeinsam mit Sandra Redmann, Niclas Dürbrook, Serpil Midyatli, Thomas Losse-Müller und der heimischen SPD mit Jörg Weber

Dauerarbeitsplätze entstehen. **Im Herbst 2020 wurde das ökologische Gesamtkonzept des Familienbetriebes Riechey in Berlin mit dem renommierten „EU-Ecolabel“ von EU-Umweltkommissar Virginjus Sinkevičius aus Brüssel persönlich ausgezeichnet.** Dieser Preis verlangt extrem ehrgeizige Standards und verleiht dem Camping-Betrieb am Wulfener Hals quasi ein „Gold-Label“ als **„Leuchtturm“ für Nachhaltigkeit.** Mit dieser Sport-Hotel reiht sich die nächste große Investition im Familienbetrieb Riechey in diese Tradition ein.



08.07.2021: Stopp auf der Sommertour von Serpil Midyatli auf dem Campingplatz „Wulfener Hals“ auf Fehmarn mit Bürgermeister Jörg Weber; Sandra Redmann, Thoma Losse-Müller; Serpil Midyatli, die Familie Riechey; Niclas Dürbrook; Heinz-Jürgen Fendt und Marianne Unger

und Marianne Unger tief beeindruckt: Der ganze Platz hat ein stimmiges ökologisches Gesamtkonzept in einfach traumhafter Lage! Wir alle waren damals absolut begeistert.

Bereits 2009 ergriff Vater Volker Riechey die Initiative für dieses Hotel und die Arbeit an dem Bebauungsplan für das Hotel begann, der seit 2015 genehmigt ist. Nach langer Planung wurde im Herbst 2021 der Bauantrag gestellt und genehmigt. Endlich stand auch die Finanzierung – jetzt geht es los: Auf 3.500 m², in ökologischer Bauweise nach KfW 40 Wärmeschutz-Standard, mit einer vollflächigen PV-Anlage auf dem Dach, einer Abluftwärmepumpenanlage mit intelligenter Wärmerückgewinnung von Sauna, Küche und Bädern in Kombination mit einem eigenen Blockheizkraftwerk. Der Überschussstrom soll die Stromlast der Ferienanlage reduzieren sowie die geplanten Schnellladesäulen der Elektroparkplätze versorgen. Es werden dort ca. zwölf zusätzliche

Nach Corona endlich wieder möglich: meine Veranstaltungen zu aktuellen Themen vor Ort!

Ich habe schon über das Thema „Bergung von Munitionsaltlasten“ berichtet: Die 1. große Veranstaltung von mir im Wahlkreis nach der Corona-Pause galt diesem Thema, und **mein Haushaltskollege und Umweltpol Michael Thews war zu dieser spannenden Diskussionsveranstaltung „SOS für die Ostsee – Warum wir jetzt endlich mit der Bergung von Munitionsaltlasten loslegen müssen“ am 17. August extra aus Nordrhein-Westfalen nach Haffkrug gekommen.** Die Resonanz war überwältigend: Ca. 150 Gäste kamen trotz sommerlicher Hitze ins „Haffhus“, um den Experten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Umweltverbänden bei ihren kompetenten und eindrucksvollen Kurzvorträgen zuzuhören und das aufrüttelnde Thema zu diskutieren. Fakt ist: Es gibt kein Erkenntnis-, sondern allein ein Handlungsdefizit der Politik. Es ist mindestens „fünf vor zwölf“! Die Zersetzung



20.03.2023: „Volles Haus“ in Bannesdorf

der Munitionsaltlasten hat mehr als 75 Jahre nach Kriegsende unaufhaltsam begonnen und setzt die toxischen Inhalte frei, was längst in den Muscheln und Fischen nachweisbar ist – 160 Tonnen von Minen, Bomben und Torpedos rotten schätzungsweise auf dem Meeresboden der Ostsee. Ausführliche Informationen zu diesem Thema sind in dem Kapitel „Erfolge für Ostholstein und die Region“ zu finden.

„Volles Haus“ gab es auch mit fast 70 Personen am 20. März 2023 im Gasthof Meetz in Bannesdorf auf Fehmarn bei meiner SPD-Veranstaltung „Energiewende - Booster für den Norden?“ mit meinem SPD-Bundestagskollegen Bengt Bergt, der ein absoluter praxiserfahrener Energiefachmann ist, da er auch beruflich selbst aus der Windkraftbranche kommt. Marko Möller stellte als Technik-Chef von Scandlines die Zukunftspläne für die weitere CO₂-Reduktion der Fährschiff-Flotte vor, verbunden mit der Hoffnung, dass eines Tages die batteriebetriebenen Fähren zwischen Puttgarden und Rödby mit Windkraft „geladen“ werden können. Als Gäste zu diesem hochaktuellen Thema konnten wir auch Vertreterinnen und Vertreter aller anderen Parteien Fehmarns sowie viele Windmüller begrüßen. Mit ihren Fachfragen bereicherten sie unsere lebendige Diskussion. Mein Dankeschön gilt ebenso dem SPD-Ortsverein Fehmarn mit Bürgervorsteherin Marianne Unger und Bürgermeister Jörg Weber sowie all denen, die mit Plakaten und über die Sozialen Medien für diesen informativen Abend Werbung gemacht haben. Die anschließende positive Resonanz der Gäste unterstreicht den Sinn einer solch gelungenen Diskussion. Gerade auf Fehmarn ist zu erkennen, dass Klimaschutz und erneuerbare Energien untrennbar zusammengehören und Chancen für die Menschen hier bieten. Rund 12.000 Arbeitskräfte werden allein durch die norddeutsche Windkraftbranche gesichert, womit deutlich wird, dass erneuerbare

Energiegewinnung nicht nur dem Klima hilft, sondern auch dauerhafte Wertschöpfung schafft. Seit Jahren werden die Windräder aber zunehmend bei bestem Wind „abgeschaltet“ und so Ressourcen verschwendet, weil der produzierte Strom wegen des bundesweit schleppenden Netzausbaus oft nicht in den Süden abtransportiert werden kann. Klar ist darum, dass der Bau dieser Leitungen einerseits endlich mit Hochdruck forciert werden muss, dass wir allerdings andererseits auch dringend den technologischen Fortschritt bei der Stromspeicher-Technik brauchen, was ökologisch wie ökonomisch ein riesiger Fortschritt wäre und unserem Wirtschaftsstandort im Norden einen wichtigen „Push“ gäbe.

Am Nachmittag des gleichen Tages traf ich mich **auf der Insel Fehmarn zum intensiven Gedankenaustausch mit der Spitze von Scandlines Deutschland**, um gemeinsam mit meinem SPD-Bundestagskollegen Bengt Bergt und Niclas Dürbrook als verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion mehr über die Entwicklung und den Sachstand des „Zero-Emission-Ferry“-Konzepts von Scandlines für ihre Fährlotte von Puttgarden nach Rödby zu erfahren. Es war ein spannender Gedanken- und Wissensaustausch, der zuversichtlich macht. Mein Respekt gilt der Investitionsbereitschaft der Reederei Scandlines in ökologisch wegweisende Technologien.



23.03.2023: Podium mit Bürgermeister Jörg Weber, Bengt Berg MdB, Marko Möller (Scandlines) u. Niclas Dürbrook

POLITIK FÜR UND MIT FRAUEN

Mein Ladies'-Day-Netzwerk!

Seit 2003 baue ich gezielt ein **Netzwerk zwischen Frauen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik** auf, das weibliche Führungskräfte aus Unternehmen, aus gesellschaftlichen Institutionen, Vereinen und Verbänden sowie von Betriebsräten und Gewerkschaften und aus Kultur und Medien zum intensiven Gedankenaustausch mit uns Politikerinnen zusammenbringt. Dafür habe ich **bereits 2003 gemeinsam mit meiner damaligen Haushaltsausschuss-Kollegin aus Berlin Petra Merkel den Ladies' Day im Bundestag ins Leben gerufen**, der bis 2013 Power-Frauen aus ganz Deutschland in Berlin für einen Tag zum Gedankenaustausch, zum Kennenlernen und zum Networking zusammenführte. In diesen 10 Jahren sind viele Frauen aus Ostholstein und Nordstormarn als Gäste dieser Veranstaltungen im Bundestag gewesen und waren stets begeistert. Deswegen fand im **August 2013 der 1. Ladies' Day im Hansa-Park in Ostholstein** mit damals 120 großartigen Frauen statt, der zur alljährlichen Tradition wurde und in der Regel – wenn nicht im Hansa-Park mit Inhaberin Claudia Leicht als Gastgeberin, dann im Bugenhagen-Werk in Timmendorfer Strand auf Einladung von Geschäftsführerin Inka Kielhorn – schon



27.08.2021: 9. Ladies' Day im Hansa Park/ Sierksdorf mit Inka Kielhorn (Foto: Lars Dankert)

viele Jahre stattgefunden hat. Wir waren auch schon bei den Eutiner Festspielen und im Eutiner Schloss zu Gast.

Nachdem ich den „Ladies' Day 2020“ **leider wegen Corona absagen** musste, bin ich froh und dankbar, dass er **am 27. August 2021 durch die großartige Initiative unserer Gastgeberin Claudia Leicht im Hansa Park und dank der Unterstützung von Inka Kielhorn vom Bugenhagen Berufsbildungswerk dennoch kreativ ermöglicht wurde**. Dafür sage ich DANKE! Vor allem für die wunderbare Idee dieser beiden Frauen, in diesem Sommer, anstatt dem traditionellen 3-Gänge-Menü, Gegrilltes anzubieten und alle Frauen um einen kulinarischen Beitrag zu „pikant oder süß“ inklusive Rezept zu bitten: Es wurde ein wunderbar vielfältiges Büfett. Und als „Sahnehäubchen“ war es ebenso ihre Idee, aus diesen Rezepten ein Kochbuch mit vielen Fotos von diesem wunderbaren Abend zu gestalten, damit wir alle eine gemeinsame Erinnerung daran haben. Die 10,00 Euro für das Buch wurden vom Bugenhagen Berufsbildungswerk an die Hospiz- und Palliativarbeit in Schleswig-Holstein gespendet, ebenso wie der Unkostenbeitrag von 20,00 Euro für Grill und Getränke vom Hansa-Park.



27.08.2021: Talkrunde mit Claudia Leicht, Bürgermeisterin Verena Jeske (Bad Bramstedt), Inka Kielhorn, Bürgermeisterin Bettina Schäfer (Foto: L. Dankert)

Der **10. Ladies Day 2022** war ein Jubiläum der besonderen Art, auf das wir uns schon alle im **Bugenhagenwerk in Timmendorfer Strand** auf Einladung von **Geschäftsführerin Inka Kielhorn** – dieses Mal erst am **4. November 2022** – gefreut hatten. 60 großartige Frauen folgten meiner Einladung und nutzten die Gelegenheit zum intensiven Gedankenaustausch. Das Bugenhagen-Team hatte uns wieder mit einem leckeren 3-Gänge-Menü verwöhnt. Doch nicht nur das: Die zwei Gesprächsrunden zu den **Themen Ukraine und Klimawandel** sorgten für viel Gesprächsstoff unter den Teilnehmerinnen. **Als Moderatorin hatte ich zum Thema Ukraine in diesem Jahr die renommierte Wirtschaftsjournalistin, Osteuropa-Expertin und Buchautorin Dr. Birgit Wetzels** zu Gast, da ich selbst erst wenige Tage von meiner aufwühlenden Reise nach **Moldau und in die Ukraine zurückgekehrt war und deshalb natürlich selbst viel zu berichten hatte.** Unsere stellvertretende **SPD-Bundvorsitzende und Landesvorsitzende Serpil Midyatli** ergänzte aus ihrer Sicht die Runde und insgesamt war mit diesem aktuellen Thema für sehr viel Gesprächsstoff unter allen teilnehmenden Frauen gesorgt. Für die **2. Talk-Runde zum nicht minder aktuellen Thema „Klimawandel“ konnte ich nicht nur meine SPD-Landtagskollegin Sandra Redmann gewinnen, sondern auch Ulrike Röhr, die Präsidentin des Landfrauenverbands Schleswig-Holstein.** Es war ein rundum gelungener Abend!

Am **27. Juni 2023** startete der **11. „Ladies‘ Day“ in Ostholstein zum ersten Mal in Neustadt, wo die Rektorin Ilona Hartmann der Beruflichen Schule Oldenburg in der dortigen Außenstelle**

erstmalig als „neue“ Gastgeberin mit mir die 85 angemeldeten Frauen empfang. Ich freue mich riesig, dass wir in dieser Schule, wo die Ausbildungsbereiche Hauswirtschaft und Gastronomie zu Hause sind, unseren **11. Ladies‘ Day** mit einem bunten Tapas-Abend inklusive Cocktail und Wein (oder natürlich Wasser!) genießen konnten. Denn: **die „Berufliche Bildung“ und der Fachkräftemangel in absolut allen Branchen sollte das Thema der Talk-Runden unseres gemeinsamen Abends** werden. Ich bin Ilona Hartmann sehr dankbar, dass wir nach so vielen tollen „Ladies‘-Days“ im Hansa-Park Sierksdorf und im Bugenhagen-Werk in Timmendorfer Strand mitten aus unserem Frauen-Netzwerk heraus einen weiteren Standort kennen- und das Können der Auszubildenden zu schätzen lernen durften. Im letzten Jahr war Ilona Hartmann, die Anfang 2022 die Schulleitung der Beruflichen Schule des Kreises (BBS) übernahm, erstmalig als Gast auf dem „Ladies‘ Day“ und war von dem Konzept und der Einbindung der Auszubildenden im Bugenhagenwerk Timmendorfer Strand so angetan, dass sie sich kurzerhand ebenfalls als Gastgeberin anbot – und das mit vollem Erfolg! Ca. 30 Service-Kräfte aus der Mittelstufe des Gastronomie-Lehrgangs und ca. 10 auszubildende Köche aus der Unterstufe bewirteten uns mit ihren Ausbildern auf eine unfassbar großartige Art und Weise und mit viel Leidenschaft für ihren Beruf. Ich bin froh, dass „meine Ladies“ am Ende des tollen spanischen Tapas-Abends nicht nur mit ihrem Applaus, sondern auch einem gut gefüllten „Hut“ allen Auszubildenden für ihre Leistung und ihr Engagement aus tiefstem Herzen

DANKE sagten.

In der **ersten Talkrunde ging es um die Chancen und Herausforderungen der Beruflichen Bildung:** um Qualifizierungsmaßnahmen für Beschäftigte (insbesondere für Frauen), um die

04.11.2022:
Teilnehmerinnen
des 10. Ladies‘ Days
im Bugenhagenwerk
Timmendorfer Strand
von Geschäftsführerin
Inka Kielhorn





27.06.2023: Teilnehmerinnen des 11. Ladies´Days in der Beruflichen Schule Oldenburg

Weiterbildungsförderung angesichts des immer stärker um sich greifenden Fachkräftemangels als auch um die erforderliche Zuwanderung von Fachkräften sowie deren Schulung und Anerkennung von ausländischen Ausbildungsabschlüssen. Topaktuell hat der Deutsche Bundestag erst am 23. Juni 2023 nicht nur das Fachkräfteeinwanderungsgesetz inklusive des lange geforderten „Spurwechsels“ für gut integrierte Asylbewerber ohne Asylanspruch beschlossen, sondern auch die Reform der Weiterbildungsförderung inklusive einer Ausbildungsgarantie. Neben Ilona Hartmann bereicherten Christiane Albrecht als Leiterin der Krankenpflegeschule von AMEOS in Eutin und Kristin Voß aus Oldenburg als Friseurobermeisterin der Innungen im Friseur-Handwerk für Ostholstein und den Kreis Plön unsere Gesprächsrunde.

Die **zweite Talkrunde** mit meinen Podiumsgästen Verena Jeske, Bürgermeisterin von Bad Bramstedt, Regina

Voß, langjährige ehrenamtliche Bürgermeisterin von Kasseedorf, unserer SPD-Landtagsabgeordneten Sandra Redmann sowie der langjährigen Lehrerin an der Gemeinschaftsschule Lensahn Michaela Homann-Speck drehte sich um die **ungelösten Probleme der Bildungspolitik in Schleswig-Holstein von den Krippen, Kitas und den Schulen mit fehlenden Ganztagsplätzen, fehlenden Erzieherinnen und Lehrkräften sowie der mangelnden Unterstützung der Kommunen bei diesen Herausforderungen**. Die anwesenden Frauen waren sich einig, dass die schwarz-grüne Landesregierung in Kiel zu wenig unternimmt, um die Bildung unserer Kinder auf „zukunfts feste“ Beine zu stellen.

Seit 2013 ist **unser Frauen-Netzwerk beständig auf aktuell insgesamt ca. 350 interessierte Frauen gewachsen** und hat durchaus schon zu Freundschaften und beruflicher Unterstützung oder Zusammenarbeit geführt – und genau SO soll es sein. Die Bandbreite der beruflichen Hintergründe „unserer“ Frauen aus allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft reicht von Selbstständigen aller Branchen über Gesundheit, Pflege, Bildung, Vereine und Verbände, Handwerk, Landwirtschaft, Tourismus, Kultur, Medien und – natürlich – der Politik. Wer Interesse am Ladies´ Day hat, muss sich in den Email-Verteiler, den mein Wahlkreisbüro in Eutin führt und ständig aktualisiert, mit allen Kontaktdaten aufnehmen lassen, damit Frau dann zu gegebener Zeit automatisch eine Einladung oder neueste Informationen erhält. (bettina.hagedorn.wk@ bundestag.de).



27.06.2023: Talkrunde mit Gastgeberin Ilona Hartmann

Aktives Frauennetzwerk in Ostholstein

Seit vielen Jahren lade ich außerdem immer wieder zu **gemeinsamen Kino-Besuchen** und spannenden Filmen ein: Besonders gerne zu Filmen für uns Frauen und besonders gerne in **das Movie-Star Kino in Bad Schwartau von Lars Roman Paech**. Seine jahrelange, humanitäre Hilfe u.a. für herzkranken Kinder aus Afghanistan stellt er nicht gerne besonders heraus, aber genau deshalb möchte ich sein soziales Engagement umso mehr würdigen. Unsere gemeinsamen Kinoabende sind inzwischen schon fast eine Tradition geworden: Ich lade ein, er besorgt den Film, jede Frau zahlt ihren Eintritt und ich spendiere das Popcorn für alle!

Besonders gerne erinnere ich an den **Internationalen Frauentag am Sonntag, den 08. März 2020, als wir unmittelbar vor dem Corona-Lock-Down noch mit ca. 90 Frauen (und ein paar Männern) „Die perfekte Kandidatin“ von der Regisseurin Haifaa al-Mansour anschauten**, für den ich als eine von bundesweit etwa 50 Premieren-Patinnen aus Politik und Frauenverbänden ausgewählt worden war. Der Film erzählt die Geschichte von Maryam – einer jungen Ärztin in einer Kleinstadt in Saudi-Arabien, die sich spontan entscheidet als Gemeinderätin zu kandidieren. Doch in einem Land, wo Frauen die Zustimmung eines männlichen Vormunds brauchen, um ein Flugzeug betreten zu dürfen, und denen es erst seit 2018 erlaubt ist Auto zu fahren, stößt Maryam auf etliche Hindernisse, die sie mutig überwindet. Ähnlich große Schwierigkeiten musste auch die Regisseurin überwinden, um diesen Film überhaupt in Saudi-Arabien drehen zu können, ohne verhaftet zu werden. Ein wunderbarer Kinoabend! Und ich habe mich riesig über die acht Berufsschülerinnen gefreut, die mit ihrer Lehrerin extra aus Timmendorfer Strand gekommen waren.

Daran habe ich am **05. September 2021** angeknüpft, als Corona endlich wieder einen gemeinsamen Kinobesuch zuließ: Gemeinsam **mit über 60 interessierten Frauen** schauten wir den fantastischen Film **„Die Unbeugsamen“** an, der als Dokumentation von Torsten Körner den harten überparteilichen Kampf starker Politikerinnen in den 50er-, 60er-,



08.03.2020: „Die perfekte Kandidatin“ mit Judith Ohrtmann (Kulturmanagerin Bad Schwartau), Wiebke Zweig (Bürgermeisterin Bad Schwartau), Annemarie Krause-Guntrum (KoKi Bad Schwartau) und Roman Paech vom Movie Star Kino

70er- und 80er-Jahren um Gleichberechtigung und Einfluss trotz massiver Diskriminierung zeigt und die „vermiehte Bonner Republik“ anschaulich bloßstellt.

Zum **Internationalen Frauentag 2023** kamen **über 100 Frauen (und Männer!)** auf meine Einladung **wieder ins Movie-Star-Kino in Bad Schwartau**, wo wir gemeinsam den großartigen und **top-aktuellen Film „SHE SAID“** angeschaut haben. Der Film erzählt authentisch die Geschichte zweier sehr junger Investigativ-Journalistinnen der „New York Times“, die 2015 – trotz persönlicher Bedrohungen – über viele Monate mutig die Skandale sexualisierter Gewalt in der US-Filmbranche aufdeckten, die tatsächlich Auslöser der weltweiten „MeToo-Bewegung“ waren und den Medien-Mogul Harvey Weinstein endlich für 23 Jahre hinter Gitter brachten. Die beiden Journalistinnen wurden zu Recht mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet.



08.05.2023: Zum Dank gab es Blumen vom SPD-0V-Stockelsdorf mit Juso-Chefin Anisa Wichelmann sowie von Sarah und Heike Andermann



11.03.2023: „Frauenfrühstück“ auf Fehmannr

Nur ein paar Tage später, am **11. März 2023**, fand das **wunderbare Frauenfrühstück der SPD-Fehmann in Burgstaaken am Hafen** mit rund 20 tollen Frauen jedes Alters statt, die ein fürstliches Frühstück mit schmackhaftem Räucher-Fisch und Heringssalat in allen Variationen genossen haben. Ich habe lange nicht mehr so gut gefrühstückt. Beim Start in Kasseedorf hatte am Bungsberg noch dicker Schnee gelegen, aber die „Sonneninsel“ Fehmann machte ihrem Namen wieder alle Ehre.

Am **20. August 2021** war ich zu Gast beim **Podcast „Übrigens: Gleichstellung“ mit Dorothea Siemers und Christiane Buhl**. In dem einstündigen Gespräch ging es um meinem Weg in die Politik, den Zugang von Frauen zu politischer Macht und die vielen Hürden, die Frauen in ihrer politischen Arbeit zu nehmen haben. Der Podcast kann auf alle gängigen Streaming-Plattformen nachgehört werden oder ist auch auf meiner Homepage verlinkt. Es ist ein sehr kurzweiliges Gespräch mit den beiden jungen Frauen geworden, in dem man auch vieles zum Schmunzeln über mich erfahren kann.

Ein wichtiger Tag für Gleichstellungspolitik in Deutschland war der **26. Oktober 2021** – in der **Konstituierung des 20. Deutschen Bundestages** konnten wir Sozialdemokraten als jetzt stärkste Fraktion mit 206 Abgeordneten im Bundestag seit 2005 endlich wieder das Amt der Bundestagspräsidentin besetzen: **Bärbel Bas wurde zur neuen Präsidentin des Bundestages gewählt**. In ihrer Antrittsrede sagte sie selbstbewusst, **es täte unserem Land gut, wenn die Bürgerinnen und Bürger sehen: Im Herzen der Demokratie trägt eine Frau die Verantwortung. Bärbel Bas ist erst**



26.10.2021: Vereidigung von Bärbel Bas

die dritte Frau nach Annemarie Renger und Rita Süßmuth an der Spitze des Deutschen Bundestages – die dritte seit 1949! Ruhmreich ist das nicht, aber ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Bemerkenswert ist allerdings, dass das Bundestagspräsidium jetzt insgesamt „weiblicher“ geworden ist: Auch vier der fünf Posten der Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsidenten wurden von engagierten Frauen besetzt! Für unsere SPD wurde **Aydan Özoğuz aus Hamburg** gewählt, Yvonne Magwas für die CDU/CSU, Katrin Göring-Eckardt für die Grünen und Petra Pau für die Linke. Nur die FDP stellt mit Wolfgang Kubicki den einzigen Mann, der sich als alter „Chauvi“ kaum als „Hahn im Korb“ fühlen dürfte, da seine vier Kolleginnen und Bärbel Bas sich absolut nicht die „Butter vom Brot nehmen“ lassen. Bärbel Bas war bisher eine engagierte Gesundheitspolitikerin in unserer Fraktion und bis dato stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende. Sie erhielt in der konstituierenden Sitzung des Parlaments eine breite Mehrheit. 576 von 724 Abgeordneten stimmten für sie. Die 53-Jährige löst damit Wolfgang Schäuble (CDU) im Amt ab.



26.10.2021: Mit der Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoğuz

DIREKTER DRAHT ZUR JUGEND

Eine meiner Lieblingsaufgaben als Wahlkreisabgeordnete ist der Austausch mit motivierten und interessierten **Schulklassen, die entweder mich in Berlin besuchen oder mich für mehrere Stunden als Gast in ihre Schule einladen.**

Als die Schulen 2022 nach Corona endlich wieder ihre Pforten für externe Besucher wie mich öffneten, besuchte **ich am 23. Mai 2022 – dem Europa-Tag – von 7:30 bis 18:30 Uhr nonstop zwei Schulen zu intensiven Gesprächen mit acht (!) Schulklassen.** Anlässlich des **EU-Projekttags besuchte ich das Weber-Gymnasium in Eutin und anschließend die Waldorf-Schule in Lensahn,** wo ich mit **allen Oberstufenklassen über die aktuellen Herausforderungen für Europa diskutieren konnte.** Die Folgen der Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg, die Flüchtlingssituation, das 100-Milliarden-Euro-Paket für die Bundeswehr und der Klimaschutz – das alles brannte den jungen Menschen „unter den Nägeln“. Die politischen Gespräche an diesem EU-Projekttag mit den Schülerinnen und Schülern aus Eutin und Lensahn waren so intensiv, dass ich eine ganze Gruppe von ihnen spontan zu meinen 3-tägigen Berlinfahrten einlud.

Dass alle nach der langen Corona-Pause erkennbar wieder Lust auf den persönlichen Austausch

12.03.2023: Gastrednerin beim „European Youth Parliament Projektforum“ des Weber-Gymnasiums (Foto: Sven Radestock)



und die munteren Frage-Antwort-Runden hatten, merkte ich auch **am 27. Juni 2022 in Bad Malente in der Schule an den Auewiesen, wo ich mit den 8. und 9. Jahrgangsstufen und rund 80 Schülerinnen und Schülern diskutierte sowie einen Tag später in Pönitz, wo mich 30 Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule empfangen.** Ein besonderes „Highlight“ für mich, denn das war die Klasse meiner ältesten Enkeltochter. Ein Schulbesuch, der mir in besonderer Erinnerung bleiben wird, war der **20. Dezember 2022 in der Wilhelm-Wisser-Schule: Die fünf Schulklassen mit über 100 Schülerinnen und Schülern** konnten bei ihren Klassenfahrten im Oktober 2022 mich leider nicht „live“ in Berlin treffen, da ich genau zu diesem Zeitpunkt auf einer Delegationsreise des Haushaltsausschusses in Moldawien, in der Ukraine und in Polen war, und hatten jetzt jede Menge Fragen für mich vorbereitet. Der Vormittag verging wie im Flug! **In Berlin empfang ich am 01. Dezember außerdem 55 Schülerinnen und Schüler der Gerhard-Hilgendorf Schule aus Stockelsdorf, die ich dann am 01. Februar 2023 in ihrer Schule in Stockelsdorf zum „Gegenbesuch“ und ausführlichen Gesprächen besuchte.** Am **02. Februar 2023 war ich dann zu Gast in der Warderschule in Heiligenhafen.** Für alle Interessierten gilt: Seit 20 Jahren besuche ich immer wieder alle Schulklassen, die mich einladen und das Gespräch mit mir suchen wollen. Lehrkräfte oder auch Schülervertreter können sich bei Interesse wegen der Terminfindung mit meinem Eutiner Wahlkreisbüro 04521-71611 oder per Mail in Verbindung setzen.



22.03.2023: 54 Schülerinnen und Schüler der Warder-Schule Heiligenhafen in Berlin

In Ostholstein gibt es mittlerweile **mehrere „Europaschulen“**, die teilweise regelmäßig **Schulprojekte mit Europabezug** durchführen, bei denen ich schon häufig zu Gast war. Ich war ja nicht nur von 2018 bis Ende 2021 als Parlamentarische Staatssekretärin im Finanzministerium für Haushalt und Europa zuständig, sondern bin auch im Haushaltsausschuss verantwortlich für alle Europa-Themen. **Am 12. März 2023 war ich gemeinsam mit dem Eutiner Bürgermeister Sven Radestock und dem Grünen Europa-Abgeordneten Rasmus Andresen (Flensburg) als Gastrednerin beim „European Youth Parliament Projektforum“ des Weber-Gymnasiums** dabei, das nach drei Tagen im Eutiner Sitzungssaal im Kreishaus seine große Abschluss-Debatte zu Europa durchführte. Ich erlebte ein tolles Engagement der Schülerinnen und Schüler des 12. Jahrgangs sowie ihrer Lehrerinnen und Lehrer. Die Gesprächspartner und Gesprächspartnerinnen waren Gleichaltrige aus Sibiu in Rumänien, aus Bern in der Schweiz und aus Odense in Dänemark, die drei – komplett auf Englisch geführte – Debatten-Tage mitmachten.

Seit 2003 bin ich außerdem **Patin für das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) des Deutschen Bundestages** mit den USA und habe bisher in dieser Funktion schon **19 jungen Menschen das Stipendium für ein Austauschjahr in den USA ermöglichen können**. Bisher kamen vierzehn Mal Schülerinnen und Schüler zum Zuge, 2003, 2009, 2015, 2019 und 2023 erhielten junge Berufstätige nach ihrer Ausbildung ein Stipendium für das Austauschprogramm. Traditionell treffe ich mich kurz vor der Abreise in die USA mit den jungen Menschen, für die ich im Rahmen des Parlamentarischen

Patenschafts-Programms des Bundestages mit dem US-Kongress die Patenschaft übernommen habe, um von ihren Erwartungen und Hoffnungen zu erfahren, ebenso wie ein Jahr später nach ihrer Rückkehr von ihren Erfahrungen. Mein 18. „Patenkind“ für das USA-Auslandsjahr seit 2003 ist seit dem Sommer 2022 **Aicha Binta Diallo aus Curau**, die die Elisabeth-Selbers-Gemeinschaftsschule in Bad Schwartau erfolgreich abgeschlossen hat und im Anschluss als Stipendiatin und „Botschafterin für Deutschland“ eine High-School in Alabama besuchte. **Gemeinsam mit der SPD-Landtagsabgeordneten Sandra Redmann fand am 04. August 2022 das Abschiedstreffen bei einem gemeinsamen Frühstück mit munterem Gedankenaustausch in Bad Schwartau knapp zwei Wochen vor Aichas USA-Flug statt.**

Im Sommer 2023 fliegt 22-jährige Julia Rehse aus Wesenberg, Nordstornmarn in die USA. Die junge Frau macht derzeit eine Ausbildung zur Veranstaltungskauffrau und hat sich



04.08.2022: „Abschiedsfrühstück“ mit Aicha Binta Diallo und Sandra Redmann

damit durch meine Hilfe **einen der begehrten PPP-Plätze für junge Berufstätige** sichern können. Im August startet die spannende Reise und beinhaltet nicht das Studium an einem amerikanischen College, sondern auch ein Praktikum bei einer US-Firma – eine großartige Chance! Ich wünsche Julia ganz viel Glück und tolle Erlebnisse für ihr Jahr in den USA!

Am **28. Juni 2023** traf ich mich gemeinsam mit der diesjährigen USA-Stipendiatin **Julia Rehse** und der im Juni „frisch“ zurückgekehrten USA-Austauschschülerin **Aicha Binta Diallo**, um mit ihnen über ihre Erlebnisse und Erwartungen bei einem



08.12.2022: Treffen mit Julia Rehse und Aicha Binta Diallo in Stockelsdorf zum gemeinsamen „Klönchnack“

persönlichen „Klönchnack“ auszutauschen. Aicha Binta Diallo hatte bei unserem Treffen von ihren Eindrücken und Erfahrungen über das gemeinsame Lernen und Leben mit amerikanischen Jugendlichen und in ihrer Familie berichtet. Ihre frischen Eindrücke, Erlebnisse und Erfahrungen erwartete vor allem Julia Rehse mit Spannung, die zu diesem Zeitpunkt quasi schon „auf gepackten Koffern saß“, um in die USA zu starten.

Um jungen Menschen auch einen direkten Einblick in meine eigene Arbeit in Berlin zu ermöglichen, gebe ich regelmäßig **Praktikantinnen und Praktikanten aus Ostholstein und Nordstormarn** diese Chance. Seit ich Mitglied im Bundestag bin, konnten mich **bereits 103 Praktikantinnen und Praktikanten** für eine oder mehrere Wochen während der Sitzungswochen des Bundestages

begleiten und ganz persönlich erfahren, wie Bundespolitik funktioniert. Nach dem Abklingen der Corona-Pandemie freute ich mich riesig, dass es 2022 endlich „wieder so richtig“ mit Praktika in meinem Berliner Büro losgehen konnte.

Meine 100. Praktikantin war die 20-jährige Abiturientin Melina Dreyer der Immanuel-Kant-Schule aus Reinfeld. Sie hat in der Zeit vom **17. Oktober bis 09. Dezember 2022** ein Praktikum bei mir absolviert. Ihr ausführlicher Praktikumsbericht ist auf meiner Homepage nachzulesen – ebenso wie die Praktikumsberichte der bereits über 100 Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden, die in den letzten 20 Jahren in meinem Büro ein Praktikum erleben konnten, um die praktische Politik in Berlin hautnah mitzuerleben. Melina Dreyer hatte dabei – außer dem üblichen Programm einer Praktikantin – auch die Chance, mehrere Besucher- und Schülergruppen aus dem Wahlkreis teils ganztags gemeinsam mit mir zu begleiten. Melina war meine

fünfte Praktikantin, die nach zwei Corona-Jahren den Bundestagsbetrieb wieder annähernd normal erleben und mich im Bundestag häufig begleiten konnte. Von meinem Büro-Team wurde sie sofort mit offenen Armen aufgenommen und lernte die Alltagsarbeit dort schnell kennen und unterstützen. Besonders aufregend war für sie, dass sie bereits in der 1. Praktikumswoche am



08.12.2022: „Meine“ Praktikantin Melina Dreyer aus Reinfeld im Reichstag in Berlin

21. Oktober auf der Tribüne des Plenarsaals „live“ dabei sein konnte, als die historische Summe von 200 Milliarden Euro für den „Abwehrschirm“ gegen die steigenden Energiekosten und die schwersten Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen von der Ampel-Koalition beschlossen wurde. Besonders gefallen haben Melina Dreyer die vielen Veranstaltungen der SPD-Bundestagsfraktion für alle Praktikantinnen und Praktikanten, aus deren Angebot man sich freiwillig aussuchen kann, was einen besonders interessiert. Führungen durch das Bundesinnen- und das Bundesverteidigungsministerium, durch den Bundesrat und sogar ein Besuch im Kanzleramt beeindruckten Melina besonders. Viele Gesprächsrunden zu verschiedensten Themen mit Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion stehen für unsere Praktikanten immer offen: so z.B. eine Diskussion mit Frank Schwabe über „Menschenrechte“ oder mit Nina Scheer über „Klimaschutz und Energiewende“.

2022 und 2023 waren als Praktikanten ebenfalls in meinem Berliner Büro die Eutiner Luis Schwartz und Nele Mosebach, der Sereetzer Hendrik Heinemeier und der Schweizer Niklas Harles, Anna Kersti Hastreiter aus Bad Malente sowie der Lübecker Mark Adler. Interessierte an einem Praktikum wenden sich bitte direkt an das Berliner Büro unter Tel. 030/22773832 oder per E-Mail an betina.hagedorn@bundestag.de. Da die Plätze sehr begehrt sind, empfiehlt sich eine frühzeitige Kontaktaufnahme.



26.05.2023: Jugendhospitant Tim Schulenburg vom THW Neustadt im Paul-Löbe-Haus in Berlin

Im Rahmen des **Jugend-Hospitanz-Programms der SPD-Bundestagsfraktion erlebte Tim Schulenburg als Zugführer des THW Neustadt vom 22. bis 26. Mai 2023** eine spannende Zeit bei mir in Berlin. Seit 2019 bietet **die SPD-Bundestagsfraktion in Kooperation mit dem Bundesjugendring** dieses einzigartige Hospitationsprogramm **für Vertreterinnen und Vertreter von Jugendverbänden** an. Ich habe mich riesig über **die erfolgreiche Bewerbung des 26-jährigen Tim Schulenburg aus Neustadt** gefreut, der als einziger Teilnehmer aus Schleswig-Holstein bei nur 29 Jugend-Hospitanten aus ganz Deutschland stolz sein darf, sich bei den vielen Bewerbungen durchgesetzt zu haben. „Highlight“ für Tim war, dass er fünf Stunden an der Sitzung des Haushaltsausschusses, dessen stellvertretende Vorsitzende ich bin, auf der Tribüne teilnehmen durfte, denn der Haushaltsausschuss tagt nicht-öffentlich. So war Tim „live“ dabei, als Bundesfinanzminister Christian Lindner über eine Stunde mit dem Ausschuss über die aktuelle Steuerschätzung und den Terminplan für den Haushaltsentwurf für 2024 diskutierte, als der Staatssekretär aus dem Habeck-Ministerium die geplanten Erneuerungen zu Heizungen erläuterte und Gesundheitsminister Karl Lauterbach zur Krankenhausfinanzierung und Pflegereform Stellung nahm. Für Tim war es spannend mitzuerleben, wie hochkomplex dieser Ausschuss arbeitet. Auch konnte Tim an einem internen Vorbereitungsgespräch mit dem Bundesrechnungshof in Vorbereitung des Rechnungsprüfungsausschusses mit mir teilnehmen, in dem ich Obfrau der SPD bin. Zum spannenden Programm gehörten aber auch Gespräche mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich und auch mit der Juso-Bundesvorsitzenden Jessica Rosenthal als eine der jüngsten Mitglieder in der SPD-Bundestagsfraktion. Tim nahm außerdem an einer Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung teil und konnte drei Stunden „live“ die Bundestagsdebatten auf der Tribüne verfolgen – u.a. zu Energieeffizienz und Energiedienstleistungen. Diese Woche in Berlin wird Tim Schulenburg ganz sicher nie vergessen!

Seit 20 Jahren:

GLAUBWÜRDIGKEIT DURCH INFORMATION UND TRANSPARENZ

Seit 2003 bin ich „gläserne Abgeordnete“ im Deutschen Bundestag – das heißt: Ich veröffentliche alljährlich meine Einkünfte und Ausgaben analog zu meinem Steuerbescheid, die bis heute seit 20 Jahren lückenlos auf meiner Homepage nachzulesen sind. Seit 20 Jahren erlebe ich, wie positiv die Menschen auf diese Form der Transparenz von Einkünften und Ausgaben einer Abgeordneten reagieren, da ohnehin oft und gerne öffentlich darüber spekuliert wird. Aus meiner Sicht können Aufklärung und Offenheit in diesen Punkten einen wichtigen Beitrag gegen Politikverdrossenheit leisten und damit unsere Demokratie stärken

Ich war außerdem eine von nur 55 Bundestagsabgeordneten, die ab 2013 den „**Abgeordneten-Kodex**“ unterzeichnet haben (ab 2017 waren es leider nur noch 40 Abgeordnete!), in dem sich Abgeordnete verbindlich verpflichten, entgeltliche Nebentätigkeiten zu begrenzen, Einnahmen, Treffen mit Lobbyisten sowie Dienstreisen mit Berichten zu deren Inhalt und Zielen zu veröffentlichen und Geschenke oder Event-Einladungen von Unternehmen oder Interessenvertretern über 100 Euro nicht anzunehmen: **Diesen „Abgeordneten-Kodex“ hatten in der 19. Wahlperiode (2017-2021) übrigens 20 Abgeordnete der SPD (davon 5 aus Schleswig-Holstein), 16 der Linken, zwei der Grünen, ein Abgeordneter der CDU und Marco Bülow (fraktionslos) unterzeichnet (FDP null!).** In der GroKo gelang uns Sozialdemokraten dann **2021 nach 10 Jahren beharrlicher Blockade durch CDU/CSU (und FDP) endlich der „Durchbruch“ bei der „Einführung eines öffentlichen Lobbyregisters“ per Gesetz zum 01. Januar 2022** und der Abgeordneten-Kodex wurde – zum Glück! – hinfällig. Ich bin glücklich, dass diese gesetzliche Regelung seit dem 01. Januar



Foto: studio kohlmeier berlin

2022 nun endlich existiert. Transparenz und Glaubwürdigkeit sind das „A“ und „O“ für mich aber auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die mich wählen!

Die überparteiliche und unabhängige Internetplattform „**abgeordnetenwatch.de**“, stellt seit fast zwölf Jahren allen Mitgliedern des Bundestages ein „Zeugnis“ über ihr Antwortverhalten bei öffentlichen Bürgeranfragen aus. Da mir seit 21 Jahren im Bundestag Transparenz und Bürgernähe sehr wichtig sind, hat es mich sehr gefreut, dass ich **auch im Sommer 2023 von „abgeordnetenwatch.de“ – zum 12. Mal in Folge – die Note „hervorragend“ bzw. „sehr gut“ für mein Antwortverhalten gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern des Landes erhielt.** Von 28 Abgeordneten aus

Schleswig-Holstein belegen die ersten sechs Spitzenplätze vier Mitglieder der SPD und zwei von Bündnis 90/Die Grünen: Neben Ralf Stegner auf Platz 2 und mir auf Platz 3 finden sich auf Platz 5 Bengt Berg und Nina Scheer auf Platz 6. Ein glaubwürdiger Beweis für die gelebte Bürgernähe von uns SPD-Abgeordneten aus Schleswig-Holstein! Im bundesweiten Ranking belegte ich Platz 29 aller 736 Bundestagsabgeordneten. Insgesamt wurden seit der Wahl 2021 22.555 Fragen an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages gestellt, von denen 16.981 beantwortet wurden, was eine Quote von 75 Prozent bedeutet. Den Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein wurden insgesamt 1.657 Fragen auf abgeordnetenwatch.de gestellt, von denen sie 957 beantworteten, was leider einer Antwortquote von nur 58 Prozent entspricht – weit unter dem bundesweiten Durchschnitt. Es ist für uns im Norden peinlich, 17 Prozent schlechter als der Bundesdurchschnitt im Antwortverhalten gegenüber den Bürgerinnen und Bürger zu sein. Verantwortlich dafür sind die fünf Abgeordneten, die Bürgeranfragen am wenigsten ernst nehmen oder sogar unbeantwortet lassen: Darunter sind die Abgeordneten Melanie Bernstein (CDU), Christine Aschenberg-Dugnus (FDP), Vizepräsident des Bundestages Wolfgang Kubicki (FDP), Gereon Bollmann (AfD) als auch Robert Habeck (Grüne). Von vielen Bürgerinnen und Bürgern höre ich, dass etliche politisch Interessierte zwar nicht unbedingt selbst Fragen auf dieser Plattform stellen, aber im Internet intensiv mitverfolgen, was gefragt – und vor allem – was geantwortet wird. Es ist für viele Interessierte eine niedrigschwellige Informationsquelle.

Trotzdem wünsche ich mir gerade angesichts des massiven Anwachsens der AfD und dem vielfach gehörten Vorwurf in den Medien und Sozialen Netzwerken, dass „die Politik (angeblich) nicht genug die Politik erklären“ würde, dass es mehr Menschen (und Medienvertreter!) gäbe, die die soliden Informationen, die auf „Abgeordnetenwatch“ mit ein paar „Mausklicks“ abrufbar sind, auch tatsächlich nutzen würden. Am 29. Mai 2023 habe ich – gezielt als stellv. Haushaltsausschussvorsitzende befragt – meine 45. Frage von Frau Rogall aus

Berchtesgaden erhalten, die genau so auch von vielen anderen Menschen bundesweit hätte gefragt werden können, und die ich ausführlich beantwortet und falsch dargestellte Sachverhalte richtiggestellt habe. Mit meiner Antwort rücke ich auch die (von ihr kritisch bewertete!) Rolle von Olaf Scholz, der SPD und der Grünen im Verhältnis zur (von ihr positiv bewerteten) Rolle der FDP und Finanzminister Lindner faktenbasiert „ins rechte Licht“. **Ich wünsche mir viele Leserinnen und Leser dieser Antwort und darum kann sie auch auf meiner Homepage- und Facebook-Seite nachgelesen werden. Man braucht ein bisschen Zeit dafür, denn es sind 4 Seiten, aber auf vermeintlich einfache Fragen, die komplexe Sachverhalte falsch unterstellen, kann man seriös nur komplex antworten – wenn auch in verständlicher Sprache.**

Transparenz heißt für mich auch, durch **aktive Öffentlichkeitsarbeit** über meine Arbeit inhaltlich zu informieren: Ab Oktober 2021 habe ich sieben, im Jahr 2022 habe ich 58 und 2023 bereits 29 Pressemitteilungen (Stichtag 01.08.2023) herausgegeben. Das sind insgesamt **94 Pressemitteilungen**, die in den Medien zwar längst nicht alle abgedruckt wurden, aber die ausnahmslos auf meiner Homepage nachzulesen sind.

Seit 20 Jahren lade ich jedes Jahr gemeinsam mit dem Bundespresseamt rund 200 Bürgerinnen und Bürgern aus Ostholstein und Nordstormarn zu insgesamt vier dreitägigen politischen Informationsfahrten nach Berlin ein – jedes Mal liebevoll und sehr persönlich von meinem Team im Wahlkreisbüro in Eutin vorbereitet. Mit dem Bus aus „der Heimat“ besuchen die jeweils knapp 50 Personen in Berlin mit einem straffen Programm neben dem Deutschen Bundestag auch diverse Bundesministerien, das Kanzleramt oder das Willy-Brandt-Haus sowie kulturelle Highlights samt Stadtrundfahrt. Im Dezember 2019 fand die letzte Fahrt VOR Corona statt und dann war **leider zweieinhalb Jahre „Sendepause“, denn der Bundestag und alle Ministerien waren bis Ende Mai 2022 im „Lock-Down“ und für alle Besucher gesperrt.** Deshalb habe ich mich riesig gefreut, **vom 29. Juni bis 1. Juli 2022 endlich wieder meine**



29.06.2022: 1. Besuchergruppe nach Corona wieder in Berlin (Foto: Bundesbildstelle: Anja Krause)

1. Besuchergruppe empfangen und durch die beeindruckenden Räumlichkeiten des Deutschen Bundestages führen zu dürfen. Es war besonders schön, zu diesem „Startschuss“ **über 20 Schülerinnen und Schüler von verschiedenen Schulen sowie ehrenamtlich engagierte Mitglieder der Kinder- und Jugendparlamente von Reinfeld, Malente und Fehmarn „mit an Bord“** begrüßen zu können, denn die Fahrt fand unmittelbar vor Beginn der Sommerferien statt. Bei mir ist es seit 20 Jahren gute Tradition, dass ich mich besonders bemühe, politisch interessierte Jugendliche mit auf die Bildungsfahrten nach Berlin zu nehmen, denn die gute „Mischung“ quer und bewusst durch alle Generationen belebt regelmäßig die Diskussionen enorm. Die nächste Besuchergruppe kam **vom 24. bis 26. August** von der Nordseeküste, denn **seit 2021 sind Nordfriesland und Nord-Dithmarschen mein „SPD-Betreuungswahlkreis“**. Diese

Region hat seit 2002 keine(n) eigene(n) SPD-Bundestagsabgeordnete(n) und damit eigentlich keinen Zugang zu diesen Berlinfahrten mehr, weswegen wir als SPD-Landesgruppe das solidarisch etwas auszugleichen versuchen. Da diese Augustfahrt noch in die Ferien fiel, konnte ich die Gruppe drei Tage über sehr viele Stunden begleiten, was alle sehr zu schätzen wussten.

Drei weitere Besuchergruppen folgten vom 21. bis 23. September, vom 20. bis 22. Oktober und vom 16. bis 18. November 2022, die – bunt gemischt aus ehrenamtlich Engagierten aus Vereinen und Verbänden sowie der Kommunalpolitik zwischen Reinfeld und Fehmarn – jeweils großartige Programme genießen konnten und mit denen ich im Gespräch stets so viel Zeit wie nur irgend möglich verbringe. Für mein Wahlkreis-Team in Eutin und vor allem für Angela Hüttmann waren die Organisation und Betreuung dieser



21.09.2022: Besuchergruppe aus Ostholstein und Nordstormarn im September 2022 (Foto: Foto: Bundesregierung / StadtLandMensch-Fotografie)



18.11.2022: Auch das gemeinsame „Klönen“ kommt bei Berlinfahrten nicht zu kurz (Foto: Hakan Özoglan)

fünf Berlin-Fahrten binnen 6 Monaten eine enorme Herausforderung. Aber die schönsten Rückmeldungen sind dann nach den Fahrten für „mein“ Team die vielen Dankes-Mails und kleinen Aufmerksamkeiten, die von Herzen kommen. 240 glückliche Gäste folgten 2022 binnen 6 Monaten meiner Einladung aus dem hohen Norden drei Tage nach Berlin und genossen diese Zeit nach den langen Corona-Entbehungen ganz besonders!

Im Jahr 2023 kamen bereits im Februar und März zweimal die Ostholstein-Busse nach Berlin, während die nächsten Fahrten im August und im November schon in der Planung sind. Für diese spannenden und informativen Fahrten lade ich vorzugsweise verdiente Ehrenamtliche aus Vereinen, Verbänden und der Kommunalpolitik sowie engagierte Jugendliche mit ihren Betreuern ein, aber man kann sich in meinem Büro in Eutin natürlich auch selbst als Interessierte(r) melden, wenngleich die Warteliste nachvollziehbar nicht gerade kurz ist. Wer sich für dieses Angebot interessiert, meldet sich bitte gern in meinem Wahlkreisbüro (bettina.hagedorn.wk@bundestag.de).

Nicht nur Besuchergruppen haben die Gelegenheit, den Bundestag „live“ zu erleben. Es gibt immer wieder Veranstaltungen und Projekte, die mir die Gelegenheit geben, Menschen aus meinem Wahlkreis Türen in Berlin zu öffnen, sich aus erster Hand über

die Bundespolitik zu informieren und ihr „Netzwerk“ für die ehrenamtliche Arbeit zu erweitern. Seit über 20 Jahren organisiert die SPD-Bundestagsfraktion ein bis zweimal pro Jahr **Betriebsrätekonferenzen in unserem Otto-Wels-Saal im Berliner Reichstag**, zu denen ich regelmäßig Betriebs- und Personalräte aus meinem Wahlkreis einlade. Am **21. November 2022** war es endlich einmal wieder soweit und vier Betriebsräte aus unterschiedlichen Branchen aus Ostholstein besuchten mich zu dem Thema **„Sozialer Zusammenhalt in Betrieb und Gesellschaft“** und **„Transformation in besonderen Zeiten – Wie können Umbau und Beschäftigungssicherung gelingen“** zum Treffen gemeinsam mit ca. 200 Betriebs- und Personalräten aus ganz Deutschland, um sich über brennende Themen in Betrieben und Verwaltung auszutauschen - rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer bundesweit waren zusätzlich online zugeschaltet. Ich habe mich riesig über den Gedankenaustausch mit **Andrea Kochlink und Corinna Bentfeldt vom Betriebsrat der Mühlenbergklinik Holsteinische Schweiz in Bad Malente** und mit **Barbara Holst als „frisch“ gewählter Personalratsvorsitzende der Eutiner Kreisverwaltung** sowie **Ulrich Grill-Kiefer für die Gewerkschaft der Polizei und den DGB Hamburg** gefreut.

Am 22. Mai folgte schon die nächste SPD-Betriebsrätekonferenz unter dem Motto



21.11.2022: Barbara Holst, Ulrich Grill-Kiefer, Andrea Koch-Link und Corinna Bentfeldt



22.05.2023: Starke Betriebsräte aus Ostholstein, von links: Andrea Koch-Link, Barbara Holst, Corinna Bentfeldt, Christian Meyer, Beate Nielsen und Holger Jungbluth

„Zukunft mitbestimmen – Demokratische Teilhabe am Arbeitsleben braucht eine moderne Betriebsverfassung“. Ich habe mich riesig über die positive Resonanz gefreut, denn dass gleich sieben (!) Betriebs- und Personalräte aus Ostholstein sich auf den Weg nach Berlin machen, ist wahrlich nicht selbstverständlich. Darum habe ich es besonders bedauert, dass ich das 1. Mal in 18 Jahren meine Gäste nicht persönlich zum Snack und zum Austausch in Berlin begrüßen konnte, da ich parallel zwei Tage mit den SPD-Mitgliedern im Haushaltsausschuss zu wichtigen Gesprächen nach Brüssel reisen musste. Dieses Mal waren mit **Andrea Koch-Link und Corinna Bentfeldt** erneut zwei Betriebsräte der **Mühlenbergklinik Holsteinische Schweiz aus Bad Malente-Gremsmühlen** vertreten sowie mit **Barbara Holst als Personalratsvorsitzende der Kreisverwaltung Ostholstein mit Beate Nielsen und Christian Meyer** als starkes Team

des Kreises. Ebenfalls war **Philip Pohle, Betriebsrat der Schön Klinik Neustadt**, anwesend. Auch **Holger Jungbluth als Gesamtpersonalrat der Bundespolizei See Neustadt/Bad Bramstedt** war zum wiederholten Mal Gast der SPD-Bundestagsfraktion

Auch nach gut zweijähriger Corona-Pause konnte am **26. September 2022** endlich wieder die **4. „Blaulichtkonferenz“** der SPD-Bundestagsfraktion im Reichstag stattfinden – teilgenommen haben im SPD-Fraktionssaal über 250 Aktive des THW, von

Feuerwehren, Katastrophenschutzverbänden, Rettungsdiensten sowie von Polizeibehörden aus dem gesamten Bundesgebiet, während weitere 150 Gäste digital zugeschaltet waren. Auf meine Einladung waren **drei THW-Aktive mit dem Eutiner Ortsbeauftragte Niels Happel, dem Zugtruppführer des THW Neustadt Tim Schulenburg sowie seinem Kollegen Nico Buß**, dabei. Komplettiert wurde das Quartett durch den **Kreisbeauftragten des DLRG im Kreis Ostholstein Sven Schönke, der bereits das 4. Mal der Einladung zur „Berliner Blaulichtkonferenz“ folgte**. Die Konferenz tagte aufgrund des Ukrainekrieges unter dem hochaktuellen Motto statt: **„Krisenfest durch die Zeitenwende“**. Und natürlich traf ich mich mit meinen Gästen vorher zu einem guten Gespräch in der „Parlamentarischen Gesellschaft“ – schon das Gebäude ist für alle Besucher ein beeindruckendes „Highlight“!

Neben den beliebten SPD-Betriebsräte- oder Blaulichtkonferenzen fand **am 12. Juni 2023,**



24.03.2023: 50-köpfige Besuchergruppe aus Ostholstein und Nordstormarn im März 2023 (Foto: Bundesregierung / StadtLandMensch-Fotografie)



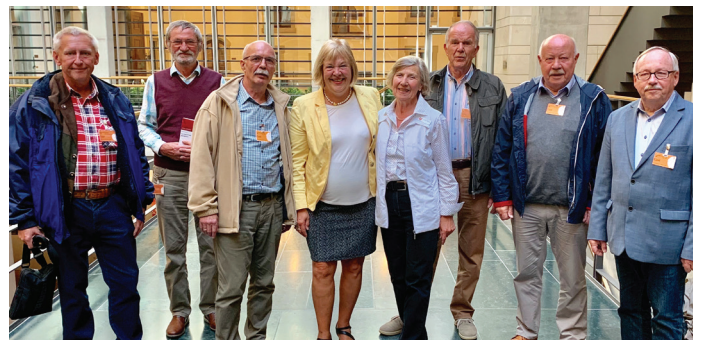
12.06.2023: Teilnehmer der 1. Tourismuskonferenz (v.l.n.r.) Malte Riechey, André Rosinski und Florian Riechey

erstmalig die SPD-Tourismuskonferenz unter dem Motto „Tourismus im Wandel der Zeit“ mit über 200 Vertreterinnen und Vertretern der Tourismusbranche im SPD-Fraktionssaal im Berliner Reichstag statt – und auch drei Gäste aus Ostholstein waren von der Küste nach Berlin angereist: Ich freue mich riesig, dass mit **André Rosinski, Vorsitzender der Tourismus-Agentur „Lübecker Bucht“, Florian Riechey, Rechtsanwalt und Berater des Campingverbandes sowie Malte Riechey, Inhaber des Familienbetriebes „Campingplatz Wulfener Hals“ auf Fehmarn, drei echte Tourismusexperten aus unserer Region** die Chance wahrgenommen haben, sich mit den führenden Köpfen der Tourismusbranche zu den **Schwerpunkten Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Fachkräftemangel** auszutauschen und ihr Netzwerk für die Zukunft zu erweitern! Nach einem schönen gemeinsamen Mittagessen auf meine Einladung samt intensivem Gedankenaustausch mit meinen Gästen im Garten der Parlamentarischen Gesellschaft wartete mit dem Start der Konferenz im Otto-Wels-Saal der SPD im Reichstag beispielsweise Reinhard Meyer als Präsident des Deutschen Tourismusverbandes (DTV) mit einen spannenden Impulsvortrag zu „Wirtschaft, Lebensqualität und Nachhaltigkeit“ unter dem Motto „Warum der Deutschlandtourismus Teil der Lösung ist“ auf die Diskussion mit den Gästen. In abwechslungsreichen Workshops und Diskussionen konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre persönlichen Erfahrungen und „Best Practise“-Beispiele austauschen. Ich hoffe, „meine“ drei Gäste konnten viele innovative

Impulse für ihre Arbeit bei uns an der Küste mit nach Hause nehmen!“

Für den **23. September 2019** hatte die **SPD-Bundestagsfraktion** zum **1. bundesweiten und prominent besetzten Kleingärtnerkongress in den Deutschen Bundestag eingeladen**. Unter dem Motto **„Zukunft der Kleingärten“** haben sich rund 180 Kleingärtnerinnen und -gärtner zu den Herausforderungen der Kleingärtensparten in Deutschland ausgetauscht. Meiner Einladung in den Reichstag nach Berlin waren **sieben Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Schleswig-Holstein gefolgt**: Hans-Dieter Schiller und Jens Carstens (Vorstand vom Landesverband Schleswig-Holstein der Gartenfreunde e.V. aus Lübeck und Reinbek), Jutta Liebke-Gutzeit und Matthias Lafrenz (Kleingartenverein Burg auf Fehmarn), Peter Fiedler und Norbert Aarhus (Kleingartenverein in Heiligenhafen von 1946 e.V.) sowie Fritz Reuter (Kleingartenverein in Ratekau). Alle waren total begeistert! Am **07. September findet die 2. Kleingarten-Konferenz unter dem Motto „Zukunft der Kleingärten“** im Fraktionssaal der SPD in Berlin endlich wieder statt und ich freue mich auf begeisterte Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus meinem Wahlkreis und aus der Verbandsarbeit der Kleingärtner in Schleswig-Holstein.

Auch wird die SPD-Bundestagsfraktion am 11. Oktober 2023 wieder ihre prominent besetzte **Wirtschaftskonferenz unter dem Titel „Europa im Fokus: Wie stärken wir gemeinsam Industrie und Mittelstand?“** mit Kanzler Olaf Scholz und anschließenden Empfang durchführen. Auch hier freue ich mich auf zwei engagierte Gäste aus Ostholstein! Zuletzt begrüßte ich 2019 Matthias Dreyer aus Reinfeld zur SPD-Wirtschaftskonferenz.



23.09.2019: „Meine“ Teilnehmerinnen und Teilnehmer des ersten Kleingärtner-Kongresses in Berlin

MEINE BÜRO-TEAMS

als Stütze meiner Arbeit

Ein großes Dankeschön geht an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, im Bundestag in Berlin und im Wahlkreis in Eutin. In meinem Eutiner Büro wirkte 18 Jahre lang – fast als „Institution“ – „meine“ Regina Voß, die seit 2021 im wohlverdienten Ruhestand ist. Seitdem hat Angela Hüttmann aus Schönwalde als ihre Nachfolgerin „das Zepter fest in der Hand“ und wird seit Sommer 2021 von Juliane Kahlke aus Eutin unterstützt. Beide arbeiten abwechselnd halbtags und kümmern sich um alles, was in Schleswig-Holstein anliegt, sind Ansprechpartnerinnen für Bürgerinnen und Bürger, für Vereine, Verbände und Institutionen. Sie organisieren meine Termine im Norden und sämtliche Besuchergruppen.

In meinem Berliner Büro unterstützen mich drei wissenschaftliche und zwei studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: die gebürtige Fehmaranerin Kubra Oruc, Laura Adebahr (als „Wahl-Fehmaranerin“) und Josef Jerke als dritter im Bunde. Mit Laurence Gorodiski gebürtig aus Timmendorfer Strand und dem Lübecker Patrick Schmedemann arbeiten stundenweise zwei Studenten bei mir in Teilzeit – in Ostholstein kennen viele Laurence Gorodiski persönlich, weil er mich auch 2021 ehrenamtlich im Wahlkampf unterstützt hat. Außerdem haben wir

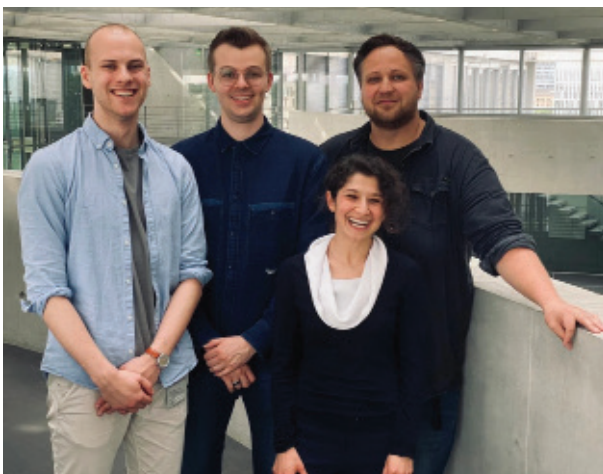


Frauenpower im Wahlkreisbüro: Regina Voß, Angela Hüttmann und Juliane Kahlke

regelmäßig interessierte junge Leute aus meinem Wahlkreis als Praktikanten im Büro, die einmal einen Live-Blick hinter die Kulissen des Politik-Betriebes werfen wollen.

Mein Berliner Büro ist seit 15 Jahren ein „Karriere-Sprungbrett“ für mein Team, da die Arbeit in meinem Büro als Super-Qualifikation in vielen Ministerien und Unternehmen in der Hauptstadt gilt: Ich bin immer stolz darauf, wenn „meine“ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgreich für richtig spannende Aufgaben abgeworben werden. Wir halten natürlich bis heute engen Kontakt in unserem „Büro-Netzwerk“. So wechselt Ende des Jahres „meine“ Laura nach sechs gemeinsamen Jahren in das Finanzministerium Brandenburg - eine einmalige Chance, zu der man nicht „nein“ sagen konnte. Ich freue mich riesig für Laura, wenn auch mit einem lachenden und einen weinenden Auge!

Auch habe ich mit Nadine, Ann-Christin und Jan Jensen gleich drei langjährig



Mein Team in Berlin: Laurence Gorodiski, Patrick Schmedemann, Kubra Oruc und Josef Jerke



Mein Team von 2019: Jan Jensen, Jasper Wiezorek. Ansgar Löcke und Laura Adebahr



05.05.2023: Mitarbeiterfest der SPD-Bundestagsfraktion mit Olaf Scholz und Laura Adebahr



Mein Team mit Ann-Christin (links) und Nadine (rechts neben mir) im Finanzministerium: Weihnachtsfeier 2019 mit Olaf Scholz

Beschäftigte während meiner Zeit als Parlamentarische Staatssekretärin mit ins Finanzministerium genommen, wo sie ihren Weg gehen. Jan hat inzwischen sogar schon den nächsten Schritt gemacht und ist derzeit persönlicher Referent von Achim Post, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und zuständig für Finanzen, Haushalt und Europa. Der Fehmarner Ansgar Lücke, der nach Nadines Wechsel ins Finanzministerium für die Organisation im Büro und meinen straffen Terminkalender zuständig war, managet seit Sommer 2020 das Geschäftsführungssekretariat der Deutschen Energieagentur DENA. Und Jasper aus Ahrensböck arbeitet mittlerweile neben dem Studium nun im Abgeordnetenbüro für Olaf Scholz.

Ich bin stolz auf „meinen Nachwuchs“ und besonders darauf, wenn die gute Laune im Büro bei allem Stress spürbar ist. Teamspirit ist mir wichtig!



WWW.BETTINA-HAGEDORN.DE

WWW.FACEBOOK.COM/BETTINAHAGEDORNMDB/

ALLE BILDER OHNE EXPLIZITE QUELLENANGABEN:
QUELLE BÜRO HAGEDORN

MEIN RÜCKBLICK IN BILDERN

Mein „Dankeschön-Empfang“ nach gewonnener Bundestagswahl am 16.10.2021



Dankeschön-Empfang mit über 100 Unterstützerinnen und Unterstützer im Ameos in Neustadt



Gratulanten kamen auch von regionalen Vereinen und Verbänden



Viele langjährige Weggefährten und SPD-Mitglieder aller Altersklassen waren gekommen



Natürlich durfte Kaffee und Kuchen nicht fehlen!

Endlich nach Corona wieder unterwegs in den SPD-Ortsvereinen



18.09.2022: 1. Fraktionsfrühstück in Schönwalde mit 45 Gästen



06.10.2022: Besuch des Ortsvereins Schönwalde zur Wiederwahl von Angela Hüttmann



13.11.2022: Beim SPD-Frühstück im „Kiek In“ in Kasseedorf mit rund 30 Genossinnen und Genossen



13.11.2022: Beim SPD-Frühstück im „Kiek In“ in Kasseedorf



20.12.2022: Weihnachtsfeier des SPD-Ortsvereins Bad Schwartau mit Ehrung von Hans Tylinski für 50 Jahre Mitgliedschaft



03.01.2023: Neujahrsempfang des Ortsvereins Oldenburg mit Lennart Maaß



15.01.2023: Neujahrsempfang in Scharbeutz mit Sandra Redmann, Joerg Schimeck-Brede und Jürgen Brede



30.01.2023: Mitgliederehrung im Ortsverein Reinfeld



05.03.2023: Frühlingsempfang Oldenburg mit Niclas Dürbrook und Bürgermeister Mirko Spiekermann



01.04.2023: Wahlkampfauftakt der SPD Ostholstein zur Kommunalwahl 2023



02.04.2023: Frühlingsempfang der SPD Bad Schwartau mit dem Lübecker Bürgermeister Jan Lindenau



24.06.2023: Kreisparteitag der SPD Ostholstein in Neustadt



24.06.2023: Kreisparteitag der SPD Ostholstein mit Serpil Midyatli

Eindrücke von meinen 10. Ladies´ Day am 03. November 2022 im Bugenhagen Bildungswerk Timmendorfer Starnd



Mit Gastgeberin Inka Kielhorn



ausgezeichnete Bewirtung durch die Auszubildenden des Bugenhagenwerkes



Gemeinsames Essen beim 10. Ladies´ Day



Spannendes Netzwerken gehört zu jedem Ladies´ Day



10. Ladies Day mit den Talkgästen Ulrike Röhr und Sandra Redmann



Talkgäste Serpil Midyatli und die Wirtschaftsjournalistin Dr. Birgit Wetzel

Impressionen vom 11. Ladies' Day am 27. Juni 2023 in der Beruflichen Schule Oldenburg, Außenstelle Neustadt i.H.



Eröffnung durch Gastgeberin Illona Hartmann



Freudige Wiedersehen beim 11. Ladies' Day



Talk-Gast aus Bad Bramstedt: Bürgermeisterin Verena Jeske



Dank an die Mannschaft der Beruflichen Schule Oldenburg (Foto: J. Kahlke)



Direktorin Illona Hartmann mit ihren Auszubildenen (Foto: Team Illona Hartmann)



„Volles Haus“ beim 11. Ladies' Day

Spannende Eindrücke bei meinen beliebten Berlin-Fahrten



21.10.2022: 3. Berlinfahrt mit Gästen aus Ostholstein/Nordstormarn (Foto: Bundesregierung / StadtLandMensch-Fotografie)



17.11.2022: 4. Berlinfahrt im Jahr 2022 (Foto: Bundesregierung / StadtLandMensch-Fotografie)



09.02.2023: 1. Berlinfahrt im Jahr 2023 (Foto: Bundesregierung / StadtLandMensch-Fotografie)



29.06.2022: Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 1. Berlin-Fahrt nach der Coronapandemie



18.11.2022: Gemeinsames Klönen in gemütlicher Atmosphäre gehört zu jeder Berlin-Fahrt (Foto: Hakan Özoglan)



18.11.2022: Politik „hautnah“ bei jeder Berlin-Fahrt (Foto: Hakan Özoglan)



18.11.2022: Auch zwischen den Programmpunkten ergeben sich auf Berlin-Fahrten Gelegenheiten Fragen zu stellen



17.10.2022: Berlin-Fahrt mit Martina und Stefan Grell, die mir einen Pullover von „Bosau hilft“ übergaben. Die Initiative organisierte ein Feriencamp für 100 flutbetroffene Kinder aus dem Ahrtal

„Meine“ vier neuen Bundespolizeischiffe



10.06.2023: Schiffstaufe des 4. Bundespolizeischiffs auf den Namen „Neustadt“ in Warnemünde



10.06.2023: Taufpatin der „Neustadt“ ist Bundesinnenministerin Nancy Faeser, Neustadts Bürgermeister Mirko Spiekermann war ebenfalls Gast



10.06.2023: Mirko Spiekermann übergibt zu den Tauffeierlichkeiten das Ortsschild „Europastadt Neustadt in Holstein“



26.08.2022: Führung mit meinem Bundestagskollegen Martin Gerster auf der „Potsdam“, das 1. der neuen Polizeischiffe, das ich 2018 selbst getauft habe (Foto: BPOL)



21.07.2019: Im Schnellboot mit dem damaligen Präsidenten der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt Bodo Kaping vor der Sundbrücke (Foto: BPOL)

Unterwegs für den Deutschen Bundestag in der Welt



14.06.2022: Delegationsreise nach Athen und Sofia mit Finanzminister Christian Lindner (Foto: photothek BMF)



14.06.2022: Arbeitstreffen mit Mitgliedern des griechischen Finanzausschusses in Athen



24.10.2022: Die hochrangigen Gespräche mit der Regierung und dem Parlament in Moldau werden „gekrönt“ durch den einstündigen Empfang durch die Präsidentin Moldaus, Maia Sandu, in ihrem Präsidiumssitz in Chisinau



24.10.2022: Die Moldauische Premierministerin Natalia Gavrilita empfängt die Delegation des Haushaltsausschusses des Bundestages in ihrem Regierungssitz in Chisinau zu einem einstündigen Gedankenaustausch





25.10.2022: Besichtigung von GIZ Projekten in Cimislia/ Moldau: Empfang mit Brot, Salz und Wein hat Tradition



25.10.2022: Gespräch mit Deutsch sprechenden Studierenden in der Universität Comrat in der Region Gagausien



26.10.2023: Gespräch im Rathaus von Lviv/Ukraine mit Bürgermeister Andrij Sadowyj



26.10.2023: Teile des Gesprächs musste aufgrund von Bombenalarm im Luftschutzbunker abgehalten werden



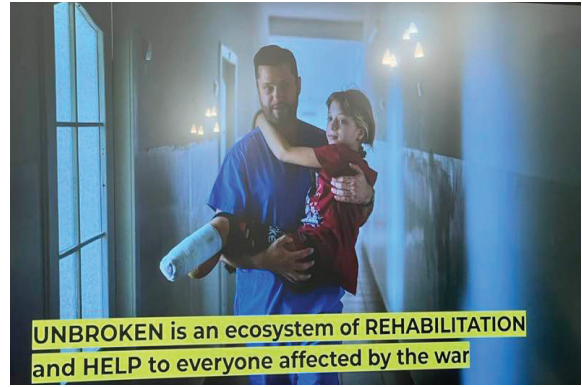
26.10.2022: Grenzübertritt von Polen in die Ukraine



26.10.2023: Gespräch Bürgermeister Andrij Sadowyj



26.10.2022: „Unbroken“ - das Motto, mit dem in Lviv die Zivilgesellschaft unterstützt wird



26.10.2022: Aufbau von Krankenhäusern, Versorgung von Verwundeten und Kriegsopfern



26.10.2022: Gespräch im Rathaus von Lviv/Ukraine mit Bürgermeister Andrij Sadowyj, der für seine Hilfsprojekte auch Unterstützung durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) erhält



23.02.2023: Gesprächstermin bei der Premierministerin von Estland, Kaja Kallas, mit der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe



22.02.2023: Mit Estlands Verteidigungsminister Hanno Pevkur und Deutschlands Botschafterin in Estland Annette Klein



23.02.2023: Besuch des Deutschen Einsatzkontingents (NATO Baltic Air Policing) auf der Ämari Air Base in Estland (Foto: Hoffmann)



01.05.2023: Treffen mit Steffen Seibert (Mitte), deutscher Botschafter in Israel, mit der Delegation des Haushaltsausschusses mit (v.l.n.r.) Dr. Sebastian Schäfer (Grüne), Claudia Raffelhüschen (FDP) und Victor Perli (Linke), Zweck der Reise ist die Besichtigung von deutschen Entwicklungshilfe-Projekten in den palästinensischen Gebieten



30.04.2023: Gespräch mit dem palästinensischem Premierminister Muhammad Shtayeh in Ramallah



01.05.2023: Besuch von Yad Vashem mit anschließender Kranzniederlegung



02.05.2023: Besuch des „Burj al Luqluq Social-Center“ in Ost-Jerusalem, wo Projektpartner palästinensischen Kindern eine Heimat mit vielen Angeboten bieten



03.05.2023: Blick auf Jerusalem



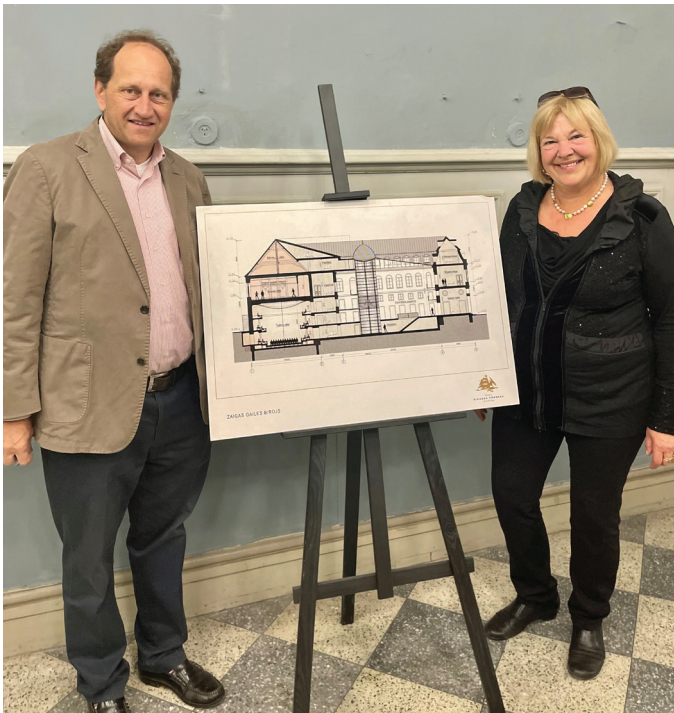
04.05.2023: Besuch von syrischen Flüchtlingscamps in Jordanien



04.05.2023: Gespräche in Jordanien



02.05.2023: Besichtigung der Kläranlage in Salfit



20.05.2023: Mit der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe in Riga zur Grundsteinlegung des Wagner-Theaters in Riga, das als ausländische Kulturförderung mit deutschen Haushaltsmitteln gefördert wird



20.05.2023: Grundsteinlegung zum Baubeginn des Wagner-Theaters in Riga mit Lettlands Präsident (mitte)